

In den Fängen der Stasi



Geheimdienste im Kampf gegen den Vatikan

Ein Internet-Buch

von Werner Kaltefleiter

© Wiesbaden 2007

Erschienen am 21. August 2007 im Weblog „Allegro Andante“ auf www.kath.de
(<http://blog.kath.de/kaltefleiter>)

PDF-Version erstellt vom kath.de-Medienservice, Montz Bringenberg 2007

Inhaltsverzeichnis

S. 4	In den Verliesen der Stasi
S. 6	Die Dialektik des Kirchenkampfes im „Dritten Reich“
S. 6	Die „roten Nachfolger“
S. 9	Was denkt der Papst?
S. 9	„Staatsfeind“ Kirche
S. 10	Der politische Hintergrund
S. 10	Bonner Ostpolitik
S. 10	Europäische Sicherheitskonferenz
S. 11	Weltpolizist USA
S. 12	Agenten der polnischen Stasi
S. 14	Mit Stenoblock und Tonband
S. 16	Kommunistischer Machterhalt
S. 16	Die Ostverträge der Bonner Koalition
S. 17	Brandherd Naher Osten
S. 17	Dialog der Kirchen – Dienst am Frieden
S. 20	Diplomatie von höchster Qualität
S. 21	Was Ostberlin besonders interessiert
S. 22	Vorsicht vor „Informationen“
S. 23	Politische Konkurrenten beim Papst
S. 24	Stoff für operative Maßnahmen
S. 26	Kein Smalltalk
S. 27	Auch die Bulgaren horchten mit
S. 27	Bisher nur Umriss und Bruchstücke
S. 28	Zwischen Eis und Tauwetter
S. 29	Aggressive Propaganda
S. 30	Gegeneinander ausspielen
S. 31	Vatikanische Ostpolitik
S. 32	Bonner Ostpolitik
S. 32	Ein Amerikaner im Vatikan
S. 33	Diplomatie auf dem Balkan
S. 34	Immer fortgehender ideologischer Krieg
S. 36	Die gefährlichste Form des Atheismus
S. 39	Aus den Tresoren der CIA
S. 40	Von „Juwelen“ und „Leichen im Keller“
S. 43	„Leichen im Keller“
S. 43	„Höhepunkte“ eines Geheimdienstes
S. 45	Sensibles bleibt gesperrt
S. 45	Die CIA und Lateinamerika, 2. Teil
S. 49	Von den Machthabern zu den Machtlosen
S. 51	Christen und Kommunisten

- S. 53 Ungarische Verhältnisse
- S. 55 Zwischen Anpassung und Resistenz
- S. 55 Besuch von der Staatssicherheit
- S. 55 „Friedenspriester“
- S. 56 Vorkonziliare Kirche
- S. 58 Ein Kardinal der Herzen
- S. 59 Die ungarischen Verhältnisse
- S. 60 Die härteste Gangart
- S. 62 Lob für den Primas
- S. 63 Ein Nuntius wird heftig
- S. 64 Original oder Interpretation – über den Umgang mit Geheimdienst-Unterlagen
- S. 68 Kirche im Reich der Roten Mandarine
- S. 74 Jahr der Abschottung und Spaltung
- S. 79 Botschaften und Appelle
- S. 79 „Informationen“ aus Ungarn
- S. 80 Beobachtungsstation Hong Kong
- S. 82 Ein deutscher Bischof in heikler Mission ...
- S. 83 ... und ein Kardinal aus Paris
- S. 83 Kontakt-Fühler über Teheran
- S. 84 Gefahr für die Weltkirche
- S. 86 Zweitausend Jahre Verfolgung
- S. 88 Eisiger Wind des Kalten Krieges
- S. 89 Angriff auf den Jesuiten-Orden
- S. 91 Eine Weisung des Papstes
- S. 93 Nicht alle waren Konzilsväter

„In meiner langen Zuchthauszeit war es mein großes Glück, die Bibel zu besitzen, obwohl das eigentlich verboten war.“ (Walter Kempowski in „Cicero“ 4/2007)

In den Verliesen der Stasi

Ob andere Gefangene, solche, die in ihrem politischen Leben auf die Idee des Marxismus-Leninismus geschworen hatten, in den Kerkern der Stasi zu den Katechismen ihrer Glaubensüberzeugung gegriffen haben, lässt sich in Ermangelung diesbezüglicher Zeugnisse nicht beschreiben. Anlass zu hämischer Betrachtungsweise gibt dies allerdings nicht im Geringsten. Wohl aber erinnert mich Kempowskis Bekenntnis an ein Gespräch mit dem tschechischen Geheimbischof Fridolin Zahradnik, dessen Weihe im Übrigen bis heute von manchen Kirchenoberen angezweifelt wird. Es sei denn, Papst Benedikt XVI. findet eine Möglichkeit, der geheimen Weihe nachträglich auch die kirchenrechtliche Gültigkeit mit einer Ausnahmeregelung zu verleihen und den tapferen Sohn der Kirche in Böhmen gegenüber manchen Anfeindungen zu rehabilitieren.

Fridolin Zahradnik hat sich nach der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei den Menschen am Rand der Gesellschaft zur Verfügung gestellt, als Seelsorger und als „Nothelfer“: den Gestrandeten, den Verarmten, den beschimpften Sinti und Roma, unter dem Namen der von ihm geführten Emmaus-Gesellschaft, im Geiste des Abbé Pierre. Aber die Zeit hinter Gittern lässt ihn nicht los. Ja, so sagt er, es war vielleicht meine schönste Zeit. Vor den Augen der Wächter verborgen, vielleicht haben sie auch wegesehen, habe man Eucharistie gefeiert, mit ein paar Bröckchen Brot, die heimlich von der Tischplatte fielen und ein paar Schlucken Wein, die irgendwie den Weg ins Gefängnis gefunden hatten – Christus im Kerker.

Unter den Häftlingen war so mancher, der „draußen“, in den Versammlungen der Partei und auf den Straßen und Plätzen die geballte Faust gezeigt und den Roten Stern begrüßt hatte. Nun kam dieser und jener und suchte das private Gespräch mit Fridolin. Niemand sonst sah zu oder hörte mit. Es waren doch auch Beichtgespräche. Anschließend betete man und Fridolin reichte Brot und Wein, von ihm konsekriert, im Namen und in Stellvertretung des Hohen Priesters. Communio der Verfolgten in den Verliesen der Stasi.

Unter der Überschrift „In den Fängen der Stasi“ soll die Serie über den Kirchenkampf der politischen Geheimdienste im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit den bereits veröffentlichten Kapiteln (erschieden unter dem Titel „Spione im Vatikan“, siehe <http://blog.kath.de/kaltefleiter>) wird damit

¹ Walter Kempowski, Schriftsteller, 1929 in Rostock geboren. Am 8. März 1948, als Neunzehnjähriger vom NKWD verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal, der „Spionage“ für westliche Geheimdienste beschuldigt, zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Strafverbüßung im berüchtigten Zuchthaus Bautzen; 1953 mehrwöchige Einzelhaft „wegen Gründung einer christlichen Untergrundbewegung“, am 8. März 1956 – nach acht Jahren entlassen – „vorzeitig“ entlassen. Kempowski bezeugt diese Zeit in seinem Buch „Im Block. Ein Haftbericht“, der 1969 erschien.

eine umfassende Dokumentation dieser zeitgeschichtlichen Abschnitte und Thematik vorgelegt.

Im Mittelpunkt der nächsten Abschnitte stehen vor allem die 60er und 70er Jahre, eine Periode, die eingebunden in die wetterwendischen Verhältnisse der politisch-ideologisch gespaltenen Welt. In das Gesamtbild gehören auch die vorausgegangenen Volksaufstände und Reformbewegungen in Ungarn, der DDR, Polens und der Tschechoslowakei. Die Kontrapunkte bilden, zunächst mit Schrecken, dann aber als Lichtblicke am Horizont, die „Niederschlagung der Konterrevolution“, das Kriegsrecht in Polen und letztlich das „Volk auf der Straße“ in Dresden und Leipzig, der „Fall der Mauer“.

Die Politik der „Blöcke“ ist gekennzeichnet von dem Bemühen um „vertrauensbildende Maßnahmen“, die den Frieden sichern sollen. Sie stößt in jenen Jahren, wie ein Schiff auf Untiefen und Klippen, auf die Moskauer „Breschnew-Doktrin“, die Kreml-Vormundschaft Moskaus gegenüber den sozialistischen „Brudernationen“. Die vom Westen offerierte Politik der Entspannung“ geht einher mit dem Verbot der Proliferation von Nuklear-Waffen und gleichzeitiger Hochrüstung der Supermächte, mit „Abschreckung“ und „Nachrüstung“. Da die Abschussrampen auf der Erde offenbar nicht ausreichen, greift die „Verteidigungsstrategie“ in West und Ost nach dem Weltraum. Wer kontrolliert den Globus?

In den kommenden Abschnitten sind Archiv-Unterlagen der HA XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR berücksichtigt. Die Signatur bezeichnet die Hauptabteilung, deren Aufgabenbereich „Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund“ umfasste. Geleitet wurde die Hauptabteilung von Generalleutnant Paul Kienberg (von 1964 bis 1989) und war dem Geschäftsbereich des Minister-Stellvertreters Generaloberst Rudi Mittig unterstellt.

Innerhalb der HA XX übernahm die Abteilung 4 die „Aufklärung, Bearbeitung und Sicherung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Unterbindung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit, (im MfS-Sprachgebrauch auch als „Verhinderung des Missbrauchs der Kirchen“ bezeichnet.) In der Kirchenabteilung befasste sich eine eigene Sektion, das Referat II, mit der „Bearbeitung Katholische Linie“.²

Informationen, den Vatikan betreffend, wurden in der Regel nicht vom Ostberliner MfS direkt beschafft, sondern im Rahmen des Informationsaustausches zwischen den Nachrichtendiensten des sozialistischen Lagers von den „Bruderorganisationen“ beschafft, vor allem von den geheimen Nachrichtendiensten Bulgariens, Polens, Ungarns und Tschechoslowakei. Hintergrundinformationen lassen den Schluss zu, dass die Mitteilungen aus Rom zunächst der KGB-Zentrale in Moskau zur Verfügung gestellt und von dieser an die einzelnen nationalen „Sicherheitsorgane“ weitergeleitet wurden. Diese „Informationen“ erreichten das Ostberliner MfS über die Abteilung X „Internationale

² Weitere Unterabteilungen der HA XX/4: Referat 1: Evangelische Linie, Referat 3: Religionsgemeinschaften/Sekten, Referat 4: Aufklärung und Arbeit im und in das „Operationsgebiet“. Quellen: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriss nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993. 2. Auflage, Berlin 1993; Dieter Grande/Bernd Schäfer: Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR. Leipzig 1998.)

Verbindungen“. Sie sorgte für die Übersetzung des Materials „aus dem Russischen“ und übernahm den Verteiler im MfS. Adressaten waren in den in dieser Serie interessierenden Unterlagen sowohl die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) – die allerdings auch eigene V-Leute in Rom „unter Vertrag“ hatte, wie die Kirchenabteilung der HA XX.

Die Dialektik des Kirchenkampfes im „Dritten Reich“

„Daraufhin führte ihn der Teufel auf einen sehr hohen Berg, zeigte ihm alle Reiche der Erde und ihre Herrlichkeit und sagte zu ihm: „Die alles gebe ich dir, wenn du mich nur anbetest.“ Jesus jedoch entgegnete; „Weg mit dir, Satan! Denn es steht geschrieben: „Du sollst Gott, deinen Herrn, anbeten und ihm allein dienen.“ Diese „Information“, dem Lukas-Evangelium entnommen, geht auf einen biblischen Vorgang zurück, dem Markus-Evangelium entnommen.³

Etwa zweitausend Jahre später tritt der Versucher erneut in Erscheinung. Einem ganzen Volk verheißt er ein großmächtiges, alle anderen Völker überragendes tausendjähriges Reich. Und nicht wenige beten ihn an, als den neuen Heiland, vom Himmel herabgestiegen, wie es in einigen Lobeshymnen andeutungsweise heißt. Und einer seiner „Priester“, der ehemalige katholische Geistliche Albert Hartl verkündet: „Unser Endziel ist die restlose Zerschlagung des gesamten Christentums“. Hartl ist SS-Offizier, hat das Kreuz gegen das Hakenkreuz eingetauscht, auf dem Mützenband ist der Totenkopf angeheftet. Nun ist er „Kirchenreferent“ des Reichssicherheitshauptamtes. Im September 1941 hält er das Grundsatzreferat über die kirchen- und religionspolitische Strategie des Sicherheitsdienstes (SD).⁴

Die „roten Nachfolger“

Allerdings blieb den Hitleristen durch den nicht erfolgten „Endsieg“ versagt, ihr Vorhaben zu verwirklichen. Nach der Niederlage des braunen Totalitarismus wollten nun die Stalinisten die Sache erledigen. „Wir führen keinen Kirchenkampf“, heuchelte Walter Ulbricht auf einer Tagung des SED-Parteiklubs am 28. Mai 1953. Er drohte unverhohlen: „Wir interessieren uns für die gegnerische Tätigkeit. Und wenn die Kirche sich solidarisiert mit solchen Leuten, dann ist es schlecht für die Kirche.“ Wer mit „gegnerischer Tätigkeit“ gemeint war, stand auf jeder Seite der auch im real existierenden Sozialismus gleichgeschalteten Presse. Der politisch-ideologische Kampf richtet sich gegen „Kapitalismus und Militarismus“, kurzum: gegen den „Klassenfeind im Westen“. Und nach der Denkweise und dem Vokabular der kommunistischen Propagandisten: mittendrin und als engster Verbündeter die Kirche, die römisch-katholische zumal, der Papst in Rom

³ Vgl.: Das neue Testament und frühchristliche Schriften. Übersetzt und kommentiert von Klaus Berger und Christiane Nord. Frankfurt am Main/Leipzig 1999).

⁴ Vgl. Kaltefleiter/Oschwald: Spionage im Vatikan. Die Päpste im Visier der Geheimdienste. München 2006.

und seine Machtzentrale, die römische Kurie. Bot der Griff in die Kirchengeschichte nicht reichlich Anschauungsmaterial?

Von Priestern und Bischöfen, die aus den „Ostblock“-Ländern in den Westen reisen durften, wurden selbstverständlich Gegenleistungen erwartet. Weil das nicht genügte und wohl auch nicht die gewünschten Resultate erbrachte, setzte die „Sicherheitsorgane“ andere Mittel ein, um „inoffizielle Mitarbeiter“ zu verpflichten. An Möglichkeiten fehlte es nicht: Erpressung, großzügige materielle Angebote und dergleichen. Und weil Krieg herrschte, kalter Krieg, auch gegen Kirchen und Religionsgemeinschaften, wurde der Einsatz der V-Leute, ob in Soutane oder als Laien im Kirchendienst, als „mit Feindverbindung zum Operationsgebiet“ genannt. Die „betreuenden“ Aufsichtspersonen des MfS waren nicht irgendwelche Zivilbeamten sondern „Führungsoffiziere“, in der Regel vom Hauptmann an aufwärts. Diese waren nicht nur in der Praxis der Nachrichtendienste sondern auch ideologisch hinreichend auf ihre Aufgabe vorbereitet worden:

„Der Staat kann und darf es (aber) niemals dulden, dass unter dem Deckmantel der Religion staatsfeindliche Handlungen durchgeführt werden“, lautete, in Befolgung der Ulbrichtschen Direktive, ein Lehrsatz aus dem Schulungsmaterial für Parteikader und offizielle Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit aus den Anfangsjahren der DDR.⁵

Die „Linie“ im sozialistischen Kirchenkampf markiert schon der erste Satz des Unterrichtsmaterial: „Die Religion ist das Opium des Volkes“ – dieser Ausspruch von Marx ist der Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Religionsfrage.“

Einige Auszüge aus dem Schulungsmaterial sollen die Dialektik verdeutlichen, die dieser weltanschaulichen Konfrontation zugrunde lag. Es liegt mir nicht daran, das kommunistische Gedankengebäude genussvoll auszubreiten, sondern es als historisches Material, das im Literaturangebot unserer Tage zu versanden droht, in Erinnerung zu rufen und trennscharf unter die Lupe zu nehmen – in Abwandlung eines, wenn auch etwas abgegriffenen Wortes folgend, wonach nicht nur jedem Anfang ein Ende innewohnt, sondern jedem Ende immer wohl auch ein Anfang. Im Guten wie im Bösen.

Die Eleven der Stasi lernten im Kader-Unterricht:

- „Genosse L e n i n (wie im Original gesperrt geschrieben) charakterisiert in seinem Werk „Über das Verhältnis der Arbeiterparteien zur Religion“ den religiösen Aberglauben wie folgt: „Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirche, alle und jede religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die der Verteidigung der Ausbeutung und der Betäubung der Arbeiterklasse dienen.“
- „Das Wesen der Religion besteht darin, die Menschen von ihrem Existenzkampf um ein besseres Leben in der kapitalistischen Gesellschaft abzulenken, in dem man ihnen im Jenseits ein besseres Leben verspricht.“

⁵ „Lektion über die Kirchen und Sekten“; ein mit Schreibmaschine gefertigter Entwurf, ohne Herkunft und Datum. Die Lektion, „welche in drei Doppelstunden gelesen wird“, beginnt mit einer allgemeinen Einführung in die „Religion, ihre Entstehung, Entwicklung und Aufgaben“. Weitere Kapitel: „Unser Kampf gegen die feindlichen Elemente innerhalb der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirchen“; „Die Organisation der operativen Arbeit gegen feindliche Elemente in den Sekten“ sowie „Die Besonderheiten der operativen Arbeit in den Kreisen der Kirchen und Sekten“.

- „In den Volksdemokratien und in der Deutschen Demokratischen Republik versuchen die reaktionären Kirchenführer, fanatische Pfarrer und Mitglieder der Kirche, die fortschreitende Entwicklung aufzuhalten, indem sie von „einem Werk des Teufels“ sprechen und damit große Teile der Bevölkerung beeinflussen.“

Der Staat habe die Aufgabe, „eine zum Leben und Frieden bejahende Aufklärung unter den beiden Schichten der christlichen Bevölkerung durchzuführen und diese von den reaktionären Kirchenführern und fanatischen Anhängern zu isolieren“.⁶ Bei der Verfolgung dieses Zieles sei es jedoch notwendig, heißt es weiter in dem erwähnten Schulungsmaterial, „die Entstehung, Entwicklung und die feindliche Rolle der Kirche kennen zu lernen.“

So drastisch die Terminologie gegenüber den Kirchen in der DDR, so feindlich der Unterton in Bezug auf den Vatikan.⁷ Der „Kalte Krieg“ läuft Anfang der fünfziger Jahren zu einem ersten Höhepunkt kommunistischer Agitation und Propaganda an: „Die katholische Kirche ist das totalitärste System unter allen Glaubensrichtungen, der Papst ist ihr uneingeschränkter Herrscher. Sein Sitz ist der Vatikanstaat.“

Weiter heißt es in dem hastig hingeworfenen Text, in einigen Passagen ohne Punkt und Komma: „Im Kampf um die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedient sich der Vatikan des faschistischen Banditentums, Hetze und Bestechung, Spionage und Diversion sind beliebte Waffen des Vatikans. Der Vatikan sowie die Spitze der katholischen Geistlichkeit sind Vorbereiter des Hasses gegen die Sowjetunion sie sind die Organisatoren von Spionage und terroristischer Tätigkeit in den Ländern der Volksdemokratie, sowie innerhalb der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder. ...“

Unter der Überschrift „Der Vatikan im Dienst des amerikanischen Imperialismus“ wird auf die vatikanische Diplomatie ab 1929, während des Zweiten Weltkrieges und insbesondere nach 1945 zurückgegriffen unter Verwendung der in jenen Jahren üblichen Propaganda-floskeln: „Der Vatikan führte neben der Politik der Erstarkung des Faschismus in Deutschland und Italien gleichzeitig eine Politik durch, wie er versuchte, seine Dienste den amerikanischen Imperialisten anzubieten.“⁷

Der rüde Funktionärs-Ton verschwand in späteren Verlautbarungen zugunsten einer etwas mehr gemäßigten Sprache, aber nur, sofern dies politisch opportun erschien. In den Anfangsjahren der politisch-ideologischen Konfrontation schien er eher nach innen gerichtet und als Imponiergehabe und Bekundung der „Linientreue“ gegenüber dem misstrauischen Großen Bruder in Moskau. Was aus diesen Jahren für „westliche“ Leser der Stasi-Dokumente einiges an Verstehen abverlangt, war für die Deutschen „jenseits von Werra und Fulda“ von Kindesbeinen an geläufig. Wer nicht nur seine Geschichte kennt, sondern die Geschichte der Nation, wird leichter zu einer gemeinsamen Sprache kommen und Brücken über Gräben finden, die immer noch nicht auf gleiche Bodenhöhe haben „zusammenwachsen lassen, was zusammengehört.“

⁶ In der nachrichtendienstlichen Praxis ist damit „Zersetzung“ gemeint, im sozialistischen Sprachgebrauch auch die „politisch-ideologische Diversion“. Was man den Kirchen vorwarf wurde selbst als Methode eingesetzt.

⁷ Alle Zitate: vgl. HA XX/4 Nr. 2792.

Was denkt der Papst?

Politiker aus Westeuropa und den USA geben sich im Vatikan die Klinke in die Hand. Keine Angelegenheit die besondere Aufmerksamkeit erregen würde, sondern diplomatische Gepflogenheit unter Staaten, die offizielle Beziehungen zueinander unterhalten. Anders schon hatte die Weltöffentlichkeit aufgehört, als zum ersten Mal eine schwarze Staatslimousine mit „Hammer und Sichel“ im Stander am 27. April 1966 in den Damassushof vorgefahren war und der sowjetische Botschafter Andrej Gromyko dem Papst seine Aufwartung machte. Der Vertreter des Kreml hatte Paul VI. bereits im Oktober 1965 gesprochen. Zu der kurzen Begegnung war es am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen gekommen, zu der beide in New York weilten. Inzwischen sind vier Jahre vergangen und die Weltlage hat sich nicht zum Besseren gewendet.

Die politischen Führungsspitzen suchen den Gedankenaustausch mit dem Papst und den Diplomaten der Kurie. Wer zu einem Staats- oder Arbeitsbesuch in der italienischen Hauptstadt weilt, bittet um Audienz beim Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. So ist es Brauch. Sondertermine, in der Regel Staatspräsidenten, Regierungschefs und nicht zuletzt gekrönten Häuptern reserviert, erleben das an höfisches Zeremoniell der Renaissance-Zeit erinnernde große Protokoll. Die Öffentlichkeit bleibt bei solchen Begegnungen im Apostolischen Palast draußen vor der Tür. Allenfalls einige wenige, für die Medien eher dürre Worte, hübsch in diplomatische Floskeln gebunden, lassen die Menschheit an dem Ereignis teilhaben. Und vom Hoffotografen gibt es das beliebte „Gruppenbild mit Papst“ für daheim.

Der eine oder andere Beobachter der Audienz wird auf fotografische Belege seiner Anwesenheit verzichtet haben, nicht zuletzt im Interesse seiner Auftraggeber. Auf irgendeine Weise – wie genau, weiß niemand zu sagen, keiner hat es aufgeschrieben – gelangt das, was er an Vertraulichem nach draußen mitteilt, in die so genannten „Informationen“ – wie sie als nachrichtendienstliche Mitteilungen auch das Ministerium für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstrasse erreichen. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre haben Spione aus dem Osten, und man muss natürlich hinzufügen, auch solche aus dem Westen, Hochkonjunktur. Die Sicherheitslage in Europa und der Krieg in Südostasien, Stichwort: Krieg in Vietnam, beschäftigt natürlich auch die vatikanische Diplomatie. Da möchte man in Moskau wie in Washington wissen, was der Papst denkt und wie er zu handeln beabsichtigt, wie man ihn gegebenenfalls für die eigenen Ziele einspannen kann.

Dem MfS gingen die „Informationen“ mit einigem zeitlichen Abstand zu. Aktueller Bedarf bestand wohl nicht. Der Vatikan hatte „keine Priorität“, wie Werner Großmann, letzter Chef des Auslandsnachrichtendienstes HVA, erklärte. Als Material zur allgemeinen Bewertung der politischen Situation und zur Einschätzung der diplomatischen Möglichkeiten des Heiligen Stuhls wollte man allerdings auf die Berichte der „Bruderorganisationen“ nicht verzichten.

Der politische Hintergrund

Bonner Ostpolitik

Im Januar 1970 schlägt Bundeskanzler Brandt der DDR den Abschluss eines Gewaltverzichtsabkommens vor. Dieser Schritt ist gewissermaßen die Ouvertüre für die beabsichtigten Verträge mit Moskau und Warschau.

Egon Bahr, Staatssekretär im Kanzleramt, reist nach Moskau, erneut im Mai; im Juli/August folgt Außenminister Walter Scheel. Im Februar ist Bahr in Warschau.

Im März treffen sich Bundeskanzler Willy Brand und der Vorsitzende des DDR-Ministerrats (Ministerpräsident) Willi Stoph in Erfurt, der Gegenbesuch erfolgt im Mai in Kassel. Ebenfalls im März beginnen in Westberlin die Viermächte-Gespräche über Berlin auf Botschaferebene. Im April, bei seinem Staatsbesuch in den USA, erhält Brandt für seine „Neue Ostpolitik“ die Zusicherung Nixons. Auch der französische Staatspräsident Pompidou macht entsprechende Zusagen bei Brandts Besuch in Paris.

Am 12. August unterzeichnet der Bundeskanzler in Moskau den Vertrag über Gewaltverzicht und die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen. Am 7. Dezember folgt der Warschauer Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zu Polen und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Staatsgrenze. Am 26. August hatte das CDU-Präsidium die „Bedenken“ der Partei gegen den Moskauer Vertrag und die „Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalitionsregierung erklärt. Im November beginnen zwischen Bonn und Ostberlin Verhandlungen über ein Transitabkommen und den Grundlagenvertrag.

Europäische Sicherheitskonferenz

Im Mai beschließt der NATO-Ministerrat in Rom, multilaterale Kontakte mit den Staaten des Warschauer Paktes aufzunehmen. Die Sondierungen zielen auf die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Der italienische Außenminister Aldo Moro übernimmt diese Aufgabe. Die Warschauer Paktstaaten schließen sich dieser Überlegung an. Auch sie fordern eine solche Konferenz, die vor allem eine Truppenverminderung in Europa erreichen soll.

Mitte Dezember kommt es in den polnischen Ostsee-Städten Danzig, Gdingen und Zoppot zu Demonstrationen wegen starker Preiserhöhungen für Lebensmittel und Konsumwaren. Die Proteste werden von der „Staatsmacht“ blutig niedergeschlagen. Man spricht offiziell von zwanzig Toten. Nach dem sich die Unruhen ausweiten tritt Wladyslaw Gomulka (1905-1982) vom Posten des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) zurück; Edward Gierek (1913-2001) übernimmt als Chef der polnischen Kommunisten die politische Führung der „sozialistischen Volksrepublik“. Er scheitert an dem Versuch wirtschaftlicher und politischer Reformen, wird im Sommer 1980 nach dem Aufkommen der Bürgerrechtsbewegung „Solidarnosc“ abgesetzt, ein Jahr später aus der Partei ausgeschlossen und kommt unter General Jaruzelski kurzzeitig in Haft.

Weltpolizist USA

Februar 1970: Der US-Präsident verkündet eine neue außenpolitische Linie: Die so genannte Nixon-Doktrin, d.h. Verzicht der USA, die Rolle des „Weltpolizisten“ zu übernehmen. Nixon fordert die NATO-Verbündeten auf, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Sowjetunion wird als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt. Im April nehmen die USA und die Sowjetunion Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffensysteme (Strategic Arms Limitation – SALT) auf. Am 30. April marschieren auf Befehl Nixons amerikanische Truppen aus Südvietnam in Kambodscha ein.

Eine erste Adresse

Im Sommer 1970, als der amerikanische Diplomat Henry Cabot Lodge als persönlicher Vertreter des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon im Vatikan vorspricht, beherrscht der so genannte Ost-West-Gegensatz das politische Tagesgeschehen und die Agenden der internationalen Konferenzen zur Beendigung von Krieg und Schaffung von Frieden. Die diplomatischen Bemühungen bringen Begriffe wie „Entspannung durch Abrüstung“ zur Welt und zeigen erste Ergebnisse, wie die deutschen Gewaltvertragsverträge. Aber auch das Trauma der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei liegt wie ein Schatten auf den Völkern Europas. Der 1975 nach Frankreich emigrierte tschechische Schriftsteller Milan Kundera spricht von einer Annektierung.

Nicht ganz dreißig Jahre nach der Okkupation durch Nazi-Deutschland, unter den Augen der so wortstark für Demokratie und Freiheit eintretenden westlichen Nationen, wurde dieses Herzland Europas erneut unter die Stiefel einer Schutzmacht gezwungen, eingesperrt in ein Protektorat: „A far away country of which we know little – ein fernes Land, von dem wir wenig wissen“. An den Ausspruch Chamberlains erinnert Milan Kundera 2007 in der März-Ausgabe von „Cicero“. 1938/39 – 1968 – 1978/79: Nach den Tschechen und Slowaken müssen auch die Polen erneut fürchten, dass sie – Kundera würde sagen – „ihres Staats beraubt“ werden. Keine Spur vom „sozialistischen Brudervolk“ rührt das Herz der Moskauer Staatsmacht. Da war es ein Papst, ebenfalls aus einem „fernen Land“, der Pole Karol Wojtyła, der dem Westen deutlich machte, dass dieses Land zu Europa gehört, ein fernes Land, „und doch so nah.“

Wie weit reicht die Macht der Päpste, um dem Tun Einhalt zu gebieten? Denken wir an die flehentlichen Appelle eines Eugenio Pacelli „fünf Minuten vor Zwölf“, an Angelo Roncalli, auf dem Höhepunkt der Kubakrise, an Karol Wojtyła im irischen Drogheda, an der Grenze zu Nordirland. Paul verbrennt förmlich an seiner Leidenschaft für den Frieden. Wie kein anderer Kurienprälat erlebt er, bis zu einem Tod, die vier Jahrzehnte weltgeschichtlicher Dramatik. Seit 1922 gehörte er zum Stab des vatikanischen Staatssekretariats, ab 1937 im Amt des Substituten saß er schon an den kirchlichen Schaltbellen der Macht; auch das neunjährige Mailänder Intermezzo als Erzbischof in Norditalien, schmälerte seinen Einfluss nicht. Wer kannte den Vatikan „in- und auswendig“ besser als er, wußte, wo und wie die Fäden gezogen werden. Er ließ sich informieren und informierte. Mit anderen Worten: Wo sonst liefen (und laufen) die Nachrichten aus

allen politischen und ideologischen Lagern umfassender zusammen, als in der Führungszentrale der römisch-katholischen Kirche. Aus der Sicht der Nachrichtendienste – West wie Ost – konnten der Apostolische Palast und diverse Dikasterien nur als erste Adresse für „Aufklärung“ und „operative Maßnahmen“ gelten – wer weiß, ob und wie auch heute noch.

Agenten der polnischen Stasi

Nicht die vorrangig tätigen Ungarn, sondern die Polen waren Lieferanten der im Folgenden erörterten „Informationen“. Selbst im internen Schriftverkehr wurden als Quelle ganz allgemein die „Sicherheitsorgane der VR Polen“ angegeben. Aber die polnischen Berichte fielen gegenüber denen der Ungarn deutlich ab, sowohl der Form wie dem Inhalt nach.

Eines der seltsamsten „Stenogramme“, das den Weg in die Sammlungen des MfS gefunden hat, ist die angebliche Mitschrift eines Gesprächs zwischen Papst Paul VI. und dem amerikanischen Transportminister John A. Volpe, früherer Gouverneur von Massachusetts, von 1973 bis 1976 Botschafter in Italien.

Während einer Reise nach Rom im Jahr 1969, (das genaue Datum ist auf der deutschen Übersetzung der polnischen „Information“, die Anfang Dezember beim Ostberliner MfS eingegangen ist, nicht angegeben) überbringt der Besucher aus Washington dem Papst die Grüße von Präsident Nixon. Paul VI. erkundigt sich nach dessen Befinden. Volpe antwortet, dass es Herrn Nixon gut gehe, dieser viel arbeite, so dass er ihm empfehle, kürzer zu treten, um seine Gesundheit zu schonen.⁸

Volpe gibt sich redselig. Er berichtet von seiner Begegnung mit Herrn Rumor, den er als einen lebensfrohen Menschen schildert. Auch mit Herrn Fanfani werde er zusammenkommen, in dessen Villa am See, da Fanfani ein passionierter Angler sei. Auch für den sozialistischen italienischen Staatspräsidenten Saragat findet er freundliche Worte, ebenso für den deutschen Bundeskanzler Willy Brandt.⁹

Paul VI. und der Amerikaner sprechen über den Krieg in Vietnam. Präsident Nixon wolle den Papst wissen lassen, dass er direkte geheime Kontakte mit der Regierung in Hanoi aufgenommen habe. In Paris werden über den Frieden nicht verhandelt, das müssten die beiden vietnamesischen Regierungen untereinander vereinbaren. Die USA würden ihre Streitkräfte abziehen – nicht von heute auf morgen – hätten darüber aber Einverständnis mit Hanoi erzielt. Saigon werde allerdings nach Abzug der Amerikaner militärisch gestärkt und entsprechend mit Waffen versorgt. Der Papst sorgt sich, dass die einen mit den anderen vielleicht nicht verhandeln wollen, aber der Amerikaner be-

⁸ HA XX/4 – Nr. 316 / Abt. X v. 5. 12. 69 / Tgb. Nr. 3078/69. Diese „Information“ leidet offenbar unter der Tatsache, dass sie eine Sprach- und Übersetzungsreise hinter sich hat: Aus dem Italienischen ins Polnische und von dort ins Deutsche. Sie deutet allerdings auf eine vatikanische Quelle hin.

⁹ Mariano Rumor (1915-1990), Christdemokrat, Ministerpräsident 1968-1970.
Amintore Fanfani (1908-1999), Christdemokrat, wiederholt Ministerpräsident.
Giuseppe Saragat (1898-1988), Sozialdemokrat, Staatspräsident 1964-1971.
Willy Brandt (1913-1992), Sozialdemokrat, Bundeskanzler 1969-1974.

ruhigt ihn, dass sie gar nicht anders können, wenn beide Seiten auf sich allein gestellt in einen Krieg ziehen müssten. Nixon jedenfalls habe entsprechende Friedensvereinbarungen mit den Großmächten im Sinn, also mit der Sowjetunion.

Der Papst erinnert an die Rolle Chinas in diesem Konflikt. Volpe meint, dass die Spannungen zwischen Moskau und Peking der Position Washingtons zugute kämen. Die Beziehungen zur Sowjetunion hätten sich verbessert. Man gehe auch optimistisch in die Abrüstungsgespräche mit Moskau, auch wenn es nicht leicht sei, zu einer Vereinbarung zu kommen, da die Russen einer Rüstungs-Kontrolle auf ihrem Territorium nicht zustimmen würden. Aber Moskau könne davon ausgehen, dass Washington in diesem Fall nicht anders handele.

Auch die soeben zu Ende gegangenen Bundestagswahlen liefern Stichworte. Volpe sieht durch den Sieg der Sozialdemokraten das Verhältnis zwischen Bonn und dem Weißen Haus, in dem ein Republikaner regiert, nicht sonderlich beeinflusst. Vielmehr erwartet Washington, wie Volpe zu verstehen gibt, dass durch einige Initiativen der deutschen Diplomatie neue Fortschritte auf internationaler Ebene erreicht werden. Ob Brandt oder Kiesinger, bei beiden Regierungen sei man gewissermaßen auf der sicheren Seite. Die deutsche Diplomatie habe nach Auffassung Nixons die Aufgabe, die europäische Politik voranzubringen, sowohl zu den westlichen Verbündeten hin, wie gegenüber den kommunistischen Regierungen. Asien und der Rest der Welt sei Sache der USA.

Schließlich wird der Nahe Osten angesprochen, der dem Papst, wie immer ein eigenes Gesprächsthema ist. Die Lage ist kompliziert, die arabischen Regierungen schwach gegenüber den eigenen Militärs, die Russen müssten wohl zusammen mit den USA nach Lösungen suchen. Schlussendlich: Beelzebub kommt für den frommen Volpe nicht aus dem Kreml sondern haust unter den kommunistischen Parteien im Westen, ganz besonders offenbar auch in Italien. Was denn der Papst dazu meine. Paul VI. zeigt sich beunruhigt und erkundigt sich, ob Volpe auch andere Meinungen eingeholt habe. Der Amerikaner hat: von den Christdemokraten bis zu den Sozialisten. Die Gefahr gehe wohl nicht so sehr von der Kommunistischen Partei Italiens selbst aus, als von einer Gruppe von Abweichlern. – Soweit die Lektüre einer „Information“ des polnischen Auslandsnachrichtendienstes, mit Vorbehalt zur Kenntnis zu nehmen, aber als ein Zeugnis nachrichtendienstlicher Praxis.

Das Jahr 2007: Der Kalte Krieg ist inzwischen „lange vorbei.“ Neue Bedrohungsszenarien fesseln den Weltfrieden, neue Abwehrstrategien verlangen nach Waffensystemen des Untergangs. „Die Ankündigung der NATO, sich zu einer primär politischen Organisation umwandeln zu wollen, wurde nicht eingehalten“, bedauert Michail Gorbatschow in der zitierten März-Nummer des „Cicero“. Sein Nachfolger Wladimir Putin zeigt sich gereizt durch ein geplantes Raketenabwehrsystem der USA in Polen und Tschechien, spielt mit den Muskeln einer erstarkenden Großmacht. Von zunehmender Aktivität des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR in den USA ist die Rede – von einem Hauch von Kaltem Krieg zwischen dem ehemaligen KGB-Offizier und dem Mann im Weißen Haus, dessen Vater u.a. auch den CIA geleitet hat.

Mit Stenoblock und Tonband

Bisher konzentrierte sich die Auswahl der Stasi-Dokumente auf Geheimdienstberichte über die politischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit diesem Thema beschäftigen sich auch die nachfolgenden vom polnischen Geheimdienst beschafften „Informationen“.

Am 4. Juli 1970 wird der US-Amerikaner Henry Cabot Lodge von Papst Paul VI. in Audienz empfangen, am Tag zuvor hatte er mit Kardinalstaatssekretär Jean Marie Villot und dem Substituten im Staatssekretariat Erzbischof Giovanni Benelli gesprochen.

Über diese Begegnungen berichten die „Sicherheitsorgane der VR Polen“ und legen ein angebliches „Stenogramm des Gespräches mit dem Papst“ vor. Die Gespräche des amerikanischen Diplomaten im Staatssekretariat werden in einer Zusammenfassung wiedergegeben. Zum Inhalt wird eingangs lapidar festgestellt, es sei um „aktuelle Fragen der internationalen Politik mit besonderer Hervorhebung der Lage im Nahen Osten“ gegangen. Allerdings stand der Krieg in Südostasien im Vordergrund.

Stil und Inhalt des „Wortprotokolls“ sollen offenbar den Eindruck erwecken, dass es sich um eine wörtliche Mitschrift handelt. Papst Paul VI. leitet das Gespräch mit dem Wunsch ein, dass sich die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der amerikanischen Regierung weiter festigen und dies zu häufigeren Begegnungen führen möge. Dann aber kommt er schnell auf sein eigentliches Thema zu sprechen. Er drängt den amerikanischen Diplomaten, mehr über die Situation in Südvietnam zu sagen. Cabot Lodge wiederum bittet den Papst zunächst, er möge sich für die amerikanischen Kriegsgefangenen in der Hand der Kommunisten verwenden. Paul VI. sagt solche „Gnaden-Initiativen“ zu und erinnert an die humanitäre Hilfe, die sein Vorgänger Pius XII. während des Zweiten Weltkrieges zugunsten der Kriegsgefangenen in den Lagern der „Gegenseite“ angeboten und geleistet habe. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass die Organisation in den Händen des damaligen Substituten Montini lag.¹⁰

Paul VI. geht dann auf den Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha ein. Die Lage in Vietnam, so habe man ihm gesagt, seien wegen dieser Ereignisse „komplizierter geworden“. Nach Darstellung von Cabot Lodge wiederum erfolgte die Militäroperation gezwungenermaßen, um den Krieg beschleunigt zu beenden. Inzwischen seien die amerikanischen Truppen wieder abgezogen worden, man habe nur einige Gefallene zurückgelassen.

Ähnlich hatte der amerikanische Sonderbotschafter gegenüber Kardinalstaatssekretär Jean-Marie Villot und dem Substituten im Staatssekretariat Erzbischof Giovanni Benelli am Vortag argumentiert und „strategische“ Überlegungen“ vorgebracht. Im Gespräch mit dem Papst kündigte Cabot Lodge „wichtige diplomatische Initiativen“ des amerikanischen Präsidenten an, um zu einem Abkommen mit Hanoi zu kommen, verwies aber auf die komplizierte Lage der Nordvietnamesen im Machtpoker zwischen Moskau und Peking. Selbstbewusst schloss der Abgesandte Nixons dieses Thema mit der Bemerkung:

¹⁰ Papst Pius XII. hatte ein eigenes Informationsbüro für Kriegsgefangene unter der Bezeichnung „Inter Arma Caritas“ eingerichtet, das von 1939 bis 1947 tätig war.

kung, dass den Kommunisten der Weg, der zu einer Katastrophe für ganz Asien hätte führen können, versperrt worden sei. Das Eingreifen der USA aber habe jetzt neue Möglichkeiten für konstruktive Friedensverhandlungen geschaffen. (An dieser Stelle muss gefragt werden, ob der Geheimdienstbericht den tatsächlichen Gesprächsverlauf wiedergibt, oder ob es sich um eine Komposition aus Gesagtem, in der italienischen Presse veröffentlichten Meldungen und jenen, unter Agenten vor Ort durchaus beliebten Inspirationen, also bestimmten Zwecken dienenden Zutaten, handelt.)

Papst Paul VI. sprach im weiteren Verlauf der Unterredung die Rolle der Volksrepublik China an, ein Punkt, der ihn im Zusammenhang mit dem Kräfteverhältnis im Fernen Osten offenbar zunehmend beschäftigte. Der Papst bemerkte, dass es wohl nicht genüge, allein auf einen Ausgleich zwischen Moskau und Peking zu setzen. Deutet man seine Worte in diese Richtung, dann empfiehlt er dem Westen, selbst die Initiative zu ergreifen, interessanterweise durch Schritte, welche die Position Moskaus stärken könnten, mit Vorteilen auch für den Westen. Im Vatikan könne man sich vorstellen, dass die Sowjetunion an vertraglichen Regelungen mit Westeuropa und auf einer weiteren Ebene mit den USA interessiert sein könnte, die Moskau ein Gegengewicht zu Peking böten. Allerdings müsse das Misstrauen der Russen gegenüber dem Westen überwunden werden.¹¹ – Bis dahin der Geheimbericht der polnischen Aufklärung.

Paul VI. als Weltpolitiker? Wenn die angebliche Mitschrift des Gespräches im Empfangssalon des Papstes dem tatsächlich Gesagten entspricht, wäre dies ein Beleg, wie weit der Rahmen solcher Audienzen gesteckt war, sich also nicht nur in Förmlichkeiten und starrem Hofzeremoniell erschöpfte. Auskunft aus den Etagen des Apostolischen Palastes zu erbitten, ist ein vergebliches Unterfangen. Man erinnert sich allerdings an die Veröffentlichungen, die einige Jahre später erfolgten und den damaligen Sonderbotschafter Vernon Walters bei Papst Johannes Paul II. zeigen, als es um Satelliten-Aufnahmen von sowjetischen Raketenstellungen ging. Das waren keine Höflichkeitsbesuche sondern „Arbeitstreffen.“ Das von der polnischen Stasi vorgelegte „Protokoll“ über den Besuch von Cabot Lodge im Vatikan wird man allerdings nur mit erheblicher Skepsis zur Kenntnis nehmen dürfen, jedenfalls soweit es beansprucht, Original-Ton zu sein. In der Niederschrift werden „typische“ sozialistische Begriffe wie „BRD“ und „UdSSR“ als wörtliche Wiedergabe verwendet, also Ausdrücke, die wohl kaum zum Vokabular des Papstes gehörten.

Das Gespräch zwischen Papst Paul VI. und dem Sonderbotschafter Präsident Nixons berührte den ganzen Katalog der politischen Ereignisse von internationaler Tragweite, insbesondere auch die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei. Cabot Lodge versicherte, die USA hätten von der Militäraktion nichts im Voraus erfahren. Erst im Nachhinein, als man nichts mehr hätte unternehmen können, sei Washington von den Russen unterrichtet worden. (Auch an dieser Stelle muss man fragen, mit welcher Absicht die Polen diese angebliche Behauptung des Amerikaners in ihr „Protokoll“ geschrieben haben. Um die Gegenseite, die CIA, die amerikanische Militärspionage, zu desavouieren?) Was hätte Cabot Lodge veranlassen können, ein Versagen des eigenen Geheim-

¹¹ HA XX/4 – Nr. 316 – Abt. X v. 2. 9. 70/ Tgb. Nr. X/2170/70.

dienstes und somit eine Schwäche der Amerikaner einzugestehen? Aus den veröffentlichten Stasi-Dokumenten lässt sich diese Frage nicht beantworten. Die vatikanische Archive, den Pontifikat von Paul VI. betreffend, sind noch auf Jahrzehnte für die Öffentlichkeit unzugänglich, und Akten dieser Geheimhaltungsstufe vermutlich auf Dauer.)

Kommunistischer Machterhalt

In seinem Gespräch mit Staatssekretär Kardinal Villot schneidet Cabot Lodge die Frage nach den Aussichten der Abrüstungsverhandlungen in Wien an.¹² Das Ergebnis hänge von den Beziehungen zwischen Moskau und Washington insgesamt ab. Eher zurückhaltend beurteilt der Diplomat aus Washington die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, da die Sowjetunion befürchte infolge entsprechender Beschlüsse ihre Truppen aus den Ländern des Warschauer Vertrages abziehen zu müssen.

(Diese Frage sollte sich zwölf Jahre später auf dramatische Weise zuspitzen, auf dem Höhepunkt der „polnischen Ereignisse“: War die Gefahr einer militärischen Intervention im Dezember 1980 so realistisch, wie sie in Warschau empfunden wurde, oder nur ein „Säbelrassen“, wie Gorbatschow später behauptete, um die Nachbarn an der Weichsel wieder einmal zur Räson zu bringen?)

Im Sommer 1970 aber sagt Cabot Lodge seinen vatikanischen Gesprächspartnern, wie der polnische Nachrichtendienst berichtet, die Anwesenheit sowjetischer Truppen in den Staaten des Warschauer Vertrages sei für Moskau nicht nur vom militärischen Gesichtspunkt her von Bedeutung gewesen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen, nämlich zum Erhalt der Macht der Kommunisten.

Die Ostverträge der Bonner Koalition

Der „Moskauer Vertrag“ stand kurz vor der Unterzeichnung. Einen Monat vorher suchte Cabot Lodge den Vatikan auf. Er äußert gewisse Reserven Washingtons gegenüber den ostpolitischen Initiativen Brandts, offenbar wohl nicht aus intentionalen sondern aus „primatialen“ Erwägungen: Die USA als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges und als globale Supermacht will gehört sein. Präsident Nixon lege auf eine enge Abstimmung der einzelnen Schritte wert, erklärte Cabot Lodge. Die Vereinigten Staaten seien nicht bereit, auf ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes zu verzichten, und das betreffe auch die Gestalt eines künftigen Deutschlands. Die Amerikaner unterstützten nach den Worten von Cabot-Lodge, wie der polnische Nachrichtendienst berichtet, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, jedoch unter der Bedingung, dass die Sowjetunion ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland überprüfe und die Existenz be-

¹² Am 16. April 1970 begann in Wien die „Konferenz über die Begrenzung der strategischen Rüstung – Strategic Arms Limitation Talks SALT“ mit dem Ziel, die nukleare Bewaffnung der Supermächte zurückzuschrauben.

sonderer Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland anerkenne.

Der polnische Geheimdienst will darüber hinaus erfahren haben, daß Cabot Lodge die Europäer vor Einzelinitiativen gegenüber dem kommunistischen Block gewarnt und sich für ein einheitliches Auftreten des Westens gegenüber Moskau ausgesprochen habe. (Da mochte Cabot-Lodge wohl den Vatikan-Besuch des französischen Außenministers von Ende Mai 70 in Erinnerung gerufen haben. Darüber mehr in einem der folgenden Abschnitte.) Den Russen gegenüber müsse man Stärke zeigen. Diese sei nicht durch Einzelinitiativen zu erreichen, sondern durch Geschlossenheit, soll der Sondergesandte des amerikanischen Präsidenten sinngemäß betont haben.

Brandherd Naher Osten

Zwei weitere Themenkomplexe wurden bei der Begegnung zwischen dem Vertreter des amerikanischen Präsidenten und Papst Paul VI. nur gestreift: Die Lage im Nahen Osten und die Situation der Russischen Orthodoxen Kirche. Er denke an den Mittleren Osten, an Palästina, „die Erde unseres Herrn“, sagte der Papst und sprach von einem „Dorn in meinem Herzen“. Cabot Lodge versicherte, wie der Stasibericht festhält, dass die USA alles unternehmen würden, um zu einem Frieden „im Lande Jesu“ zu kommen. Das gelte für den gesamten Nahen Osten. Man dürfe weder die Freiheit aufgeben noch den Kommunisten gestatten, sich in diesen Ländern niederzulassen. In ähnlicher Weise habe sich Cabot-Lodge, so berichten die Polen, gegenüber Kardinalstaatssekretär und Erzbischof Benelli geäußert. Die Anwesenheit der Sowjetunion in dieser Region habe er als bedeutenden politischen Faktor bezeichnet. (Eine Formulierung, die wohl eher der Intention der Verfasser des „Wortprotokolls“ entsprang.)

In der Einschätzung der Lage im Nahen Osten als gefährlichen politischen Brandherd seien sich laut Cabot-Lodge die USA und die Sowjetunion einig. Die Befürchtungen würden durch die Aktionen arabischer, militärisch ausgebildeter Gruppierungen genährt. Dadurch werde ein Klima geschaffen, das wiederum von Peking ausgenutzt werden könnte. Im Übrigen soll der amerikanische Diplomat gegenüber dem Papst erklärt haben, dass den USA gegenüber Israel die Hände gebunden seien. Washington könne Jerusalem keine Entscheidungen abverlangen, die von den Israelis als Gefahr für die eigene Sicherheit verstanden würden.

Dialog der Kirchen – Dienst am Frieden

Gegen Ende des Gesprächs, dessen ausführliche Wiedergabe einiges über das nachrichtendienstliche Interesse des Ostens aussagt, sprach Cabot-Lodge die Beziehungen der römisch-katholischen Kirche zur Russischen Orthodoxen Kirche an. Er begrüßte die Möglichkeit, im Rahmen der innerkirchlichen Kontakte dem Frieden dienende Wege zu

beschreiten und betont in diesem Zusammenhang die Bemühungen des vatikanischen Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen.

Papst Paul VI. stimmte dieser Auffassung zu. Er habe den Präsidenten des Einheitssekretariats, den holländischen Kurienkardinal Willebrands¹³ und dessen Mitarbeiter angewiesen, dem amerikanischen Besucher alle gewünschten Informationen zur Verfügung zu stellen.

Der Gedankenaustausch zwischen Papst und amerikanischem Diplomaten ging nicht zu Ende ohne Erörterung der gesellschaftlichen Probleme der Zeit, insbesondere die Armut in den Entwicklungsländern und die in der westlichen Zivilisation um sich greifende Drogensucht vor allem unter jungen Menschen betreffend. Der Papst litt unter diesen Erscheinungen, wie er seinem Besucher zu verstehen gab. Und dann soll er, für seinen Gesprächspartner doch wohl überraschend, sehr persönlich und privat geworden sein, will der polnische Nachrichtendienst von der „undichten Stelle“ im Vatikan erfahren haben. Paul VI. haben von einem sich nähernden Ende der ihm anvertrauten Mission gesprochen haben. (Ähnliches hatte auch die ungarische Vatikan-Spionage gehört.) Er werde sich bis in seine letzte Stunde Gott für den Frieden auf Erden opfern, für den Frieden aller. Dies möge der Botschafter seinem Präsidenten in Washington bitte übermitteln.¹⁴

Präsident Nixon¹⁵ besuchte Papst Paul VI. noch im selben Jahr, am 28. September 1970. Die „Sicherheitsorgane der VR Polen“ waren auf Horchposten, das heißt, ihre „glaubwürdige Quelle“, wie die Herkunft der Informationen in nahezu allen Fällen vage beschrieben wird. Der Bericht¹⁶, soweit sie bisher aus der Abteilung X des MfS bekannt geworden sind, beschränkt sich allerdings auf ein dünnes, einseitiges Protokoll. Papst Paul VI. informiert den amerikanischen Präsidenten über seine Reisepläne nach Australien, die Philippinen und Neuseeland.¹⁷

Er werde den Aufenthalt im Fernen Osten benutzen, so Paul VI. um „schärfer die Fortsetzung des Krieges in Vietnam“ zu kritisieren. Nixon wiederum versicherte dem Papst, die USA würden keinen neuerlichen Konflikt im Nahen Osten auslösen¹⁸. Und

¹³ Kardinal Johannes Willebrands (1909-2006), Erzbischof von Utrecht (1975-1983), Kurienkardinal (1969), ab 1960 bis 1989 zunächst Sekretär des Sekretariats für die Einheit der Christen, dann Präsident des „aufgewerteten“ Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen.

¹⁴ HA XX/4 Nr. 316 – Abt. X v. 2. 9. 1970 Tgb.Nr. 2172/70.

¹⁵ Richard M. Nixon (1913-1994), 37. Präsident der USA (1969-1974), wegen der Watergate-Abhör-Affäre als erster und bisher einziger US-Präsident von seinem Amt zurückgetreten.

¹⁶ HA XX/4 – Nr. 316 – Abteilung X v. 20. 10. 1970 / Tgb. Nr. 2597/70.

¹⁷ Papst Paul VI. unternahm vom 25. November bis 5. Dezember die bis dahin längste Übersee-Reise eines katholischen Kirchenoberhauptes, die ihn nach Iran, Pakistan, auf die Philippinen, nach West-Samoa, Australien, Indonesien, Hongkong und Ceylon führte. In Manila richtete er am 28. November einen eindringlichen Appell an die Kriegsparteien in Vietnam und forderte „ehrlliche und aufrichtige Verhandlungen“ im Interesse der Würde des Menschen und „für einen gerechten und dauerhaften Frieden.“

¹⁸ Der polnische Nachrichtendienst wählt in kaum verborgener Absicht eine anti-amerikanische Formulierung. Gemeint ist die Situation im Königreich Jordanien im Jahre 1970. Die palästinensischen Befreiungsbewegungen unter Yassir Arafat (Fatah/PLO) kontrollieren die Flüchtlingslager als eine Art „Staat im Staat“. Der Norden des Landes gerät unter palästinensische Kontrolle, die Stadt Irbid wird zum „ersten arabischen Sowjet“ erklärt. Arafat akzeptiert das Königreich, will es aber als Ausgangsbasis für seine Aktionen gegen Israel nutzen. Als es zu einem Attentatsversuch auf König Hussein kommt,

die USA würden „in Kürze eine neue, bedeutende Reduzierung ihrer Truppen in Vietnam bekannt geben. Nixon bat den Papst, sich für den Austausch von Kriegsgefangenen einzusetzen, der Papst wiederum empfahl Nixon, die Abrüstung zu forcieren und die eingesparten Mittel für die Bekämpfung des Analphabetismus in Lateinamerika einzusetzen.

Schließlich kamen beide, wie schon Paul VI und Cabot-Lodge, auf das Drogenproblem unter der Jugend zu sprechen. Nixon möge sich, so der Papst, „im internationalen Rahmen umfassender mit diesem Problem befassen.

Besonderer Anstrengungen hätte es nicht bedurft und auch keiner „glaubwürdigen Quelle“, um diese „Informationen“ zusammenzutragen. Was sich Papst und Präsident sagten, hätten selbst nicht besonders findige Nachrichtenleute aus den veröffentlichten Redetexten¹⁹ abschreiben können. Die Mitteilungen des polnischen Staatssicherheitsorgans gingen in diesem Fall inhaltlich über die Reden, die in der Regel nach dem „Vier-Augen-Gespräch“ gehalten werden, nicht hinaus.

In seiner protokollarisch üblichen aber kurzen Ansprache an den amerikanischen Präsidenten, im Beisein von dessen Entourage, hatte der Papst vor allem die Konfliktherde in der Welt erwähnt und dabei die „kürzlichen Ereignisse“ beklagt, wobei er die Kämpfe in Jordanien meinte. Er sprach das Leid an, das nicht nur über die Kämpfenden komme, sondern besonders unschuldige Menschen betreffe, vor allem die Kinder, die nicht einmal die Worte der Erwachsenen verstünden. Sein Mitgefühl gelte dem leidenden Menschen in all diesen Kriegen. Die Aufgabe, diese Gefahren in der Welt zu bekämpfen und künftig zu verhindern, komme insbesondere jenen zu, die größere Macht in der Welt hätten. Der Papst ermutigte den amerikanischen Präsidenten, diesen Auftrag zu übernehmen.

Präsident Nixon erinnerte an seine vorangegangenen Besuche im Vatikan (1963, 1967, 1969) und erging sich in Höflichkeiten. Er stellte den gemeinsamen Friedenswillen und die Sorge um die Armut in der Welt heraus, die Situation „der Hunderte von Millionen Menschen auf dieser Erde, die arm sind und in Ländern leben, die wenig Hoffnung haben“.

Er werde gleich nach seinem Besuch im Vatikan auf die Hohe See hinaus fliegen und dort die mächtigste Streitmacht der Welt sehen, die auf irgendeinem Ozean existiere. Hier aber, im Audienzsaal, sehe man eine andere Art von Macht ausgedrückt, die spirituelle Kraft, die Nationen und Menschen bewege. Nixon hob die geistige Führerschaft des Papstes zum Wohle aller Menschen hervor. Auch dankte er Paul VI., dass dieser

schlägt Hussein mit Elite-Truppen seiner Beduinen-Streitkräfte zu, gestärkt durch die USA, die Einheiten ihrer Mittelmeer-Flotte in der Region konzentrieren, um Syrien, Irak und die Sowjetunion, die hinter den Palästinensern stehen, in Schach zu halten. Der „Schwarze September“, beginnend am 16./17. September, führt zur blutigen Niederschlagung der Palästinenser in Jordanien. Die PLO weicht in den Libanon aus, von wo sie ab 1970 ihre Angriffe auf Israel ausweitet.

¹⁹ Address of the Holy Father Paul VI. to the President of the United States of America. Monday, 28. September 1970. http://vatican.va/holy_father/paul_vi/speeches/1970/documents – Auszug aus der Rede von Richard Nixon, 37. Präsident der Vereinigten Staaten (1969-1974), 308 – Remarks following meeting with Pope Paul VI. in the Vatican. September 28th, 1970.

<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=268>

sich so eindringlich für die amerikanischen Kriegsgefangenen ausgesprochen habe, eine Angelegenheit, die von den politischen Fragen in diesem sehr schwierigen Krieg in Vietnam getrennt werden müsse. Schließlich erinnerte der Präsident an den Besuch von Paul VI. in den Vereinigten Staaten und lud ihn zu einem neuerlichen Besuch ein.²⁰

Diplomatie von höchster Qualität

Ungeachtet ihrer Herkunft und Qualität belegen die „Informationen“, d.h. die Agentenberichte aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR den hohen politischen Rang, den die säkularen Mächte dem Heiligen Stuhl zubilligten und weiterhin zugestehen. Keine Divisionen, nach denen Josef Stalin einem Ondit zufolge amüsiert gefragt haben soll, auch kein Macht, die sich auf Territorien stützt, wie zu Zeiten des Kirchenstaates, keine Krone mehr auf dem Haupt des Papstes. Paul VI. hat sie abgelegt und den Erlös den Armen gestiftet. Die Kunst der Diplomatie, in einem Jahrtausend erprobt und bisweilen, wie der Blick in die Geschichte lehrt, mit den Schlichen der Kabale durchaus vertraut, dient heute einer „Diplomatie der Seelsorge“, wie es Agostino Casaroli formulierte. Umso stärker wirkt das moralische Gewicht des Papstes, wenn er ethische Normen einfordert, die er nicht exklusiv im Namen der katholischen Doktrin reklamiert, sondern als Forderung des Naturrechtes der Menschen. Das macht, ungeachtet ideologischer und religiöser Gegensätze die Kompetenz des Papstes aus wenn er direkt oder durch die Mitarbeiter der Kurie seine Stimme erhebt.

Die Korrespondenz zwischen Papst Benedikt XVI. und Bundeskanzlerin Angela Merkel²¹ im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 – als veröffentlichter Briefwechsel ungewöhnlich genug, wenn auch mit zeitlichem Abstand – spricht für die neue vatikanische Politik in einer Zeit, die vom Phänomen der „Globalisierung“ be-

²⁰ Am 4. Oktober 1965 hatte Papst Paul VI. die Vereinten Nationen in New York besucht. Sein Appell während seiner viel beachteten Ansprache: „Jamais plus la guerre – Nie wieder Krieg“. Am Rande der UNO-Vollversammlung war es zu einer kurzen Begegnung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko gekommen, der am 27. April 1966 auf eigenen Wunsch von Paul VI. im Vatikan empfangen wurde und den Besuch des ersten sowjetischen Staatspräsidenten im Papstpalast vorbereitete, die Audienz für Nikolaj Podgorny am 30. Januar 1967.

Am Ende der zweiten Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils, am 4. Dezember 1963, hatte Paul VI. mit der Ankündigung einer Reise ins Heilige Land nicht nur die Konzilsväter überrascht. Sein Besuch in Jerusalem (4. - 6. Januar 1964) und der Austausch des Bruderkusses mit Athenagoras, dem Ökumenischen Patriarchen (von Konstantinopel) führte ein Jahr später zur gegenseitigen Aufhebung der Bannflüche, bedeutete faktisch die Anerkennung Israels durch den Vatikan und leitete die erste Reisepastoral eines Papstes ein, die in auf alle Kontinente führen sollte. Auch setzte er die ersten Schritte einer vorsichtigen „Ostpolitik“ seines Vorgänger Johannes XXIII, fort. Am 25. 6. 1966 erreichte der vatikanische „Außenminister“ Erzbischof Agostino Casaroli ein Abkommen des Heiligen Stuhls mit dem kommunistischen Jugoslawien.

²¹ Briefwechsel zwischen Papst Benedikt XVI. und Bundeskanzlerin Angela Merke zum G8-Gipfel. Das Treffen der Regierungschefs der führenden Industrienationen fand unter deutscher Präsidentschaft vom 6. bis 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern statt. Als Schwerpunkt-Thema war Afrika gewählt worden, zu einem Zeitpunkt, als die Beziehungen zwischen den USA und Russland noch nicht abgekühlt waren. Papst Benedikt hat seinen Brief am 16. Dezember 2006 geschrieben, Das Schreiben wurde aber erst am 23. April 2007 vom Vatikan veröffentlicht.

stimmt wird. Im Mittelpunkt der Botschaft des Papstes an die Gipfelkonferenz der führenden Wirtschaftsnationen, die unter deutscher Präsidentschaft Anfang Juni 2007 in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste stattfindet, spricht Benedikt XVI. von der „höchsten Aufmerksamkeit und Priorität“ für die Frage der weltweiten Armut. Diese zu bekämpfen bestehe eine „schwere und unbedingte moralische Verpflichtung“, die auf der „Zusammengehörigkeit der Menschheitsfamilie sowie auf der gemeinsamen Würde und Bestimmung der armen und der reichen Länder gründet.“ Der „deutsche“ Papst folgt hier exakt den Spuren seiner Vorgänger und der Tradition der großen Sozialenzykliken, die im 19. Jahrhundert unter Leo XIII. ihren Anfang nahmen. („*Rerum novarum*“ vom 15. Mai 1891).

Was Ostberlin besonders interessiert

In die Beziehungen zwischen den politisch-ideologischen und militärischen Blöcken auf europäischer Ebene ist Bewegung gekommen. Nicht zuletzt die Gespräche zur Vorbereitung der Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen sollen zur Entspannung beitragen und den Zustand des Friedens, der durch die Nicht-Krieg-Situation auf den ehemaligen Schlachtfeldern keineswegs zwangsläufig gesichert ist, stabilisieren. Die diplomatischen Bemühungen, insbesondere die bilateralen Kontakte auf westlicher Seite, beschäftigen selbstredend die politischen Nachrichtendienste auf beiden Seiten. Fast allen Berichten, ob östlicher oder westlicher Provenienz, ist eine charakteristische Praxis eigen: sie erscheinen als ein Amalgam aus Sachinformationen, Einschätzungen und manchen gedanklichen Zutaten, die eher den Intentionen der eigenen politischen Führung entspricht, dieser gewissermaßen „entgegenkommt“, zumal dann, wenn der „Dienst“ seine Erkenntnisse als Erfolgsmeldung vorlegen kann.

So berichten die „Sicherheitsorgane der VR Polen“, Kardinal Wojtyła habe „während seines Aufenthaltes in Rom“ dem Staatssekretariat ein Memorandum Wyszinkis übergeben. Dieser Bericht beziehe sich auf eine Tagung der polnischen Bischofskonferenz im Mai 1970, anlässlich „des 25. Jahrestages des Anschlusses der westlichen und nördlichen Gebiete an Polen.“ Der Primas stelle in seinem Bericht fest, daß „sich in den polnischen West- und Nordgebieten bereits eine volle Normalisierung und Stabilisierung vollzogen hat und dies einer endgültigen organisatorischen Lösung bedarf.“²²

Die „Information“, die auch dem MfS zuzuging, dürfte Ostberlin vorrangig interessiert haben, denn die Frage der „polnischen Westgebiete“ – die vertriebenen Deutschen sprechen von der „verlorenen Heimat“ – stand 1970 im Mittelpunkt der innerdeutschen Auseinandersetzungen, sowohl vor dem Hintergrund der von „Bonn“ nie in Frage gestellten Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands und der von „Ostberlin“ um so heftiger betriebenen Zwei-Staaten-Theorie.

²² HA XX/4 Nr. 316 _ Abt. X v. 10. August 1970, Tgb. Nr. X/198/70.

In diesen Rahmen gehört auch ein Geheimerbericht der polnischen Sicherheitsorgane „Über die Opposition der CDU gegenüber der Ostpolitik Brandt`s nach einem Bericht der päpstlichen Nuntiatur in Bonn.“ Aus dieser „Information“ nur soviel: Es geht darum, wie die CDU im Wahlkampf (gemeint sind die Landtagswahlen am 14. Juni 1970 in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland) gegen die „Ostpolitik des Kanzlers der BRD“ zielt. Nuntius Bafile²³ beziehe sich in seinem Bericht auf „Besprechungen mit Kiesinger, der angeblich erklärte, dass Brandt und Scheel gegenüber der UdSSR eine Politik des Kompromisses betreiben, deren einzigstes Ergebnis die Festigung der sowjetischen Position in Europa und Schwächung der Position der BRD und überhaupt des Westens sein wird.“²⁴

Für den polnischen Auslands-SB²⁵ gab es also Anlass genug, eigene Agenten in die Bundesrepublik einzuschleusen, wie mir auch aus Führungskreisen des ehemaligen MfS bestätigt wurde. Die polnischen Spione hatten nicht nur das Umfeld der Regierung auszuforschen, sondern beschatteten auch die Apostolische Nuntiatur in Bonn. Ob sie V-Leute in der Vatikan-Vertretung oder in deren Umfeld platziert hatten, kann vermutet werden. So wird über den Agenten Andrzej M., Tarnname „Lakar“, berichtet. Dieser Führungsoffizier des polnischen Auslandsgeheimdienstes habe den Papst sowie die katholische Kirche in Polen und Deutschland ausgespäht und auch Zutritt zur päpstlichen Botschaft am Rhein gehabt. Auch der Name des enttarnten Dominikanerpaters Konrad H. fiel in diesem Zusammenhang. Der Ordensmann, der sich in Rom offizielle die Interessen der polnischen Kirche vertrat und westliche Journalisten „betreute“, soll acht Jahre lang von „Lakar“ abgeschöpft worden. Der Spionageoffizier habe sich als Vertrauter der deutschen Bischöfe vorgestellt.²⁶

Vorsicht vor „Informationen“

Was den deutschen Genossen von der polnischen „Bruderorganisation“ auf den Tisch kam, dürften sie mit einiger Skepsis zur Kenntnis genommen haben, spätestens, als ihnen „die Fotokopie eines Stenogramms der Verhandlungen zwischen Papst Paul VI. und dem Kanzler der BRD Willi Brandt, die am 13. Juli 1970 im Vatikan stattfanden“. Der „Gedankenaustausch“ soll sich seinerzeit vor allem auf die „Ostpolitik“ der sozial-liberalen Koalition konzentriert haben (Garantie der Grenze an Oder und Neiße, Neuordnung der kirchlichen Verwaltung in den auch von der polnischen Kirche beanspruchten „Westgebieten“, Widerstand der christdemokratischen Opposition in Bonn).

Mit dem vatikanischen Protokoll vertraute Insider wissen allerdings, dass es von Audienzen beim Papst keine wörtlichen Mitschriften gibt, sondern nur Zusammenfassun-

²³ Corrado Bafile (1903-2005), 1960 Titularerzbischof, Apostolischer Nuntius in der Bundesrepublik Deutschland (Bonn) bis 1975; 1976 Kardinal und Präfekt der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungen bis 1980.

²⁴ HA XX/4 Nr. 316 – Abt. X v. 13. Juli 1970. Tgb.Nr. X/1730/70.

²⁵ Sluzba Bezpieczentwa (SB), polnischer Sicherheitsdienst.

²⁶ 3-Sat „Kulturwelt“ v. 8.6.2005.

gen, sogenannte „verbale“. Es hätte also ein verräterischer Monsignore heimlich ein Tonband mitlaufen lassen müssen.

Auch die Übersetzer der Abteilung X des MfS (zuständig für die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Sicherheitsorganen) zeichneten sich nicht als besonders vertraut mit dem kirchlichen Milieu aus, beginnend schon bei der falschen Schreibweise der Namen prominenter Kirchenführer. In einer „Information“, die polnische Kirche betreffend, wird aus dem Erzbischof von Gnesen und Warschau, Kardinal Stefan Wysinski der Primas Wysinski, aus dem Krakauer Erzbischof Karol Wojtyla ein Voityl und aus dem Kardinalstaatssekretär Villot ein Viot. Kleinigkeiten sicherlich, wie sie in Papieren aller Geheimdienste zu finden sind, aber die Zuverlässigkeit beginnt bekanntlich beim richtigen Buchstaben.²⁷

Bei der Anfertigung von „Stenogrammen“, also angeblichen wörtlichen Mitschriften die der polnische Geheimdienst von vertraulichen Gesprächen anfertigte, kommt ein seltsames Quodlibet zustande, das mitunter kabarettreife Züge trägt. Gesetzliche Vorschriften verbieten bei bestimmten Personen wörtliche Zitate aus den „Informationen“, die es ermöglichen würden, die Fragwürdigkeit solcher behaupteten Mitschnitte herauszustellen. So ist einerseits Vorsicht geboten, andererseits aber kommt es auf den Gesprächsgegenstand, über den berichtet wird. Er gibt Aufschluss über die politische Relevanz etwa der Audienzen, die Papst Paul VI. führenden westlichen Politikern gewährte. Zwei Beispiele²⁸, nebeneinander gestellt, mögen dies verdeutlichen:

Politische Konkurrenten beim Papst

Am 25. Mai 1970 wird der britische Außenminister Michael Stewart, am 29. Mai 1970 der französische Außenminister Maurice Schumann von Papst Paul VI. in Audienz empfangen.²⁹ Beide nehmen an der Tagung des NATO-Ministerrates in Rom teil. Dabei wird über die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz beraten unter Teilnahme der Staaten des Warschauer Paktes.

Mit dem britischen Außenminister Stewart bespricht der Papst die Situation in Nordirland. Stewart erwartet „irgendeine Geste“ des Papstes, die der Sache des Friedens dienen dürfte. Der Papst entgegnet, dass er keine Möglichkeit sehe, über die vom Vatikan bereits unternommenen Schritte hinauszugehen und ruft die Verantwortung der sich in Nordirland gegenüberstehenden Parteien in Erinnerung.

Mit dem französischen Außenminister kommt der Papst auf die Lage in Indochina zu sprechen. Schumann spricht von einer Beunruhigung der französischen Regierung über das Vorgehen Washingtons im Vietnam-Krieg insbesondere den Einmarsch amerikani-

²⁷ HA XX/4 Nr. 316 Abt X v. 10. August 1970. Tgb Nr. X/198/70.

²⁸ Audienz Schumann: HA XX/4 – Nr. 316 – Abt. X v. 13. 8. 1970/ Tgb. Nr. 2039 /70 / Audienz Stewart: HA XX/4 – Nr. 316 – Abt. X v. 10. 8. 1970/ Tgb.Nr. 1982/70 /.

²⁹ Michael Stewart (1906-1990), britischer Außenminister (Secretary of State for Foreign Affairs 1965-1966 und 1968-1970) / Maurice Schumann (1911-1998), französischer Außenminister (Minister des Affaires étrangères 1969-1973).

scher Truppen in Kambodscha. Die Amerikaner täten gut daran, sich genauer mit der Geschichte Indochinas zu beschäftigen, um nicht den gleichen Illusionen zu erliegen, wie vorher Frankreich.

Folgt man dem „Gesprächsprotokoll“, dann mokiert sich Außenminister Schumann darüber, dass Frankreich wieder mal nur die „zweite Geige“ im Orchester der Westmächte spielen soll. Das bekannte Trauma der Achse Washington-London. Anlass ist die Überlegung, eine internationale europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen, aber nicht unter Vormundschaft der Amerikaner. Schumann nennt als Beispiele amerikanischer Eigenmächtigkeit das Verhalten Washingtons bei den Abrüstungs-Verhandlungen mit der Sowjetunion (SALT-Gespräche in Wien) und bei den Friedensgespräche über Vietnam in Paris, „hinter den Kulissen“. Frankreich, so Schumann selbstbewusst gegenüber dem Papst, versuche seinen eigenen konkreten Beitrag zur Lösung der bekannten Probleme zu leisten.

Stoff für operative Maßnahmen

Auch mit Bonn sind die Franzosen nicht ganz zufrieden, das heißt, mit der so genannten „neue Ostpolitik“ der Brandt/Scheel-Regierung. (So ähnlich hatte sich auch Cabot Lodge gegenüber dem Papst geäußert.)³⁰ Frankreich fühle sich nicht voll informiert und müsse an die bilateralen Verträge erinnern. Dies galt, wenn man die Äußerungen Schumanns richtig deutet, ebenso für die Vierergespräche über Berlin und die Verhandlungen Bonns mit Warschau und Moskau.

Schenkt man dem Geheimbericht des polnischen Nachrichtendienstes weiter Glauben, dann hört sich der Vortrag des Franzosen im politischen „Beichtzimmer“ des Papstes wie ein einziges Klagelied an. Stichwort: Europäische Sicherheitskonferenz. Die Amerikaner verstünden Europa einfach nicht, verfolgten ihre eigene Strategie im weltpolitischen Maßstab, scheuten aber eigene Verantwortung zu tragen.

Mit dem britischen Außenminister Stewart begegnete dem Papst die eher gegenteilige Meinung. London sucht bekanntlich eher den Schulterchluss mit Washington. Man sei entschieden für eine solche Sicherheitskonferenz, antwortete der Brite auf eine entsprechende Frage des Papstes. Paul VI. wandte ein, er habe von Schwierigkeiten bei der Organisation einer solchen Konferenz gehört. Es werde befürchtet, dass sie eingeeengt werden könnte auf einen Dialog zwischen den beiden Militärblöcken.

Hatte Paul VI., dem eine besondere Nähe zu Frankreich nachgesagt wurde, schon entsprechende Beschwerden aus Paris im Kopf. Sie wurden jedenfalls von Außenminister Schumann bei dessen Besuch im Vatikan (nach der Audienz für Stewart) bestätigt. Frankreich unterscheide sich in seiner Meinung von Amerikanern und Engländern. Die Konferenz könnte zwar positive Ergebnisse mit sich bringen, dennoch müsse damit gerechnet werden, dass die Amerikaner die Verhandlungen im Rahmen der Blöcke sähen.

³⁰ Audienz Henry Cabot Lodge, Sonderbotschafter des US-Präsidenten, HA XX/4 – Nr. 316 – Abt. X v. 2. 9. 1970 Tgb. Nr. 2172 /70.

Dies würde, so lassen sich Schumanns Bedenken gegenüber dem Papst verstehen, die übrigen Teilnehmer einer solchen Konferenz zu Satellitenstaaten degradieren. Der französische Außenminister gab zu verstehen, daß ein solches politisches Arrangement im Rahmen von Blöcken, die die Welt gewissermaßen unter sich aufteilen, „alle Völker ihrer Hoffnung auf mehr Freiheit berauben.“ Dabei dürfte er wohl zunächst an die ehemaligen französischen Kolonial- und aktuellen Einflussgebiete rund um den Globus gedacht haben.

Im Frühjahr 2007, vor dem Hintergrund des USA-/ Europagipfels und der anschließenden G-8-Konferenz, sowie auf Grund der Erfahrungen einer „unilateralen und ideologisch geprägten Politik“³¹ der amerikanischen Bush II-Administration, gewinnt die französische Sichtweise von vor mehr als drei Jahrzehnten erneut an Aktualität.

Im Gespräch mit Papst Paul VI., im Mai 1970, verneinte der britische Außenminister Stewart die Befürchtung seines französischen Kollegen. Seine Regierung halte ein Treffen, an dem alle europäischen Länder sowie die USA und Kanada teilnehmen, für nützlich. Auch sollten die „Neutralen“ eingeladen werden sollen, wobei Stewart die Skandinavien nannte.

Gegenüber Außenminister Schumann wiederum erwähnt Papst Paul VI. die Position Londons, wie sie ihm von Stewart erläutert wurde, nämlich eine Konferenz einschließlich der neutralen und unabhängigen Länder abzuhalten. Schumann jedoch zeigte sich skeptisch, da nach französischer Auffassung London und Washington sich an die amerikanische Marschroute hielten, die eben doch auf Verhandlungen im Rahmen des Blockdenkens hinausliefen. Entsprechend kritisch sah er die Sondierungen Aldo Moros,³² die dem Ostblock zu weit entgegenkommen, von Washington und London aber unterstützt würden. Außenminister Schumann unterstrich seine Bedenken mit der Bemerkung, dass Verhandlungen, bei denen sich die Blöcke gegenüber sitzen, nicht zum Ziel führten. Dauerhafter Frieden in Europa sei nicht durch politische, militärische oder wirtschaftliche Macht zu erreichen. Europa müsse sich treu bleiben und könne dies nur als eine freie Gemeinschaft von Völkern sein, selbst bei verschiedenen Gesellschaftssystemen.

³¹ Stephen Szabo, Professor für Europäische Studien an der John Hopkins Universität, Washington in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur, Wiesbadener Kurier v. 26.04.2007.

³² Aldo Moro (1916-1978), italienischer Christdemokrat (Democrazia Cristiana CD), Ministerpräsident 1963-1968 und 1974-1976, er sucht die politische und ökonomische Krise Italiens durch den sogenannten „historischen Kompromiss (das Zusammengehen mit den italienischen Kommunisten) zu überwinden. Widerstand in der eigenen Partei (Giulio Andreotti. Moro wird von Roten Brigaden entführt. Papst Paul VI. bietet sich als Austausch-Geisel an. Am 9. Mai 1978 wird Aldo Moro ermordet. Spekulationen und Gerüchte ranken sich nicht nur um die linksterroristische Aktion, sondern auch um angebliche Hintermänner der italienischen Geheimloge Propaganda Due, der Mafia, italienischer Politik und des amerikanischen Geheimdienstes CIA.

Kein Smalltalk

Die Gespräche des „politischen Papstes“ Montini mit den beiden europäischen Außenpolitikern sind alles anderes als höflicher Smalltalk, wenn die Aufzeichnungen des polnischen Nachrichtendienstes zutreffen, zumal vor dem Hintergrund der in Rom stattfindenden NATO-Ministerrats-Konferenz.

Papst Paul VI. möchte von Außenminister Stewart wissen, wie dieser den politischen Einfluss Jugoslawiens und Rumäniens im Gesamtgefüge der beiden Blöcke einschätzt. Außenminister Stewart: London gebe sich keinerlei Illusionen hin, dass sich Rumänien als Mitglied des sowjetischen Militärblocks auf die UdSSR stützen könnte. Nixon habe mit seinem Besuch 1969 in Rumänien einen nicht geringen Fehler begangen. Anders sei die jugoslawische Situation zu beurteilen. Der Status von Jugoslawien dürfe sich nicht verändern, darin bestehe mit Washington Übereinstimmung und inoffiziell auch mit Moskau.

Der Papst hakte nach: Wie es weitergehe, wenn Tito nicht mehr lebe. Stewart versicherte, dass dann diejenigen Kräfte unterstützt werden müssten, die bereit seien, die jugoslawische Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Notwendigkeit einer bewaffneten Einmischung werde bisher nicht gesehen und hänge von den Umständen ab.

Der Brite machte deutlich, dass man den jugoslawischen Patrioten dann entsprechende Hilfe wird nicht versagen können, falls der Balkan-Staat und damit das politische Gleichgewicht auf der internationalen Bühne von außen verletzt wird. Die sei aber keine Verpflichtung der NATO, sondern eine Vereinbarung zwischen London und Washington. Das Gespräch, über das der Vatikan entsprechend seinen Gepflogenheiten, nie etwas detailliert verlauten lassen würde, verläuft also kenntnisreichen Niveau auch seitens des Papstes. Grund genug, für östliche Agenten, „undichte Stellen“ im Umfeld des Apostolischen Palastes anzuzapfen.

Während ihrer tour d'horizon erreichen die beiden Gesprächspartner schließlich auch die politische Situation in Asien. Der britische Außenminister betont, dass man das kommunistische China ins Kalkül ziehen muss, die machtpolitische Rolle Pekings bei der Friedenssicherung in dieser Hemisphäre. Zurückgekehrt nach diesem Ausflug in die Ferne interessiert sich Paul VI. – aus nahe liegenden Gründen versteht sich – für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, politisch ausgedrückt: den Arabisch-israelischen Konflikt betreffend, religiös: das Heilige Land. Zu diesem Problemkreis weiß der britische Außenminister nichts Substantielles mitzuteilen. Die Lösung liege in den Händen von Washington und Moskau, London sei nicht in der Lage, von sich aus entscheidende Schritte zu unternehmen. Man spreche von einer Art von Status quo mit gewissen territorialen Korrekturen. Zu weiteren Zugeständnissen sei Washington nicht bereit.

Die „Informationen“ des polnischen Nachrichtendienstes haben, bevor sie den Stabs-offizieren des MfS vorgelegt wurden, eine Reise durch verschiedene Sprachen hinter sich. Sie wurden aus dem Polnischen ins Russische übersetzt und von dort ins Deutsche. Mit dem Versuch einer Synopse anhand von Auszügen aus den angeblichen Wortprotokollen kann vielleicht erklärt werden, wie die Staatssicherheitsbehörden dar-

auf abzielten, die Meinungsverschiedenheiten im westlichen Lager herauszuarbeiten, eine übliche nachrichtendienstliche Maßnahme, mit dem Ziel, zersetzend auf den ideologisch-politischen Gegner einzuwirken.

Auch die Bulgaren horchten mit

Europa lag in Trümmern. Den Überlebenden des Völkermordens stand der Sinn ab der Stunde Null, nach der Frage, auf die banale Formel gebracht: Wie geht es jetzt weiter. Mit der Familie, mit Arbeit, Lohn und Brot. Die Trümmerfrauen wurden zum Symbol dieses Lebenswillens. Der Vater, aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, werkelte schon wieder an der Drehbank in der alten Garage. Die Frage nach dem „Warum“ der soeben erlebten Katastrophe wurde in den Privathaushalten zunächst zurückgestellt. Nicht jedoch in den Parteizentralen und Denkstuben der Theoretiker. Welches gesellschaftliche Konzept würde die europäischen Nationen in eine neue friedliche Zukunft führen? Ideologien und Weltanschauungen, die sich behaupten konnten, wurden neu belebt.

Der Sozialismus, insbesondere seine materialistische Spielart, sah seine Stunde gekommen, obwohl er keine Bewährungsprobe hatte bestehen müssen. Die „freiheitliche Demokratie“, vor allem seine konservative wie liberale Variante, beanspruchte die Führungsrolle. Beide behaupteten, über den einzig wahren Wertekanon zu verfügen. Nachkriegseuropa und die Welt, in zwei Blöcke geteilt, begegneten sich an politisch-ideologischen Fronten. Den Gegner zu durchschauen, seine Absichten zu unterminieren, dazu bedienten sich alle namhaften Staaten eine spezialisierte Waffengattung, die offenbar stets mehr oder weniger unbeschadet jeglichen Zusammenbruch überdauert, die politischen und militärischen Nachrichtendienste, vulgo: die Spionage, die Kampftruppen der Schattenwelt, die Krieger – die meisten in militärischen Rängen – an der unsichtbaren Front und keine Organisation frei von weltanschaulich-ideologischer Färbung, gleich welcher Provenienz. Sie hatten, bleiben wir bei den „sozialistischen Staatssicherheitsorganen“, nicht nur die militärische Stärke des Gegners auszuspähen. Wieso auch, wenn sie etwa den Vatikan ins Fadenkreuz nahmen. Er galt als weiches Ziel. Doch was man hinter den Mauern von St. Peter aufzuklären suchte, war auch für die waffenstarrenden Mächte nicht bedeutungslos. Wie anders erklären sich die tausende und aber-tausende von Seiten an Berichten und Maßnahmeprotokollen, die Heere von Agenten, Zubringern, Spitzeln, und wie immer sie auch bezeichnet sein mögen.

Bisher nur Umriss und Bruchstücke

Welche Auslandsnachrichtendienste der Warschauer Paktstaaten in welchem Umfang den Vatikan ausspioniert haben, lässt sich derzeit nur umrisshaft darstellen. Die „schubweise“ zur Veröffentlichung freigegebenen diesbezüglichen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR deuten auf einen erheblichen Zeit-

bedarf hin, bis eine zusammenfassende Darstellung in zeitlicher und organisatorischer Einordnung möglich sein wird. Die zur Klärung anstehenden innerdeutschen „Personalien“ dürften Vorrang beanspruchen. Insofern gewähren die vorliegenden Materialien Einblicke nur in Ausschnitten, sind nur Bruchstücke der Vorgänge sichtbar, die sich auf die Operationen etwa der ehemaligen sowjetischen, polnischen, ungarischen, tschechoslowakischen, rumänischen Nachrichtendienste beziehen. Dies gilt speziell auch für die Auslandsaufklärung des bulgarischen Komitees für Staatssicherheit KDS. Für das westliche Publikum waren die Bulgaren „eigentlich nur“ im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 in Erscheinung getreten. Dem bulgarischen Geheimdienst war unterstellt worden, den Anschlag im Auftrag des KGB organisiert, den Schützen Ali Agca gedungen zu haben. Ein eindeutiger Beweis liegt allerdings nicht vor. Was bis heute geschrieben und behauptet wurde, muss wohl immer auch unter den Vorzeichen von schwarzer Propaganda und anderen nachrichtendienstlichen Maßnahmen gesehen werden.

Zwischen Eis und Tauwetter

In den jüngsten Funden bei Sichtung der Unterlagen aus den Akten der „Kirchenabteilung“ des Ostberliner MfS sind nun eine Reihe von Materialien aufgetaucht, die immerhin bestätigen, wie früh auch der bulgarische Geheimdienst im Rahmen der gemeinsamen Operationen der sozialistischen „Staatssicherheitsorgane“ auf den Vatikan ange setzt war und welche spezifischen Interessen den Geheimdienst leiteten.

Im Oktober 1959 erhielt das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit eine „Information“ der Sicherheitsorgane der Volksrepublik Bulgarien „Über die Feindtätigkeit des Vatikans gegen die VR Bulgarien und andere sozialistischen Länder und über seine Verbindungen zu den Amerikanern.“ Selbst im internen Informationsaustausch mochten die Genossen offenbar auf die aggressive Propagandasprache nicht verzichten. Auch die Zielrichtung war klar: der Vatikan galt als Komplize der USA als Inbegriff des westlichen Imperialismus und Kapitalismus.

Zur zeitlichen Orientierung nachfolgend einige kontextuelle Vorgänge des Jahres 1959, nicht chronologisch, sondern thematisch eingeordnet. Das politische Klima wechselte wie Sonne und Regen im April.

Das Jahr begann mit dem Angebot Moskaus für einen Friedensvertrags mit Deutschland. Weitere Initiativen, allerdings nach sowjetischen Bedingungen, folgten: Walter Ulbricht schlägt eine Konföderation zwischen „den beiden deutschen Staaten“ vor. Die „DDR“, von manchen in Gänsefüßchen geschrieben, erhält eine neue Staatsflagge: Hammer, Zirkel und Ährenkranz in der Mitte der Farben Schwarz-Rot-Gold. Otto Grotewohl bietet Konrad Adenauer Vorverhandlungen für einen Friedensvertrag an.

In Genf beraten die Außenminister der vier Mächte, in Anwesenheit von Beobachter-Delegationen aus Bonn und Ost-Berlin erfolglos über Deutschland. DDR-Außenminister Lothar Bolz schlägt Bundesaußenminister Heinrich von Brentano einen deutsch-deutschen Nichtangriffspakt vor. Die SPD distanziert sich im „Godesberger

Programm“ vom Marxismus. Die Sozialdemokraten sprechen sich für eine entmilitarisierte Entspannungszone in Mitteleuropa aus.

Präsident Dwight D. Eisenhower erneuert bei seinem Deutschlandbesuch die Garantie der westlichen Verbündeten für Westberlin; Nikita S. Chruschtschow gibt das Berlin-Ultimatum von 1958 auf, widerspricht nicht mehr den Berlin-Rechten der ehemaligen westalliierten Besatzungsmächte und reist als erster sowjetischer Parteichef in die USA. (Im Januar, am 8.1., war General Charles de Gaulle zum Staatspräsidenten der V. Republik proklamiert worden, in Kuba hatte Fidel Castros Revolution gesiegt).

In der DDR werden Studenten, die gegen die politischen Verhältnisse im SED-Willkürstaat protestiert hatten zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, in Rumänien unbotmäßige Schriftsteller mit Zwangsarbeit bestraft.

Die Bundesluftwaffe beginnt, sich mit „Starfightern“ auszurüsten, jenem „Todesvogel“, der durch massenhafte Abstürze und gefallene Piloten traurige Berühmtheit erhält. Die Bundeswehr darf sich mit Atomwaffen ausstatten, wie das Bundesverwaltungsgericht entscheidet. Die Sowjetunion schickt „Lunik II“ und „Lunik III“ zum Mond. Der Weltraum rückt immer näher in das militärstrategische Blickfeld der Supermächte.

Schon dieser Überblick verdeutlicht: Es herrschte immer noch Krieg, kalter Krieg – „aber es war Krieg“, so ein Diktum von Kardinal Alfredo Ottaviani, der in jenen Jahren das Heilige Offizium leitete, die spätere Kongregation für die Glaubenslehre. Ihn sahen Anhänger wie Kritiker als „Gegenspieler“ von Papst Johannes XXIII, der Anfang der 60er Jahre bereit ist ein gewisses Risiko zu gehen, in dem er erste Kontakte mit Moskau versucht, um die Lage der Kirche im sowjetischen Machtbereich zu erleichtern. Dem „Carabinieri“ des katholischen Glaubens galt denn auch das besondere „Interesse“ des bulgarischen Geheimdienstes. So meldete ein Bericht aus Sofia im Februar 1964, bei Ottaviani hätten sich „die Vertreter der extrem rechten Kreise des Vatikans“ versammelt, „beunruhigt durch die Bildung eines atheistischen Instituts in Moskau, das eine atheistische Propaganda gegen die Kirche auf wissenschaftlicher Grundlage“ betreiben werde. Nach der Diskussion sei ein „Beschluss über den Beginn einer aktiven antikommunistischen und antiatheistischen Propaganda“ gefasst worden.

Aggressive Propaganda

Um jedoch auf das Jahr 1959 zurückzukommen: In der „Information“ über die angebliche „Feindtätigkeit des Vatikans gegen die Volksrepublik Bulgarien und andere sozialistische Länder“, zielen die Maßnahmen der bulgarischen Stasi insbesondere auf Emigranten-Kreise im westlichen Ausland, wie dies im übrigen auch bei den anderen Ländern des Ostblocks zu beobachten ist. Die Kirche unterstütze „Wohltätigkeits“- und anderen Organisationen, die unter diesem Deckmantel versuchten, „einzelne Vaterlandsverräter zu ihrer Feind- und anderen Wühltätigkeit heranzuziehen und auszunutzen.“ Unterstellungen dieser Art waren nicht schlichtweg billige Propaganda. Wer den Häschern in die Hände fiel, endet nicht selten im kommunistischen GULAG.

Das Augenmerk des bulgarischen Sicherheitsdienstes richtete sich vor allem auf Österreich. In Kreisen des Vatikans halte man dieses Land für das Sprungbrett vom „Osten nach dem Westen.“ Ebenso gelte dies für Jugoslawien, nach Österreich das „bequemste“ Land, weil man dorthin „zu Besuch“ fahren und von dort aus leicht in westliche Länder reisen könne. Die Information benennt schließlich diverse Organisationen und Personen aus den Kreisen bulgarischer und ungarischer Emigranten, behauptet deren Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Hilfsorganisationen zu konspirativen Zwecken, und es fehlt auch nicht der Hinweis auf den „amerikanischen Geheimdienst“, womit wohl die CIA gemeint sein dürfte.

Gegeneinander ausspielen

Unter den wenigen ausgewählten Papieren fällt eine „Einschätzung der Lage der katholischen Kirche durch die Leitung des Vatikans“ auf. Papst Johannes XXIII. und die „übrigen Leiter des Vatikans“ seien zu der Schlussfolgerung gekommen, viele Katholiken in den sozialistischen Ländern – namentlich erwähnt werden Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei – seien mit ihrem Leben in den sozialistischen Ländern zufrieden und befürworteten „die meisten der von den Regierungen durchgeführten Maßnahmen.“ Ein anderer Teil der Katholiken befinde sich unter Einfluss einer starken kommunistischen Propaganda und nehme allmählich linke Überzeugungen an. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam die römische Kurie, so die bulgarische Stasi, auch bei der „gründlichen Analyse“ der Situation in den Ländern, „die kürzlich vom Kolonialjoch befreit wurden.“

Große Aufmerksamkeit schenkt der bulgarische Nachrichtendienst auch der Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils, das am 11. Oktober 1962 in Rom einberufen wurde. In der ausführlichen Stellungnahme interessiert an dieser Stelle die „Information“, dass die „Hauptfrage“ der Kirchenversammlung darin bestehe, „die Frage der Demokratisierung der Kirche und des Kampfes mit dem in ihr bestehenden Konservatismus und Zentralismus“ zu erörtern. Viele Geistliche der westlichen und der sozialistischen Länder seien mit dem Zentralismus und Konservatismus nicht einverstanden. Einverstanden zwar damit, „daß Rom der Sitz des Vatikans“ sei, nicht jedoch, dass der Vatikan „gleichzeitig“ das Zentrum des Katholizismus darstelle. Der Papst werde anerkannt, „nicht einverstanden“ seien sie jedoch mit einer organisatorischen Bindung an den Vatikan, „da organisatorische Verbindungen mit dem Vatikan bei den „politischen Regims der östlichen Länder“ als ungesetzlich und die katholischen Geistlichen als „Ausländer oder Spione“ gelten würden.

Dieser Passus wiederum entspricht der „Linie“, die von den kommunistischen Staaten gefahren wurde: Trennung der Ortskirche von Rom, Bildung von Nationalkirchen, falls überhaupt; diese dann unter Aufsicht der Staatsmacht, d.h. der kommunistischen Partei und ihrer Sicherheitsorgane gestellt. Auch sollte eine derartige „Information“ wohl ein nachrichtendienstlicher Fingerzeig für mögliche Maßnahmen der Zersetzung in der ka-

tholischen Kirche sein. Eine besondere Rolle spielten bei den Bulgaren die vatikanischen Beziehungen der überwiegend orthodoxen Christen des Landes.

Vatikanische Ostpolitik

Die bulgarischen Geheim-Informationen über den Vatikan setzen sich fort, nachdem der Mailänder Kardinal Giovanni Battista Montini als Papst Paul VI. die Leitung der Kirche übernommen hat. So ist von einem geheimen Brief des Papstes die Rede, den dieser an die Teilnehmer des Zweiten Vatikanischen Konzils zu Beginn der vierten Sitzungsperiode (begonnen am 14. September 1965) gerichtet hat und in dem er zur Einheit unter den Konzilsvätern aufrufe. Auf den vorausgegangenen Sitzungen hätten sich verschiedene Strömungen gebildet. Um einer Zersplitterung vorzubeugen, seien die Teilnehmer an dem Konzil von Paul VI. aufgefordert worden, sich sachlich und konkret zu äußern, „damit das Ökumenische Konzil erfolgreich abgeschlossen“ werde. Auch habe der Papst seine Besorgnis „hinsichtlich der gegenwärtigen internationalen Lage und der bestehenden Gefahr, dass zwischen dem Westen und den Ländern des sozialistischen Lagers ein Konflikt entstehen kann“, geäußert.

Solche Meldungen³³ dürften nach dem Geschmack Moskaus und seiner Vasallen gewesen sein. Ganz in diesem Sinne folgt dann auch im Juli 1966 eine weitere Information.³⁴ „Das Staatssekretariat des Vatikans und persönlich Papst Paul VI.“ wünschten „aufrichtig eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und dem Vatikan.“ Der Papst könne sich nicht über die Existenz von Staaten und Völkern in Osteuropa hinwegsetzen, die tatsächlich ihren Platz in der Geschichte und im Kampf für den Frieden und den Fortschritt in der Welt einnehmen“.

Der Begriff wird nicht verwendet, aber gemeint ist, was im Westen, nicht ohne kritische Gegenstimmen, als „vatikanische Ostpolitik“ verzeichnet wurde. Kardinalstaatssekretär Amleto Giovanni Cicognani, der „Amerikaner“, wird nicht eigens erwähnt, wohl aber der Substitut, der im folgenden Jahr zum Kardinal ernannte Erzbischof Angelo Del Aqua und Erzbischof Agostino Casaroli („Architekt“ der vatikanischen Ostpolitik, später Kardinalstaatssekretär). Es wird auf Schwierigkeiten bei den Besprechungen mit Ungarn und der Tschechoslowakei „bei der Erzielung einer Vereinbarung“ hingewiesen. Der Vatikan sehe jedoch „die Notwendigkeit der Geduld und Beharrlichkeit“ ein. Das Staatssekretariat sei auch bereit, wenn sich die bulgarische Regierung entschlöße, Besprechungen mit dem Vatikan zu beginnen, ihre Wünsche nicht unberücksichtigt bleiben und „auf die günstigste Weise überprüft werden.“

³³ MfS HA XX/4 – Nr. 124, Mitteilung vom 3.1.1966.

³⁴ MfS HA XX/4 – Nr. 124, Information vom 13. Juli 1966.

Bonner Ostpolitik

Man ist in gewisser Hinsicht erstaunt, dass die Bulgaren auch „Über die Beziehungen zwischen der BRD und dem Vatikan“ zu berichten wissen. „Nach dem Machtantritt“ sei die Regierung des westdeutschen Kanzlers Willi Brandt „unter der Berücksichtigung der Rolle und Bedeutung des Vatikans bestrebt, Maßnahmen durchzuführen, die darauf gerichtet sind, die Unterstützung des Vatikans oder wenigstens seiner Neutralität zu Fragen der Politik der BRD bezüglich der sozialistischen Länder und hauptsächlich zur Frage der Oder-Neiße-Grenze zu erhalten.“ Zu diesem Thema wurde in dieser Serie bereits ausführlich berichtet. Die „Information“ der Bulgaren von Juli 1970³⁵ berichtet von einem „inoffiziellen Besuch“ des evangelischen Bevollmächtigten bei der westdeutschen Bundesregierung Hermann Kunst³⁶ im Vatikan, um „die Position des Heiligen Stuhls zur Oder-Neiße-Grenze“ zu erfahren und die „Position der westdeutschen evangelischen Geistlichen zu dieser Frage darzulegen.“ Letztere seien darüber beunruhigt, dass der Kanzler Willi Brandt, „der seine Beziehungen mit den sozialistischen Ländern verbessert, die Oder-Neiße-Grenze anerkennt.“

Auch der Vatikan-Besuch von Herbert Wehner, „der zweitwichtigsten Person der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei“ wird angesprochen. Einen Monat nach dem Besuch von Kunst habe Wehner mit dem Substituten, Erzbischof Benelli gesprochen und u.a. darum gebeten, „dass der Vatikan, bzw. der Papst Paul der VI., mit der Weihung eines Erzbischofs polnischer Herkunft in den „strittigen Territorien“ hinter der Oder-Neiße-Grenze nicht voreilig ist.“ Nach Angaben von Monsignore Casaroli (offenbar phonetisch von dem ostdeutschen Dolmetscher mit Kasaroli übersetzt), hätten die Vertreter des Staatssekretariats des Vatikans schon zweimal erklärt, dass der Vatikan gegenwärtig nicht die Absicht habe, eine offizielle Erklärung zu den aufgeworfenen Fragen zu geben, weil er der Ansicht sei, „daß zu diesen Fragen zuerst die interessierten Staaten zu einer Vereinbarung kommen müssten.“

Ein Amerikaner im Vatikan

Im August 1970 berichtet die „Sicherheitsorgane der VR Bulgarien“ über den Besuch von Henry Cabot Lodge, dem persönlichen Vertreter von Präsident Nixon, im Vatikan.³⁷ Ob es sich in diesem Fall um eine zweigleisige Abschöpfung vatikanischer Quellen handelt, ist nicht erkennbar. Über die Begegnung zwischen dem amerikanischen Diplomaten und Papst Paul VI. wurde bereits in „Eine erste Adresse“ und in „Mit Ste-noblock und Tonband“ berichtet, anhand polnischer Geheimberichte.

³⁵ MfS HA XX/4 – Nr. 124, Abt. X v. 30. 7. 1970, Tgb.-Nr. X/1888/70.

³⁶ Hermann Kunst (1907-1999, erster Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung (1949-1977) und im Nebenamt Evangelischer Militärbischof ((1956-1972).

³⁷ MfS HA XX/4 – Nr. 124, Abt. X v. 24. 8. 1970, Tgb.-Nr. X/2100/70.

Diplomatie auf dem Balkan

Um dieses „bulgarische Kapitel“ vorläufig abzuschließen noch die Information „Über die Politik des Vatikans gegenüber den sozialistischen Ländern Osteuropas“ anhand einer bulgarischen Mitteilung im Oktober 1970, wie üblich zunächst der internationalen Abteilung des MfS zugegangen und von dort an die zuständigen Dienststellen verteilt³⁸: In einer Art Resümee wird die Entwicklung der vatikanischen Ostpolitik bis zu diesem Zeitpunkt dargestellt. In der außenpolitischen Orientierung des Vatikans seien zwei neue Richtungen zu beobachten. Zum einen habe der Vatikan begonnen, die Linie eines „nichtpaktgebundenen Landes“ einzuschlagen. Das sei „eine wirklich neue und sehr flexible Verhaltenslinie des Vatikans, der in seiner Politik nicht nur als eine Kraft gelten wolle, die außerhalb der und über den militärisch-politischen Blöcken stehe, sondern vor allem seine Positionen in Afrika und Asien festlegen wolle.

Als zweite Hauptrichtung des außenpolitischen Kurses des Vatikans wird die „Aktivierung seiner offiziellen zwischenstaatlichen Kontakte und Verbindungen mit den sozialistischen Ländern Osteuropas“ beschrieben. Der erste Schritt sei gegenüber Jugoslawien getan worden. Dies habe sich als „das dafür geeignetste Land“ erwiesen, weil es selbst sehr an der Verbesserung seiner Beziehungen mit der Führung des Vatikans interessiert“ gewesen sei.

Tito und seine Regierung, „die Festigung der nationalen Einheit und die Überwindung der zentrifugalen Kräfte“ anstrebend, hätten sich mit der Annäherung an den Vatikan die Unterstützung der mehr als sechseinhalb Millionen Kroaten und Slowenen, die der Meinung waren, dass sich die Führung des Landes in den Händen der Serben befindet, sichern wollen. Der Vatikan seinerseits sei der Meinung gewesen, Jugoslawien als ersten Schritt auf dem Wege seiner weiteren Offensive gegen die kommunistischen Länder Osteuropas ausnutzen zu können. Die Bulgaren erinnern daran, dass die Beziehungen zwischen Jugoslawien 1952 ihren „kritischen Punkt“ erreicht hätten, als Papst Pius XII. den Zagreber Erzbischof Alojzije Stepinac zum Kardinal ernannte, „der von der jugoslawischen Regierung zum Kriegsverbrecher erklärt worden war.“ Dies habe zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan geführt.

Die Bulgaren kommen zu dem Schluss: Jugoslawien sei 1970 für den Vatikan ein guter Anfang gewesen: Dort lebe eine bedeutende Anzahl von Katholiken. Tito verfolge einen unabhängigeren außenpolitischen Kurs und betreibe eine Politik der Nichtpaktgebundenheit. Die vom Vatikan proklamierte Politik der Bündnisfreiheit habe den Prozess der Annäherung mit Jugoslawien, das die gleiche außenpolitische Doktrin verfolge, bedeutend erleichtert.

Soweit dieses Kapitel mit einigen etwas ausführlicher kommentierten Stasi-Dokumenten. Keine Frage, dass die „Informationen“ im Sinne der Ideologie und Politik der Partei geprägt waren. Gleichwohl bilden sie aufschlussreiche Seiten im Buch der europäischen und internationalen Geschichte im Rahmen eines bestimmten Zeitabschnitts. Wie bei allen vorausgegangenen und nachfolgenden Arbeiten: Das Material

³⁸ MfS HA XX/4 – Nr. 124, Abt. X. v. 30.10. 1970, Tgb.-Nr. X/2722/70.

mag zur Vertiefung der eigenen Kenntnisse beitragen, verlangt gleichwohl die notwendige Distanz, damit nicht alles für „bare Münze“ genommen wird, was Agenten ihren Zentralen berichteten, abgeschöpft, abgehört und zugetragen von undichten Stellen und immer als anonym behandelten Quellen. Das verlangt Wachsamkeit und Vorsicht im Umgang mit deren „Informationen“.

Immer fortgehender ideologischer Krieg

Sie ängstigten sich und bangten in einem „Tunnel der Verfolgung“, wie Papst Benedikt XVI. die Situation der christlichen Gemeinden in den Ländern Osteuropas während der kommunistischen Zwangsherrschaft beschreibt.

Vor den Bischöfen der Slowakei, die im Juni 2007 zum Pflichtbesuch („ad limina apostolorum“) in den Vatikan gekommen waren, wies der Papst darauf hin, dass sich die Verhältnisse nach dem Zusammenbruch des roten Imperiums zwar in einigen Punkten, in anderen aber nicht wesentlich geändert haben.

Vor allem in Europa werde geradezu beharrlich ideologischer Druck ausgeübt, der das Christentum auf eine rein private Dimension zurückdrängen wolle. Dieser Angriff sei im Osten besonders offensichtlich. Dabei bezeichnete der Papst vor allem die Slowakei und Polen als besonders gefährdet. Ihr altes christliches Erbe, das der Kommunismus nicht habe zerstören können, werde auf schwerwiegende Weise von jenen Tendenzen in Mitleidenschaft gezogen, die für die westlichen Gesellschaften charakteristisch seien, also Konsumismus, Hedonismus, Laizismus, Relativismus.³⁹ Diese Ismen waren schon dem Glaubenspräfekt Joseph Ratzinger ein Gräuel. Wer kann ihm verübeln, dass er auch und vor allem als oberster Pontifex, unermüdlich auf diese gerade gegen dies bösen Zeichen der Zeit seinen Finger erhebt und den Prozess der Säkularisierung beklagt, den Wertewandel zum Negativen vor allem in Europa.

Den Blick auf die Gegenwart und Zukunft zu richten, war schon immer, im Politischen wie im Kirchlichen, die allfällige Devise am Ende einer gesellschaftlichen Katastrophe. Auf die jüngere Geschichte bezogen, galt sie für die Jahre nach 45 wie sie heute nach dem Fall der Mauer, dem Zusammenbruch des kommunistischen Universums zu hören ist. Es scheint, als wäre sie für manche eine Einladung, nun doch endlich „Schluss zu machen“ mit der „Vergangenheitsbewältigung“. Wären da nicht die Wächter der Erinnerung. Ist die Beweisaufnahme noch immer nicht abgeschlossen, nach den erschütternden Zeugenaussagen zur Leidenszeit „im Tunnel der Verfolgung“?

Warum die alten Akten öffnen, die von jenen handeln, die das weiße Kleid der Kirche befleckt haben. Wer mit den schärfsten Gegnern der Kirche in der modernen Geschichte, den Geheimdiensten der ideologisch-politischen Systeme des Sowjetkommunismus kollaborierte, dem musste klar sein, wem er zu Diensten war. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich Angehörige des geistlichen Standes den „sozialistischen Staatssicher-

³⁹ Bulletin des Presseamtes des Heiligen Stuhles vom 15. Juni 2007: „Visita „Ad limina apostolorum“ di Presuli della Conferenza Episcopale della Repubblica Slovacca (Internet-Ausgabe).

heitsorganen“ zur Verfügung stellten. Einen gewissen Intelligenzgrad vorausgesetzt, dürften sie über die wahren Absichten ihrer Auftraggeber nicht im Zweifel gewesen sein – selbst wenn sie nicht in die geheimen Operationspläne der Stasi-Einheiten eingeweiht waren.

Mitte 2007, im Zuge der Erforschung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, kamen weitere, kommunistischen Gepflogenheiten entsprechende seitenlange Redemanuskripte und Grundsatz-Texte zum Vorschein. Diese Materialien sprechen eine deutliche Sprache. Tonangebend war stets Moskau. Von dort erfolgten die Weisungen und die Steuerung der ausländischen Aktionen der „Bruderorgane“, also auch die gegen den Vatikan gerichteten „operativen Maßnahmen“. Die Kirchenpolitik unterlag, wie die sowjetische Außenpolitik, „jahreszeitlichen“ Schwankungen, von Eiszeit bis Tauwetter. In den 70er Jahren waren die Temperaturen wieder einmal abgekühlt, die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei im August 1968 hatte die Wetterlage auch im Verhältnis zu den Kirchen verschlechtert.

Der sowjetische Religionsminister Wladimir Alexejewitsch Kurojedow, stellt 1972 auf einer Tagung in Sofia⁴⁰ fest: „Die heutige Periode der historischen Entwicklung werde durch eine Verschärfung des ideologischen Kampfes zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus gekennzeichnet.“ Die „riesige Apparat der antikommunistischen Propaganda“ ziele darauf ab, „die Geschlossenheit der sozialistischen Länder, der internationalen kommunistischen Bewegung zu schwächen, die fortschrittlichen Kräfte der modernen Zeit auseinander zu bringen, die sozialistische Gesellschaft von innen zu untergraben.“ Der sowjetische Religionsminister erklärte, wie der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU für den XXIV. Parteitag betont habe, „leben wir im Zustand des immer fortgehenden ideologischen Krieges, den die imperialistischen Propaganda gegen unser Land, gegen die Welt des Sozialismus führt, indem sie dabei die raffiniertesten Methoden ausnützt.“

Zu den Kriegstreibern nach sowjetischer Lesart zählt Kurojedow, ganz im Stil der Moskauer Hetz-Propaganda jener Jahre den Vatikan und an der Spitze den damals regierenden Papst Paul VI. Zwar habe der Vatikan angesichts der „Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt zugunsten des Sozialismus“ seine Politik in bezug auf die sozialistischen Länder modifiziert, aber „nach wie vor durchziehe der Antikommunismus als roter Faden alle wichtigen Dokumente des „heiligen Stuhls“ (Anführung im Originaltext). Insbesondere greift der hohe Sowjetfunktionär die Botschaft des Papstes im Zusammenhang mit dem achtzigjährigen Bestehen der Enzyklika „Rerum novarum“⁴¹ an.

⁴⁰ MfS – HA XX/4 – Nr. 28: Über einige Probleme unserer Beziehungen zum Vatikan“. Das Wort des Vorsitzenden des Rates für Religionsangelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, Genossen Kurojedow W.A., auf der Beratung der Leiter der Staatsämter der Sozialistischen Länder für Religionsangelegenheiten im Oktober 1972 in Sofia.

⁴¹ Kurojedow bezieht sich auf das Apostolische Schreiben „Octogesima Adveniens“ vom 14. Mai 1971 aus Anlass des 80. Jahrestages der Enzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII, veröffentlicht am 15. Mai 1891. Unter Paragraph 26 wendet sich Paul VI. scharf gegen ideologische Systeme, die sich radikal und grundsätzlich gegen den Glauben und das christliche Konzept vom Menschen stellen. Namentlich verurteilt er die marxistische Ideologie, seinen atheistischen Materialismus, seine Dialektik der Gewalt und seinen Kollektivismus, der den Menschen seiner individuellen Freiheit beraubt sowie dieser Materialismus die Transzendenz des Menschen in der Geschichte, sowohl als Person wie auch dessen

Diese Botschaft bringe noch einmal „die tiefe, feindselige Einstellung zum Marxismus, zur revolutionären Arbeiterbewegung, zur gesamten fortschrittlichen Menschheit zum Ausdruck. Die Enzyklika wiederum bezeichnet der Moskauer Kommunist als eines der reaktionärsten Dokumente. Es sei gegen den Sozialismus zur Verteidigung des Kapitalismus und des Privateigentums gerichtet.

In dasselbe Horn stieß der Vize-Chef des KGB Viktor Tschebrikow in einer Grundsatzrede im Rahmen einer „Beratung“ der sozialistischen Staatssicherheitsorgane in Warschau.⁴² „Feindliche Geheimdienste“ unternähmen „große Anstrengungen“, „um nationalistische, klerikale und andere Kirchenorganisationen zu konsolidieren und ihre Tätigkeit durch einen gemeinsamen Plan zur Zersetzung des sozialistischen Systems zu untermauern“, behauptete der ranghohe KGB-Funktionär. In den sozialistischen Ländern habe die Religion keine sozialen Wurzeln. Die bürgerlichen Nationalisten betrachteten die Kirche als eine Hüterin des nationalen „Patriotismus“ und der Traditionen und sähen in ihr die einzige legale Möglichkeit, nationalistische Ideen in sozialistische Länder einzuschleusen. „Aus diesem Grunde messen sie ihr eine große Bedeutung bei“, so Tschebrikow.

(Auf das Spannungsverhältnis bei der Frage von „Nation und Identität“ einerseits, von der auch Benedikt XVI. vor den slowakischen Bischöfen sprach und der Renaissance eines politischen und ethnischen Nationalismus nach der „Wende“ kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Der „Treuepflicht zur Kirche und nationalen christlichen Tradition“ verdankt die Kirche im kommunistischen Machtbereich ihr Überleben, lieferte sie aber auch in mancher Hinsicht dem System aus, wie in einem Interview mit dem Vorsteher der ungarischen Erzabtei Pannonhalma erörtert wird. Dazu mehr im Folgenden.)

Viktor Tschebrikow, der Mann aus der Moskauer Lubljanka, setzte seine Angriffe fort: Die Geistlichen predigten jedoch weiter die gleichen religiösen Prinzipien, die sich in der Ausbeutergesellschaft formiert hätten. Dies fördere jedoch objektiv das Eindringen sozialistisch feindlicher Ideen in die Hirne der Menschen. Bei den religiösen Belehrungen Gläubigen handele es sich „nicht nur um die Aufzwingung des Glaubens an den Jesus Christi und die Heilige Dreieinigkeit, sondern um eine dem Kommunismus feindliche Weltanschauung.“

Die gefährlichste Form des Atheismus

Zu den „ausländischen Kirchenzentralen und Organisationen, die die Pläne des militanten Antikommunismus unterstützen und sich gern in den Dienst des Kampfes gegen die

Gemeinschaft in Frage stellt. Christen, die ihren Glauben auch politisch aktiv zu gestalten wünschten, könnten solchen Systemen nicht anhängen, sondern müssten in Gegensatz zu diesen geraten.

⁴² MfS – HA XX/4 – Nr. 289: Ausführungen des Stellv. Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Gen. Generalleutnant Viktor Tschebrikow „Zu Problemen der Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion kirchlicher Organisationen und Zentralen gegen die sozialistischen Länder.“

Kräfte des Sozialismus stellen, zählte Tschebrikow an erster Stelle den Vatikan. „In den Plänen imperialistischer Kreise zur Verstärkung der politisch-ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Länder nimmt der Vatikan und die katholische Kirche einen besonderen Platz ein“, so der Stellvertreter von KGB-Chef Jurij W. Andropow.⁴³ Ferner rechnete er den Weltkirchenrat, den Lutherischen Weltbund, den Nationalrat der Kirchen in den USA und die Zeugen Jehovas sowie die diversen katholischen und evangelischen „kirchlichen Emigrantenzentralen“ zu den Gegnern, die schärfer ins Visier der kommunistischen Geheimdienste genommen werden sollten. Nicht genug: Auch das Judentum und den Islam versuchten die „reaktionären katholischen Kreise des Vatikans“ in ihre Pläne „der Bildung einer einheitlichen antikommunistischen Front der Kirchen“ einzuspannen.

Den Hauptangriff, so Tschebrikow, richte der Vatikan gegen den Atheismus. Zu diesem Zweck sei als „spezielles Organ“ das Sekretariat für die Angelegenheiten der Nichtgläubenden geschaffen worden. Der Wiener Erzbischof Kardinal König habe als Leiter „dieser Organisation“ den marxistischen Atheismus zur „gefährlichsten Form des Atheismus, der jemals in der Welt existiert hat“, erklärt.

Tschebrikow lobte die Bruderparteien in den sozialistischen Ländern, bei der „gewaltigen Arbeit zur atheistischen Erziehung werktätiger Massen, zur Entlarvung feindlicher Tätigkeit ausländischer Kirchenzentralen und feindlicher Elemente in den Kirchenkreisen, und forderte „unsere tschekistische Freunde“ auf, die Parteiführung ihrer Staaten dabei „allseitig“ zu unterstützen, „in dieser edlen Sache.“⁴⁴ Zehn Jahre später – der „Papst aus Polen“ regierte die katholische Weltkirche – verschärfte sich die Lage eher noch. Tschebrikow stellte jetzt fest, „daß unter den verschiedenartigsten Religionen, die auf der Welt existieren, der Vatikan eine besondere Stellung einnimmt.“

„Insbesondere seit dem Amtsantritt Wojtylas“ habe der Vatikan „in immer stärkerem Maße politische Elemente in den Katholizismus“ eingebracht. Damit wolle er immer stärker politisch wirksam werden und als eine „Dritte Kraft“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus fungieren. Ausgehend von seinen traditionell antikommunistischen Grundpositionen reihe er sich ein die imperialistische „Kreuzzugsstrategie“, die auf die Unterminierung und Aushöhlung des Sozialismus von innen her abziele. Im Rahmen seiner subversiven Aktivitäten versuche der Vatikan, insbesondere die internationale Friedensbewegung antikommunistisch zu beeinflussen. Der Verstärkung seines Einflusses dienten auch die zahlreichen Reisen des Papstes und das Streben nach Erweiterung der staatlichen Beziehungen bis hin zur Herstellung diplomatischer Beziehungen.⁴⁵

Dem Vatikan gehe es allein um die Macht, behauptete Tschebrikow. Dem müssten die sozialistischen Staaten „geschlossen und einheitlich entgegenwirken“.

⁴³ Viktor M. Tschebrikow, Stellvertretender Vorsitzender des sowjetischen Geheimdienstes KGB. 1982 bis 1988 Leiter des Moskauer Staatssicherheitsdienstes als Nachfolger von Jurij W. Andropow (KGB-Chef von 1967-1982, Generalsekretär der KPdSU und, bereits schwer erkrankt, für nur fünfzehn Monate, 1983/1984), Staatsoberhaupt.

⁴⁴ MfS HA XX/4 – Nr. 289.

⁴⁵ MfS HA XX/4 – Nr. 2145: Zu den Ausführungen des Genossen Tschebrikow vor den Delegationsleitern der multilateralen Konferenz zum Vatikan in Moskau – 26. Juli 1984.

Das Feindbild war eindeutig. „Der Kommunismus und der Katholizismus sind diametral entgegengesetzt, wobei man zwei Ebenen unterscheiden muss: die weltanschauliche und die sozial-politische“, stellte ein Dossier des MfS Mitte der 70er Jahre fest.⁴⁶ Es ging jetzt darum, mit welchen Mitteln der ideologische Gegner bekämpft werden sollte. Methoden, die man der Kirche vorwarf: Zersetzung, politisch-ideologische Diversion, bekannte Mittel der geheimdienstlichen Praxis fanden in jedem Maßnahmenplan bevorzugte Aufnahme. Vor allem kam es auf enge und Zusammenarbeit und organisierten Informationsaustausch an, wie sie nach Einführung der elektronischen Datenverarbeitung auch in die nachrichtendienstliche Praxis des Ostens verbindlich festgelegt wurde. Aber die „brüderliche“ Kooperation“ lief nicht immer zufrieden stellend. Für 1974 festgelegte Absprachen und eine geplante multilaterale Besprechung seien nicht durchgeführt worden, heißt es in einer Planvorgabe für das Jahr 1975.⁴⁷ Nach wie vor bestehe die objektive Notwendigkeit, bestimmte politisch-klerikale Angriffe gegen die sozialistischen Staaten durch gemeinsame Absprachen und Vereinbarungen zurückzudrängen. Anfang Februar 1975 fühlt sich die Kirchenabteilung des MfS genötigt, noch einmal eine entsprechende Perspektivplanung zu erstellen, in der auf „die Notwendigkeit der engen koordinierten Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Staaten“ hingewiesen wird. Diese ergebe sich „aus der Tatsache, dass immer mehr die imperialistischen Kräfte versuchen, besonders von der BRD aus, internationale kirchliche Weltorganisationen in den antikommunistischen Kampf einzubeziehen.“⁴⁸

Wo die Stasi-Agenten nicht unmittelbaren Zugang zu kirchlichen Quellen hatten bedienten sie sich Trojanischer Pferde, die sich ihnen in Gestalt der ökumenisch orientierten Prager Christlichen Friedenskonferenz und der Berliner Konferenz Europäischer Katholiken anbot. Nicht alle spitzelten für die Stasi. Sie lebten von der Idee, soll man im Nachhinein sagen: von der Illusion, durch Dialog zwischen den Lagern dem Frieden in Europa dienen zu können. Daß sie gerade genug sein sollten, um missbraucht, vornehmer ausgedrückt, instrumentalisiert zu werden – hatten sie keine Ahnung. Kaum vorstellbar. Andere wiederum, wie der Sekretär der „linksorientierten“, vom SED-Staat gepflegten Berliner Konferenz, waren eifertig als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS zur Stelle. IM „Georg“ berichtete auch aus dem Umfeld des Vatikans. An solche Leute hatte wohl auch Viktor Tschebrikow, der Instrukteur aus Moskau, gedacht. Aus seinen Absichten machte er keinen Hehl: „Diese beiden Organisationen könnten schlagkräftig im Rahmen unserer gemeinsamen Maßnahmen zur Verhinderung der Pläne des Gegners bei der Schaffung einer antikommunistischen Internationale der Religionen vorgehen.“

Welche Mittel hatte die „Ortskirche“ dem jeweiligen Regime entgegenzusetzen, „Bunker-Mentalität“, wie von Kardinal Bengsch in Berlin vorgegeben, oder „Überleben im

⁴⁶ MfS – HA XX/4 – Planvorgabe: Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Ländern im Jahre 1975.

⁴⁷ MfS – HA XX /4 – Nr. 289: a) Die aktuelle Politik des Vatikans gegenüber den sozialistischen Staaten. / b) Perspektivplanung für die koordinierte Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der sozialistischen Staaten auf der Linie Kirchen und Religionsgemeinschaften (Linie XX/4).

⁴⁸ vgl. Ost-West. Europäische Perspektiven. Schwerpunkt-Thema: Ungarn. Herausgegeben von Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Bonn (8. Jahrgang, Heft 2, 2007).

Tunnel“ durch ein gewisses Wohlverhalten gegenüber der Staatsmacht. „Erhalt der sichtbaren Gestalt der Kirche und ihre Funktionsfähigkeit“, wie der Budapester Religionssoziologe Miklós Tomka, es formuliert. „Sichtbare Gestalt“ der Kirche in der Gestalt des Bischofs, Überlebensstrategie nach der irenäischen Formel „Wo der Bischof – dort die Kirche“, darauf kam es der Hierarchie in Rom und „vor Ort“ wohl an. Jedoch: der Preis war hoch, wie das Beispiel Ungarn zeigt: totale Kontrolle des Staates. Auch bei der Auswahl der Bischöfe. Und bei anderen Gegenleistungen. Der „output“ der „Sicherheitsorgane der UVR“, also der ungarischen Stasi, bei der Informationsbeschaffung aus dem Vatikan ist im Vergleich zu den anderen kommunistischen Geheimdiensten enorm. Das funktionierte wohl nicht ohne reibungslosen Zugang bis in höchste Etagen der römischen Kurie. Wer in die Akten von gestern blickt, wird sich mit einer Generalabsolution, abgesehen natürlich von den größten Übeltätern, schwedlich abfinden können. Sollte es heißen: Die Großen hängt man, die Kleinen läßt man laufen? Auch aus diesem Umkehrschluss einer Redewendung wird kein Schuh, in dem sich bequem in die Zukunft gehen lässt.

Aus den Tresoren der CIA

„Nach Jahrhunderten, in der sie als die hauptsächliche Macht für Konservatismus und einen Status quo in Lateinamerika galt, wurde die katholische Kirche zu einer Brutstätte für eine ganze Reihe von gesellschaftspolitischen Aktionsgruppen, quer durch das breite Spektrum von extrem Radikalen bis zu extremen Reaktionären“. Dieser Satz ist einem Memorandum entnommen, das zu einer 11.000 Seiten umfassenden Sammlung von Dokumenten zählt, die der amerikanische Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) jetzt veröffentlicht hat. Die Studie mit dem Titel „The Committed Church and Change in Latin America“⁴⁹ befasst sich im Kern mit dem Aufbruch in der katholischen Kirche des Subkontinents. Auf ihrer 2. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischofskonferenzen (CELAM) 1968 in Medellín hatten die „Fortschrittlichen“ das Wort von der „vorrangigen Option für die Armen“ ins Werk gesetzt und sich verpflichtet, deutlicher für einen entsprechenden sozialen und politischen Wandel in Lateinamerika einzutreten. „Statt Ruhe und Ordnung zu halten“, setzt das CIA-Papier aus der Materialsammlung unter dem Decknamen ESAU fort, treten neue radikale Teile der Kirche für einen revolutionären Wechsel ein. Die Geheimdienst-Expertise wirft diesen Gruppen des „linken Flügels“ vor, in zunehmendem Maße die Kirche zu spalten und alle ausgewogenen politischen und sozialen Systeme aushebeln zu wollen.

Der „Intelligence Report“ umfasst 56 Seiten. Der Autor, der CIA-Analyst Joseph R. Barager, der die Recherche-Unterlagen der Mitarbeiter einer CIA-Spezialabteilung zusammengefasst hat, gibt keine Handlungsanweisungen. Seine Arbeit gleicht eher der faktenreichen Seminararbeit eines Studenten im höheren Semester. Gleichwohl verleugnet

⁴⁹ Central Intelligence Agency. United States of America. Directorate of Intelligence. Intelligence Report. The Comitted Church and Change in Latin America. (Reference Title: ESAU XLIII/69. RSS No. 0039/69. 10. September 1969. Veröffentlicht im Internet unter: <http://www.foia.cia.gov/cpe.asp>.

der Verfasser nicht, in welchem Auftrag er arbeitet und welchen Zwecken das Dossier letztlich dienen könnte. Die Feststellung „linker“ und kommunistischer Umtriebe in der Kirche Lateinamerikas zieht sich wie ein roter Faden durch die Studie. Das ESAU-Dokument trägt das Datum vom 10. September 1969 – es fügt sich insofern in die laufende Reihe der Beiträge über die Stasi-Operationen in Europa ein.

Die Studie wurde im ersten Jahr der Präsidentschaft Richard M. Nixons geschrieben; Papst Paul VI. hatte 1968 Kolumbien besucht, zur Eröffnung der dortigen 3. CELAM-Konferenz. Ende Juli/Anfang August 1969 war er nach Uganda gereist und hatte sich von der Armut und Unterdrückung der Menschen erschüttert gezeigt. Die Dokumente, die von der CIA direkt per Internet auch der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht werden, geben nicht den einzigen Blick hinter die Kulissen des vielleicht mächtigsten Geheimdienstes der Welt frei. (Die Lateinamerika-Studie wird im später ausführlicher vorgestellt. Weiteres Material wurde dem Archiv für Nationale Sicherheit zur Forschung übergeben. Der Inhalt dieser Unterlagen fällt allerdings weniger schmeichelhaft für die Leute von Langley⁵⁰ aus.

Von „Juwelen“ und „Leichen im Keller“

Der Begriff „Stasi“ dürfte spätestens seit Sommer 2007 nicht länger für östliche Geheimdienste, KGB und „Bruderorganisationen“, reserviert sein. Zwar nicht „Staatsicherheit“, aber doch „Nationale Sicherheit“ hieß offenbar der Freibrief, den die amerikanische *Central Intelligence Agency* (CIA) nach ihrem Gutdünken interpretierte, wenn es sein musste, am Gesetz vorbei. Der politische Zentrale Nachrichtendienst, aus militärischen Vorläufern hervorgegangen, war ein Produkt des Kalten Krieges.

Eigentliche Aufgabe des „Zentralen Nachrichtendienstes“ war die Nachrichtenbeschaffung im Ausland. Allerdings konnte die CIA, nach entsprechenden ausdrücklichen Weisungen des amerikanischen Präsidenten, auch operative Maßnahmen durchführen. Auch dieses „Privileg“, etwa im Unterschied zum deutschen Bundesnachrichtendienst

⁵⁰ Die Central Intelligence Agency CIA, mit Sitz in Langley, Virginia, wurde am 26. Juli 1947 etabliert, als zivile Nachfolgerin diverser militärischer Nachrichtendienste (Office of Strategic Services OSS während des Zweiten Weltkrieges, aufgelöst 1945; Central Intelligence Group CIG, aus Teilen des OSS dem State Department (Außenministerium) und, (der operative Bereich), dem War Department (Kriegsministerium) unterstellt.

Wie die jetzt veröffentlichten Dokumente erkennen lassen, lebte auch die CIA vor allem von der „Arbeit am Mann“, das heißt von „menschlichen Quellen“, in der Sprache der Experten eleganter als Human Intelligence, kurz HUMINT, ausgedrückt, mit anderen Worten: Agenten, Spitzel, Zuträger, inoffizielle Mitarbeiter, undso weiter.

Die CIA stand auch Pate bei der Einrichtung des deutschen Auslandsnachrichtendienstes BND, der 1956 seine Arbeit aufnahm. Sein Vorgänger, die „Organisation Gehlen“, war 1946 unter amerikanischer Regie, also von ehemaligen OSS- und CIG-Offizieren, aus Resten der Abteilung „Fremde Heere/Ost“ der deutschen Wehrmacht gebildet worden. Dieses erste Instrument der Auslandsaufklärung der noch jungen Bundesregierung, der Begriff „Spionage“ galt wohl als verpönt, wurde nach dem ehemaligen Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen benannt, der gewissermaßen alte Aufgaben in neuem Gewand übernahm. Der Feind stand im Osten. (vgl. Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl: Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert. München 2003).

BND, nützten die CIA-Operateure weidlich aus. Nicht nur in Übersee, sondern – verbotenerweise – auch im eigenen Land: Abhören, illegale Verhaftungen, Verletzung von Menschenrechten, schließlich auch Mordpläne – das „volle Programm“ von Geheimdiensten, die zur Macht im Staate werden und auch vor „schmutzigen“ Methoden nicht zurückschrecken. Es habe keine Grenzen gegeben, wird der Direktor des Nationalen Sicherheits-Archiv, eines unabhängigen Forschungsinstituts zitiert. Eine Überwachung durch den Kongress habe so gut wie nie stattgefunden. „Die rechte Hand wusste nicht, was die linke macht.“⁵¹ Abgesehen vom unterschiedlichen gesellschaftlichen System und der Anzahl ihrer Opfer unterschieden sich die Staatssicherheitsorgane der beiden Supermächte wenig.

Zu diesem Schluss muss kommen, wer auch nur die Überschriften einiger Unterlagen aus einer Sammlung von 702 Seiten nimmt, die Beamte des CIA am 26. Juni 2007, „gegen 11.30 Uhr“, dem Leiter des *National Security Archive* in der amerikanischen Regierungshauptstadt Washington überreichten, wobei es sich, um jede Verwechslung zu vermeiden, um ein unabhängiges Forschungsinstitut handelt, das auf dem Campus der George Washington Universität angesiedelt ist.⁵²

Zum ersten Mal wird die amerikanische und auch die Weltöffentlichkeit – dank Internet – detailliert über CIA-„Missetaten“ (so die Mitteilung des Instituts) informiert. Allein schon die aufgelisteten Themen lesen sich wie der Auszug aus einem Strafregister über den Missbrauch und die Verletzung bürgerlicher Rechte, „Todsünden“ gegen die Bill of Rights der amerikanischen Verfassung: Einige der meistgelesenen, der Regierung aber missliebigen, amerikanischen Journalisten wurden abgehört, das Briefgeheimnis verletzt, vor allem bei Post aus Russland oder China. Bei der Watergate-„Affäre“, mit der sich Richard Nixon über den politischen Gegner „informieren“ ließ, war die CIA mit „dirty tricks“ am Werk. Kubas Fidel Castro und der Kongolese Patrice Lumumba sollten mit Gift, der dominikanische Diktator Rafael Leónidas Trujillo ebenfalls ermordet werden. (Was bei Lumumba und Trujillo gelang, ob mit oder ohne CIA, wird nicht gesagt.) Inhaftierung des sowjetischen Überläufers Jurij Nosenko, die womöglich einem Kidnapping gleichkam. John Lennon als angeblicher Unterstützer von Kriegsgegnern im Visier der CIA. Regierungskritische Bürger, Einwanderer aus Lateinamerika, Frauenbewegungen – die Spione aus Langley waren immer wieder dort, wo sie nach dem Gesetz nicht sein durften. Dossiers über mehr als 9.900 Friedensaktivisten, von denen manche offenbar in Verdacht standen, vom Osten unterstützt zu werden. Herstellung falscher CIA-Ausweise, Ausbildung ausländischer Polizeieinheiten in der Herstellung von Bomben und Sabotage-Aktionen. Missbrauch des öffentlichen Telefonnetzes für elektronische Experimente. Ein Großteil der Papiere spiegelt die Szenarien des Kalten Krieges in den ersten 25 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

⁵¹ Korrespondentenbericht aus Washington. „Wiesbadener Kurier“ v. 28. 6. 07.

⁵² a) Central Intelligence Agency: Freedom of Information Act. The CAESAR, POLO and ESAU Papers. Cold War Era Hard Target Analysis of Soviet and Chinese Policy and Decision Making, 1953-1973 (<http://www.foia.cia.gov/cpe.asp>) – b) The CIA's Family Jewels. The National Security Archive. (<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/>).

Es ist die Zeit des James J. Angleton, dem Leiter der Abwehr der Gegenspionage, ein OSS-Veteran und einer der Stammväter der CIA. Er galt als einer der erfolgreichsten „Spycatcher“ (Agentenjäger) des amerikanischen Geheimdienstes.⁵³ Kein „mole“ („Maulwurf“) war vor ihm sicher. Als ehemaliger Abwehroffizier mit Sitz in Rom war er mit den italienischen Verhältnissen bestens vertraut und man kann davon ausgehen, dass er auch wusste, durch welche Türen man im Vatikan gehen musste. Im „Spytrade“, den Techniken seines Gewerbes, wohl auch den „schmutzigen“, wie die freigegebenen Dokumente vermuten lassen, soll er so gut gewesen sein, dass selbst der KGB sich beeindruckt gezeigt und den Kontrahenten für eigene Ausbildungszwecke imitiert habe.

Es überrascht also nicht, wenn man beim Durchgang durch die Themenliste der CIA-Papiere und der dort aufgeführten „Missetaten“ einiges vorfindet, was einem aus der Werkstatt der Sicherheitsorgane der östlichen Version als bekannt vorkommt. Alles, oder doch wohl nur vieles, wurde festgehalten in Aufzeichnungen, die in Panzerschränken lagerten, wie die Preziosen beim Schmuckhändler und im CIA-Jargon denn auch als „Family Jewels“ bezeichnet wurden, eigentlich ein Slang-Ausdruck, der bestimmte männliche Fortpflanzungsorgane bezeichnet, die „man“ bekanntlich tunlichst vor schmerzhaften Angriffen schützt.

Fünfundzwanzig Jahre lang habe die CIA ihre Satzung verletzt, teilte das Archiv für Nationale Sicherheit mit, bis erste Enthüllungen in den 70er Jahren zu offiziellen Untersuchungen und Reformen geführt hätten. Im amerikanischen Text ist von der CIA-Charter die Rede, womit wohl auch eine Art Verhaltenskodex gemeint ist, wenn man die heutigen Internet-Auftritte des Geheimdienstes liest – an die sich in der fraglichen Zeit offenbar nicht alle gebunden fühlte.

⁵³ James Jesus Angleton (1917-1987), Spitzname „Kingfisher“ (in Anlehnung an sein Hobby, das Angeln). Er wird als erzkonservativ beschrieben, von seiner katholischen Mutter, einer gebürtigen Mexikanerin, geprägt. Im Zweiten Weltkrieg diente er unter Generalmajor William Joseph „Wild Bill“ Donovan, dem ersten Chef des OSS, auch dieser ein Mann der strengen katholischen Observanz und einer, der gelegentlich im Vatikan vorbeischaute. Angleton machte schnell Karriere: 1944 kam er zu der streng geheimen Abteilung Z, einer aus amerikanischen und britischen Agenten zusammengestellten Sondertruppe der Spionageabwehr.

Als einziger Amerikaner erhielt Angleton Zugang zu der noch geheimen britischen Spezialeinheit ULTRA, der es gelang, den Funkschlüssel der Deutschen, das Code-System ENIGMA zu brechen und damit die deutsche U-Boot-Flotte entscheidend zu treffen. Nach dem Krieg führte Angletons Weg zielgerichtet nach Langley zum CIA, zwischendurch, 1951 half er Israel beim Aufbau eines Geheimdienstes, dem MOSSAD.

Anfang der 70er Jahre fiel Angleton seinen Vorgesetzten durch zunehmende Anzeichen geistiger Verwirrung auf. Hinter jedem Strauch vermutete er einen Sowjetspion, selbst einheimische und ausländische Spitzen-Politiker wie Henry Kissinger oder den damaligen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, aber auch eigene altgediente CIA-Kollegen, nahm er nicht aus. Überall sah er Konspiration am Werk. Angleton, so befürchteten seine Kollegen, litt unter einer schweren Paranoia, die auf eine klinische Erkrankung hindeutete. Er war wohl auch Opfer seines Berufs geworden. Als er 1973 schließlich plante, tausende von amerikanischen Bürgern ausspionieren zu lassen (wie in schlimmsten McCarthy Zeiten) und damit gegen die Satzung der CIA verstoßen hätte, musste er seinen Hut nehmen. 1987 ist er an Lungenkrebs gestorben.

„Leichen im Keller“

1985 war von Scott Armstrong und Thomas Blanton das National Security Archiv gegründet worden. Unter Berufung auf das bereits unter Präsident Lyndon B. Johnson 1966 erlassene und 1967 in Kraft getretene Gesetz über Informationsfreiheit (Freedom of Information Act FOIA), beantragte Institutsleiter Blanton die Herausgabe der belastenden CIA-Materialien. Fünfzehn Jahre musste er warten, obschon die ersten behördlichen Untersuchungen Mitte der Siebziger Jahre angelaufen waren. James Schlesinger hatte noch in seiner Amtszeit per Direktive vom 9. Mai 1973 angeordnet, die so genannten „Familien-Juwelen“ überprüfen zu lassen. Die CIA-Mitarbeiter wurden aufgefordert, ihm über alle Aktivitäten zu berichten, „die als außerhalb des gesetzlichen Auftrags dieser Agentur“ bezeichnet werden könnten.

Diese erste groß angelegte interne Investigation leitete William Colby, der damalige stellvertretende Direktor für operative Maßnahmen und baldige Nachfolger Schlesinger in der Leitung der CIA. Colby war ein erfahrener Geheimdienst-Fuchs, dessen Karriere im Zweiten Weltkrieg bei der OSS, der militärischen Abwehr begann, sich bei der CIA fortsetzte. Er war soll am Aufbau einer der geheimsten militärischen Undercover-Projekten, den „Gladio“-Formationen beteiligt gewesen sein. Diese „stay-behind“-Trupps der NATO sollten bei einer sowjetischen Invasion vor allem in Südeuropa (Italien) im Stil der Guerilla-Taktik eingreifen.

Colby dürfte von Präsident Ford „grünes Licht“ für die „Reinigungsarbeiten“ erhalten haben, soweit dies die Unterlagen vermuten lassen. Sein Lose-Blatt-Notizbuch umfasst Eintragungen von insgesamt 693 Seiten. Colby sprach nicht von „Juwelen“ sondern „von Leichen im Keller.“

Was an „Skelett-Resten“ auf den Seziertisch des Forschungsinstituts gekommen ist, erlaubt wohl kaum mehr als einen „flüchtigen Blick auf eine ganz andere Zeit und eine ganz andere Behörde“, wie es der gegenwärtige CIA-Direktor Michael V. Hayden formuliert. Dem Luftwaffengeneral, der vorher schon geheimdienstliche Spitzenpositionen sowohl beim Militär wie auf Regierungsebene innehatte, ist zu verdanken, dass nun auch die Öffentlichkeit etwas mehr darüber erfährt, wer auf welche Weise die nationale Sicherheit des Landes verteidigte. Den CIA-Originalen, die dem Washingtoner Forschungsinstitut übergeben wurden, ist eine von Anwälten des Justizministeriums erstellte Zusammenfassung der illegalen Aktivitäten des Dienstes beigefügt, sowie ein „Memorandum“ über ein Gespräch aus dem Jahre 1975, „nachdem Präsident Ford von der CIA über den Skandal informiert“ worden war.

„Höhepunkte“ eines Geheimdienstes

Aber das blieb über Jahrzehnte „unter der Decke“. Im Anschluss an die Dokumente, die dem Institut für Nationale Sicherheit übergeben wurden, ergriff das Direktorat des CIA selbst die Initiative und stellte weitere deklassifizierte Materialien ins weltweite Internet. Die „feineren“ Sachen, gewiss nicht ohne Absicht, um von den hässlichen The-

men wegzukommen, die zuvor die Schlagzeilen bestimmten. Die ausgewählten Dokumente sind drei als CAESAR, POLO und ESAU-Papiere deklarierten Sammlungen entnommen: 147 Dokumenten mit insgesamt 11.000 Seiten. Die Berichte, Analysen und Einschätzungen, seien in einem Zeitrahmen von 1953 bis 1973 geschrieben worden, teilt die CIA mit und spricht von „Höhepunkten“ (Highlights) der Bemühungen um in die Tiefe gehende Untersuchungen der sowjetischen und chinesischen Politik sowie der chinesisch-sowjetischen Beziehungen. Die Dokumente gäben die Ansichten auf ihrem Gebiet erfahrener Analysten, deren Auffassung sich in oft erhitzten Debatten geformt hätte, lobt die CIA sich selbst.⁵⁴

Erfasst sind „Ersatzkriegs-Schauplätze“ wie Vietnam, Kuba und Krisenherde in Afrika. Lateinamerika, von den USA als „Vorhof“ im Interesse der nationalen Sicherheit beansprucht, nimmt viel Raum ein. In Europa stehen das geteilte Deutschland im Vordergrund, das Verhältnis zum Nachbarland Polen insbesondere Anfang der 70er Jahre und die politische Entwicklung an der Weichsel sowie in der Tschechoslowakei 1968. Wer die Schattenwelt der Geheimdienste erspüren möchte: Hier nun findet er Aufklärung über die früheren Militär-Programme der Staaten des Warschauer Vertrages. Auch „hunderte von Seiten über das in den 60er Jahren entwickelte amerikanische Spionageflugzeug A-12“ wurden freigegeben. Deutsche Leser dürfte vermutlich das Dossier über „Germany“ interessieren, wobei insbesondere die ehemalige DDR im Fokus steht, hier zum Beispiel die Spannungen Ostberlins mit Moskau.

Wie erklärt sich die plötzliche Offenheit der Leute von Langley? Fortgesetztes öffentliches Interesse an den Unterlagen, die sich in zahlreichen Anfragen auf der Grundlage des „Freedom of Information“ – Gesetzes spiegelten und auch auf dem Behördenweg den Dienst erreichte, habe das Informationsbüro der CIA veranlasst, eine Suchhilfe für die entsprechenden Archive des Dienstes, sowie einen Index der freigegebenen Dokumente zu erstellen, heißt es in der Mitteilung der CIA-Informationsabteilung.

Die Materialien enthielten sowohl kürzlich freigegebene Unterlagen wie auch solche älteren Datums, die schon früher einzelnen Interessenten zur Verfügung gestellt worden seien. Ausländische Kommentatoren zeigten sich über die „Enthüllungen“ nicht gerade enthusiastisch. Hatte man das alles nicht schon irgendwie geahnt, in mancher Hinsicht schon gewusst? Auch für die zeitgeschichtliche Forschung stellt sich die Frage, was als „Schnee von gestern“ entsorgt werden kann und was vielleicht neues Licht in altes Dunkel wirft. Es interessiert vielleicht weniger, was jetzt „deklassifiziert“ wurde, als das, was weiter wohlbehütet in den CIA-Archiven ruht, eben aus besagten Gründen: der stets beschworenen „nationalen Sicherheit“.

⁵⁴ Die jetzt veröffentlichten Vorgänge fallen vor allem in die Zeit der Präsidentschaft von Richard M. Nixon (Präsident von 1969-1974). In jenen Jahren leiteten Richard McGarrah Helms (1966-1973), James Rodney Schlesinger (1973) und William Egan Colby (1973-1976) die CIA. – Nachfolger von Nixon wurde Gerald R. Ford (von 1974 bis 1977); ihm folgte, was mit den vorliegenden Akten nicht im Zusammenhang steht, George Herbert Walker Bush (CIA-Direktor 1976/1977 und US-Präsident von 1989-1993).

Sensibles bleibt gesperrt

Welche „Leichen“ wurden vor der Exhumierung der übrigen Reste endgültig beigesetzt, um im Sprachbild zu bleiben? Der Verdacht liegt nahe, dass der „undertaker“ gründlich am Werk war, denn mancher Vorgang konnte bei den Ermittlungen nur noch aus der Erinnerung der Beteiligten rekonstruiert werden. Da würde es nicht verwundern, wenn dieser oder jener Zeuge bei seiner Befragung unter Gedächtnisschwäche gelitten haben dürfte. Man wird sehen, welche Bereiche weiterhin als „sensibel“ klassifiziert werden, was als inopportun gilt. Die Antwort der CIA: Die fortdauernde Sensibilität einiger Dokumente aus den freigegebenen Serien hätten es erfordert, diese von einer Freigabe auszunehmen. Zählt dazu zum Beispiel auch der Vatikan? Ist er tabu? Oder war da nichts was für die CIA zählte? Obschon es gerade in Rom nur so von Emigranten und zeitweiligen Gästen aus dem Ostblock wimmelte, auch von Kleinkern, und unter ihnen „Spione in der Soutane“, manche womöglich als Doppelagenten.

Die amerikanische Journalistin Mary Ellen Reese beschreibt in ihrem Buch über den BND angebliche Versuche Reinhard Gehlens, mit amerikanischer Hilfe dem Vatikan näher zu kommen: „Die Aktivitäten der katholischen Kirche ziehen sich wie ein roter Faden durch das Gewebe der Spionagesgeschichte während und nach dem Zweiten Weltkrieg.“

Ob es sich dabei um „eine vielschichtige, dunkle und intrigenreiche“ Rolle der Papstkirche handelt, wie die Journalistin unterstellt, ist eine andere Frage. Zweifellos hat die Autorin Recht, wenn sie feststellt, die katholische Kirche, „als umfassendste, zentral gesteuerte Organisation dieser Erde“, stelle „für all jene ein ungeheuer attraktives Vehikel“ dar, „die – aus welchen Gründen auch immer – einen Zugang zu einem weltumspannenden Netzwerk“ suchten. Die CIA sicherlich nicht ausgeschlossen.⁵⁵

Die CIA und Lateinamerika, 2. Teil

„Wenn ich einem Hungernden Brot gebe, bin ich barmherzig, wenn ich sage, der Hungernde habe ein Recht auf Brot, gelte ich als Marxist“. Worte, die dem brasilianischen Bischof Dom Helder Camara⁵⁶ zugeschrieben werden, Worte, die einen geradezu revolutionären Wandel in der katholischen Kirche Lateinamerikas in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts markieren: tief beunruhigte Bischöfe und Priester, Theologen und Laien entschieden sich für eine vorrangige Option für die Armen. Sie forderten die Beseitigung ungerechter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verhältnisse, die sie als strukturelle Sünde bezeichneten und als Ursache des Leidens der armen und unterdrückten Massen erkannten.

Protestantische Theologen gingen den selben Weg.

⁵⁵ Vgl. Mary Ellen Reese: Der Deutsche Geheimdienst. Organisation Gehlen. Berlin 1992.

⁵⁶ Dom Hélder Câmara (1909-1999). Erzbischof von Olinda und Recife (Brasilien), führender Vertreter der christlichen Theologie der Befreiung.

Der peruanische Priester und Theologe Gustavo Gutiérrez notierte in seinem Buch „Theologia de la Liberación“⁵⁷: „Für den Unterdrückten eintreten heißt gegen den Un-

⁵⁷ Gustavo Gutiérrez: „Theologia de la Liberación. Deutsche Ausgabe: Theologie der Befreiung. Mit einem Vorwort von Johann Baptist Metz, München 1973.

P. Gustavo Gutiérrez Merino O.P., geb. 1928 in Lima/Peru, Priester, Mitglied des Dominikaner-Ordens. Ein vielseitig gebildeter Gelehrter: Theologe und Philosoph. Ferner Studium der Medizin, Psychologie und der Literatur. Der „Vater der Theologie der Befreiung“ lehrte als Professor an Universitäten im In- und Ausland, u.a. in Bremen und lebt als Gemeindepriester unter den Armen in Lima.

In den Siebziger Jahren, „nach Medellín“ und „vor Puebla“ (der dritten CELAM-Konferenz, vom 27. Januar bis 13. Februar 1979 in Mexico) wurde in Deutschland eine heftige Kontroverse um die „Theologie der Befreiung“ und ihre Protagonisten geführt. Sie traf aber auch die „Bischöfliche Aktion ADVENIAT, das Lateinamerika-Hilfswerk der Katholiken in Deutschland“. Auslöser waren zwei Memoranden westdeutscher Theologen „über die Kampagne gegen die Theologie der Befreiung“, veröffentlicht am 21. November und 13. Dezember 1977, kurz vor der alljährlichen Adveniat-Kollekte. (Vgl. Werner Kaltefleiter: Der Spitzel war immer dabei. Seite 43. Erschienen am 8.3.2007 unter http://www.kath.de/kaltefleiter/Der_Spitzel_war_immer_dabei.pdf).

Die Unterzeichner der Stellungnahmen, katholische und evangelische Professoren, unter ihnen als prominentester Name Karl Rahner, warfen dem Hilfswerk vor, sich an der Durchsetzung „einer imperialistischen Politik in Lateinamerika“ zu beteiligen und „bewusst oder unbewusst“ das „menschenfeindliche Verhalten sich christlich nennender Diktaturen“ zu übersehen. Das Hilfswerk stehe unter dem Einfluss des 1976 gegründeten Studienkreises „Kirche und Befreiung“ um den Essener Bischof Franz Hengsbach und den Jesuiten Anton Rauscher. Die Pikanterie: Der Bischof war Vorsitzender des Arbeitskreises und gleichzeitig Vorsitzender von Adveniat. Rauscher leitete die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle in Mönchengladbach, eine dem konservativen kirchlich-gesellschaftlichen Spektrum zugeordnete Denkfabrik. Aus Lateinamerika „zugeschaltet“ war einer der führenden Kritiker der Befreiungstheologie, der Kolumbianer Alfonso López Trujillo (u.a. Weihbischof in Bogotá, Generalsekretär der CELAM, Erzbischof von Medellín, Kardinal, schließlich Präsident des Päpstlichen Rates für die Familie an der römischen Kurie).

Wie mit den als „linkskatholisch“ etikettierten deutschen Theologen, dabei fallen die Namen Dirks, Greinacher, Metz, Vogrmler, Zwiefelhofer (auf evangelischer Seite Gollwitzer, Käsemann, Moltmann), ging der Studienkreis auch mit den lateinamerikanischen Befreiungstheologen scharf ins Gericht.

So schrieb Rauscher, die Theologie der Befreiung neige dazu, „die marxistische Gesellschaftsanalyse und Geschichtsdeutung einfach zu übernehmen und sie als christlich zu deklarieren“ und weiter: „Was von der christlichen Botschaft noch übrig bleibt, ist allenfalls eine Garnierung, nämlich eine letzte Vertröstung des Menschen auf die vollkommene eschatologische Befreiung.“ Dies stehe zwar im Widerspruch zum immanenten Atheismus der marxistischen Interpretation, aber es störe niemanden mehr, „weil es für die Gestaltung dieser Welt keinerlei Konsequenzen beinhaltet.“ (vgl. Franz Hengsbach / Anton Rauscher SJ. / Alfonso Lopez Trujillo/Roger Vekemans SJ. / Wilhelm Weber: Kirche und Befreiung. Aschaffenburg 1975.)

Die Vorwürfe gegenüber ADVENIAT erwiesen sich als haltlos. Hauptgeschäftsführer Prälat Emil Stehle (ab 1983 Weihbischof und Bischof in Ekuador)dementierte eine „Verfilzung“ mit der Studiengruppe. Allerdings wies er darauf hin, dass die Beschlüsse von Medellín „rein religiöse Intentionen“ ausdrückten, nämlich die „Befreiung von der Sünde“. Erst später sei die soziale Komponente hinzugekommen und auf Grund der wirtschaftlichen Situation in Lateinamerika die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Befreiungstheologen sprachen nun von der Befreiung von der „kollektiven“ oder auch „strukturellen“ Sünde.“ Emil Stehle: „Nur einzelne Projekte“ seien „extremistisch, ja terroristisch ausgeübt.“ (vgl. Katholische Nachrichten Agentur KNA vom 1., 17. und 22. Dezember 1977). Nachdem die Angriffe zunächst ins Leere gelaufen waren, zielte das zweite „klärende“ Memorandum auf den Vorsitzenden des Hilfswerk, Bischof Hengsbach, der auch das Amt eines Militärbischofs bekleidete. Christen in lateinamerikanischen Militärdiktaturen müssten es als „Ärgernis“ empfinden, „ausgerechnet einen deutschen Militärbischof als Repräsentant von ADVENIAT“ zu sehen. Ein in sich misslungener Vergleich, der keine Wirkung zeigte.

Schwerer traf es allerdings einen anderen Teilnehmer des Studienkreises „Kirche und Befreiung“, den belgischen Jesuitenpater Roger Vekemans Van Cauelaert. Er geriet vor allem durch gesellschaftskriti-

terdrücker sein.“ In Lateinamerika entwickelte sich, im Dialog mit der europäischen „politischen Theologie“, eine an den eigenen Verhältnissen orientierte „Theologie der Befreiung“. Von dort aus machte sie sich auf den Weg zu den anderen Teilen der so genannten Dritten Welt, wurden von Theologen in Asien und Afrika aufgegriffen und im jeweiligen kulturellen Kontext interpretiert. Die Mehrheit dieser geistigen Elite erteilte der Gewalt als Mittel des Klassenkampfes eine klare Absage; sie bedeutete nichts anderes als die Übernahme der Instrumente des Unterdrückers und sei im übrigen mit dem E-

sche Autoren und Medien in den USA unter Beschuss. Vekemans lebte seit 1958 in Lateinamerika, gründete und leitete mehrere Forschungs- und Studienzentren in Chile und Kolumbien. Er verstand es, seinen Einfluss auf kirchlichem wie politischem Gebiet geltend zu machen. Sein „oberstes Anliegen“ sei eine „totale Vernichtung der Theologie der Befreiung in Lateinamerika“ gewesen. (vgl. Peter Mann: Befreiungstheologie in Südamerika. <http://www.hausarbeiten.de>) Auch wird ihm in diversen Veröffentlichungen unterstellt, Millionen Dollars vom CIA und von anderen interessierten US-amerikanischen Quellen empfangen zu haben, um die „imperialistische Politik der USA in Lateinamerika“ zu unterstützen. Ebenso wird behauptet, der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA sowie Geldgeber aus Europa, darunter auch der Vatikan, hätten im Präsidentschafts-Wahlkampf 1964 den Christdemokraten Eduardo Frei gegen den Marxisten Salvador Allende unterstützt. Vekemans übernahm 1985 zeitweilig die Präsidentschaft über das von dem niederländischen Prämonstratenser-Pater Werenfried van Straaten (der „Speckpater“) gegründete Hilfswerk für verfolgte und bedrohte Christen „Kirche in Not“-Ostpriesterhilfe.

In Zusammenhang mit den politischen Verhältnissen in Chile in den 60er und Anfang der 70er Jahre ist das Projekt „Camelot“ zu erwähnen. Dabei handelt es sich um eine von der American University, einer privaten Hochschule in Washington D.C., erstellte Studie, die Ende 1964 veröffentlicht wurde. Das Dokument des Special Operations Research Office (SORO) untersucht die Möglichkeit, wie nach einem bestimmten Modell bedeutende Aspekte sozialen Wandels in den Entwicklungsländern vorhersehbar sind politisch beeinflusst werden können.

Hinter dem verklausulierten Text verbergen sich klare Absichten: Punkt Nummer Eins: Nach welchem Verfahren können die Möglichkeiten interner (begrenzter) Kriege innerhalb nationaler Gesellschaften eingeschätzt werden. Warum dies eine vorrangige Frage zu sein scheint beantworten die Sponsoren der Studie: das US-Verteidigungsministerium, die US-Army und, wie vermutet wird, auch die CIA. Die Studie sei geographisch vor allem auf die Länder Lateinamerikas ausgerichtet. Sie erinnert insofern nachträglich an das CIA-Memorandum über die Kirchen, fünf Jahre später. Projekt „Camelot“ kommentierte ein kommunistischer Abgeordneter des chilenischen Parlaments als ein Instrument, das die Außenpolitik Washingtons enthülle, in jedem Land der Welt zu intervenieren, in dem Volksbewegungen die US-amerikanischen Interessen bedrohten. Das Projekt sei nichts anderes als eine verdeckte Form der Spionage, vorgestellt als wissenschaftliche Untersuchung, die jedoch elementarste Normen der Souveränität eines Landes verletze. (vgl. Irving Louis Horowitz: *The Rise and Fall of Project Camelot: Studies in the Relationship Between Social Science and Practical Politics*. Cambridge MA: The M.I.T. Press, 1967 – <http://www.cia-on-campus.org/social/camelot.html>)

Chile sollte das zu spüren bekommen. Allende wurde 1970 zwar doch noch Nachfolger Freis und suchte den „chilenischen Weg“ einer sozialistisch geprägten Demokratie. Eine CIA-Operation, Allende zu entführen, schlug fehl. Aber bereits 1973 wurde die Volksfront-Regierung durch einen rechtsgerichteten Staatsstreich gestürzt. Allende endete durch Selbsttötung. Anführer des Putsches vom 11. September 1973 war der Heeresoberbefehlshaber General Augusto Pinochet (1915-2006), getragen von der Mittel- und Oberschicht des Landes, sowie von politischen und wirtschaftlichen Interessen des westlichen Auslandes, nicht zuletzt der USA. Pinochet übernahm die Macht, an der Spitze einer Militärjunta und später, bis 1990, als (nicht gewählter) Präsident Chiles – der Beginn einer Diktatur, die von ungezählten Menschenrechtsverletzungen (Folter- und Mordopfern) überschattet wurde, für die Pinochet aber aus Alters- und Krankheitsgründen juristisch nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden konnte.

Die Affäre um Vekemans, die von diesem allerdings nie kommentiert wurde, ist für Kritiker seiner Rolle ein „überzeugender Beweis“, wie die CIA in katholische Orden und protestantische Missionsgesellschaften eindrang in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt. (vgl. u.a. APF Newsletters of Penny Lemoux v. 12. Juli 1976.)

vangelium nicht vereinbar. Einzelne Priester zeigten sich weniger gehemmt und schlossen sich der vom Latino-Marxismus inspirierten Guerilla in einigen der Unruheländer an.

Das war Zündstoff. In den Führungsetagen der römischen Kirche gingen die Warnlampen an, ebenso in den wirtschaftlichen und politischen Schaltzentralen der selbst ernannten interkontinentalen Ordnungsmacht USA. Die „nationale Sicherheit“ schien wieder einmal aufs Höchste gefährdet. Die in solchen Fällen „bewährten“ Instrumente wurden aktiviert, so auch der allgegenwärtige Geheimdienst CIA, die Central Intelligence Agency, auf Deutsch, eher missverständlich, mit Zentraler Nachrichtendienst übersetzt. Die Behörde beschäftigt Abertausende von Agenten und Kollaborateuren in aller Welt. Sie hatte und hat weitergehende Aufgaben als „Aufklärung“ und Informationsbeschaffung. Sie ist berechtigt, aber erst auf Anweisung des Präsidenten, geheime Operationen durchzuführen. Die Langley-Leute aber warteten nicht immer auf ein Signal aus dem Weißen Haus, wie diverse bekannt gewordene Vorgänge vermuten lassen.

„Der ‚Arme‘ ist heute der Unterdrückte am Rand der Gesellschaft; der Proletarier, der für seine elementarsten Rechte kämpft; die ausgebeutete und betrogene gesellschaftliche Klasse; das Land, das um seine Befreiung kämpft“, schreibt Gustavo Gutiérrez und an anderer Stelle: „Wer sich in unserer Zeit und auf unserem Erdteil mit den so verstandenen ‚Armen‘ solidarisiert, begibt sich in persönliche Gefahr, ja setzt sein Leben aufs Spiel“. Sein Buch gilt als Standardwerk der Befreiungstheologie. Es erschien zwar erst 1971, aber der Inhalt stützt sich selbstverständlich auf eigene Studien sowie auf namhafte Theologen seiner Linie in ihren Aussagen und Arbeiten der vorausgegangenen Jahren. Wieso sollten nicht auch die Rechercheure der CIA keinen Zugang zu diesen Quellen gehabt haben? Keine Frage. Es scheint, als hätten auch sie in den einschlägigen Veröffentlichungen nachgeschlagen. Nicht wenige fast wörtliche Sätze in dem 1969 verfassten CIA-Memorandum über die dem sozialen Wandel in Lateinamerika verpflichtete Kirche, lassen darauf schließen.⁵⁸

Gutiérrez bezeichnet die „Befreiung von der Sünde“ als „Kern jeder politischen Befreiung“, und spricht von der notwendigen Beendigung der „Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft“. Er untersucht den Sozialismus und Marxismus, nimmt kritisch Stellung zum Kommunismus und hinterfragt die Guerilla auf ihre Anwendbarkeit auch für den christlichen Befreiungskampf. Er nimmt differenziert Stellung zu den „komplexen Problemen der Gegengewalt. Ein „beträchtlicher Kreis des lateinamerikanischen Klerus“ habe die Bitte geäußert, „in Anbetracht des Problems der Gewaltanwendung eine Gleichstellung oder Verwechslung unter allen Umständen zu vermeiden, in der man die „ungerechte Gewalt“ der Unterdrückten, die dieses „scheußliche System“ stützen, und die „gerechte Gewalt“ der Unterdrückten, die kein anderes Mittel sehen zu ihrer Befreiung als eben die Gewalt über einen Leisten schlägt.“

⁵⁸ Central Intelligence Agency. United States of America. Directorate of Intelligence. Intelligence Report. The Committed Church and Change in Latin America. (Reference Title: ESAU XLIII/69. RSS No. 0039/69. 10. September 1969. Veröffentlicht im Internet unter: <http://www.foia.cia.gov/cpe.asp> – In der Folge 7 der Reihe „In den Fängen der Stasi“ wurde ein erster Teil der 56seitigen Studie aus den ESAU-Papers der CIA vorgestellt.

Wer solche Positionen in den 60er Jahren bezog – sowjetische Truppen waren soeben in Prag einmarschiert und hatten ihre Art von „Befreiung“ demonstriert – konnte sicher davon ausgehen, die volle Aufmerksamkeit der Geheimdienste von Washington bis zu deren Partnern in Südamerika zu finden. Allein der Verdacht „Kommunist“ zu sein genügte im Laufe der Jahre, um von einer Kugel aus dem Hinterhalt getroffen zu werden. Auch „kritische“ Priester galten als vogelfrei. Der ideologische Gegner saß nun nicht mehr nur im fernen Moskau. Feind der besitzenden Klasse war nun auch der Arme-Leute-Priester auf den Plantagen und in den Favelas, und erst recht, wenn er sich der Soutane entledigt und der Guerilla angeschlossen hatte. Zwar spielt die „Theologie der Befreiung“ in der Studie der CIA noch keine spezifische Rolle. Dieses Konzept hatte sich gerade auf den Weg gemacht und die christlichen Basisgemeinden noch nicht erreicht. Aber der amerikanische Geheimdienst keinen Zweifel daran, von welchem Feindbild das Memorandum ausgeht.

Die Studie der CIA spiegelt eine Epoche erheblicher politischer Spannungen und Umwälzungen in Europa, Asien und eben auch in Lateinamerika. Sie analysiert, wie die Herausgeber es formulieren, die Kräfte des Wandels, die verschiedenen Richtungen, die sich innerhalb der Kirche ausformen, die Beziehungen zwischen kirchlichen und nicht-kirchlichen Gruppen (hier insbesondere der von der lateinamerikanischen Version des Marxismus inspirierten Befreiungsbewegungen) und bewertet die Auswirkungen dieses Wandels auf die sozialen und politischen Strukturen in Lateinamerika, wobei sich die Sichtweise der CIA-Studie und zum Beispiel der späteren Arbeit von Gutiérrez, selbstredend diametral unterscheiden.

Von den Machthabern zu den Machtlosen

Alle Aspekte der Studie im Detail zu referieren, würde den Rahmen dieser Themenreihe sprengen. Insofern können nur einige Anmerkungen und Positionen erfasst werden. Zur organisatorisch-technischen Seite erklärte die CIA, daß es sich nicht um eine von verschiedenen Dienststellen koordinierte Studie handelt. Zwar seien auch andere Quellen zur Beschaffung von Hintergrundinformationen herangezogen worden. Das von den Mitarbeitern einer Spezialabteilung gesammelte Recherchen-Material habe dann aber allein der CIA-Analyst Joseph R. Barager zusammengefasst. Eine etwas irritierende Information. Will die Behörde jeden Eindruck vermeiden, als handle es sich um ein offizielles Papier, das die Position der damals Verantwortlichen im Sicherheitsapparat und in der Regierung wiedergibt?

Der Autor des Memorandums geht durch die Kolonialgeschichte Lateinamerikas, beginnend mit einer Kirche, die den spanischen und portugiesischen Königen auf vielerlei Weise gedient habe. Ihre traditionelle Rolle sei es gewesen, die eingeführte Ordnung der Dinge zu verteidigen und unwillkommenen Neuerungen zu widerstehen. Ab Ende des 19. Jahrhunderts sorgen die päpstlichen Sozialzyklen *Rerum Novarum* (1891) und *Quadragesimo anno* (1931) zwar für einen neuen Ton. Nach Auffassung des CIA-Memorandums bestand seinerzeit aber noch keine Gefahr für den US-Kapitalismus. Die

Kirche habe in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen weiterhin konservative Positionen vertreten und natürlich auch in Fragen der Doktrin. Die päpstlichen Rundschreiben hätte die Arbeiterfrage heruntergespielt (!), es bei Ermahnungen der Besitzenden belassen und im übrigen das Recht auf Privateigentum verteidigt.

Mitte der 50er Jahre sei es zu einer Neuorientierung gekommen, dem Wechsel von der traditionellen Rolle der Kirche als Hauptbastion des Status quo zur Wortführerin des Wandels in dieser Weltregion. Das CIA-Memorandum sieht die Kirche in Lateinamerika im Jahr 1969 gespalten, „mehr als zu irgendeiner anderen Zeit in den vergangenen vier Jahrhunderten.“ Dennoch: Die Entscheidung, die Kirche in Einklang mit der modernen Welt und in den Dienst für die Massen zu stellen, sei gefallen. Der Autor des Papiers bezieht sich auf das Zweite Vatikanische Konzil. Die 16 Konzilstexte seien eine „Magna Charta“ für die Kräfte, die innerhalb der katholischen Kirche für Veränderungen einträten. Insbesondere gelte dies für die „Pastoral-Konstitution über die Kirche in der Welt von heute“, besser bekannt als „*Gaudium et spes*“, überschrieben nach den Anfangsworten des lateinischen Textes.⁵⁹ Die CIA-Rechercheure haben genau gezählt. Sie kommen auf 23.335 Worte. Der belgische Kardinal Suenens habe den entscheidenden Anstoß für die Thematisierung der Armut in der Welt gegeben und sei auf ein positives Echo der anderen fortschrittlichen Kirchenführer gestoßen. Eigens genannt wird der damalige Erzbischof von Mailand, Kardinal Montini. Zum Papst gewählt, sei Paul VI. die Aufgabe zugekommen, die Empfehlungen des Konzils umzusetzen.

Weiter beruft sich das CIA-Dokument auf Hirtenbriefe und Erklärungen lateinamerikanischer Bischöfe, Predigten und Schriften von Theologen und Gemeindepriestern. Eine zentrale Rolle spielt die 2. Generalversammlung des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM, die 1968 im kolumbianischen Medellín stattfand. Dieses entscheidende Treffen, zu dem Papst Paul VI. nach Bogotá gereist war, steht in zeitlicher Nähe zu der 1969 veröffentlichten Studie des amerikanischen Geheimdienstes.

Auf eine differenzierte Betrachtung der biblisch begründeten Texte von Medellín kommt es den Geheimdienstexperten freilich nicht an. Die Rechercheure hätten nicht erst auf Gustavo Gutiérrez warten müssen um herauszufinden, dass die Bischöfe „die Befreiung aus den derzeitigen Formen der Versklavung als die Befreiung durch Christus von der Sünde“ betrachteten.

Intensiv widmet sich die Studie auch den ausländischen Missionaren in Lateinamerika, den Jesuiten, die ihre traditionelle Rolle aus der Zeit der Gegenreformation aufgegeben und sich ganz für den Dienst an den Armen entschieden hätten. Ebenso religiösen Orden, wie die amerikanischen Maryknoll-Missionare, die, nach dem sie Rot-China verlassen mussten, in Süd- und Mittelamerika einen neuen Weinberg ihrer Seelsorge gefunden hätten. Auch hätten die Aufrufe europäischer und nordamerikanischer Bischöfe an Laien sowie Diözesan- und Ordenspriester, freiwillig nach Lateinamerika zu gehen, entsprechende Früchte getragen. Die CIA ermittelte: Auf den gesamten Kontinent bezogen stammen 25 Prozent des Klerus aus dem Ausland. In Brasilien sind es bis zu 40 Pro-

⁵⁹ Die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „*Gaudium et spes*“. Der Text (die 8. Fassung) wurde bei der Schlussabstimmung am 7. Dezember 1965 als letztes Dokument mit 2309 Ja- gegen 75 Nein-Stimmen angenommen und noch am selben Tag feierlich verkündet.

zent, in Bolivien 70 Prozent. „Mit weitreichenden Folgen sowohl für die Länder wie für die einzelnen Betroffenen.“

Der Verfasser der Studie unterscheidet sodann drei Gruppierungen: Von einer Einteilung in Liberale, Moderate und Konservative hält er nichts, weil solche Schattierungen quer durch alle Lager verlaufen. Er bevorzugt eine andere Klassifizierung und spricht von „Uncommitted“, zu übersetzen wohl als Gleichgültige, die indifferent ihr eigenes eingefahrenes Leben weiterführen, als ginge sie das Elend draußen in der Welt nichts an; dann die „Comitted“, diejenigen, die sich den Notleidenden gegenüber verpflichtet fühlen. Diese Gruppe unterteilt er in Progressive und Radikale, letztere auch bereit, als ultima ratio zu den Waffen zu greifen. Und schließlich sind da noch die Reaktionäre, die gegen jede Veränderung sind und den Ist-Zustand erhalten wollen. Den Konservativen in der Kirche gibt er keine Chance. Sie hätten zwar auch in der Römischen Kurie einige Alliierte, doch der Hauptstrom der Kirche fließe ihnen entgegen. Es sollte gerade mal zehn Jahre dauern, bis der Strom wieder begradigt wurde. Der „polnische Papst“ wies die Theologie der Befreiung und Protagonisten, wie Leonardo Boff und Ernesto Cardinal, in die Schranken. Exekutiert wurden die Disziplinarmaßnahmen vom Glaubenspräfekten, dem deutschen Kurienkardinal Joseph Ratzinger, dem späteren Nachfolger von Johannes Paul II.

Christen und Kommunisten

Bis weit über die 60er Jahre hinaus bewegt die innerkirchliche Diskussion, aber nicht nur diese, die Geschichte des kolumbianischen Priesters Camilo Torres⁶⁰, der sich den „Pro-Castro“-Guerilleros anschloss und in einem Gefecht mit Regierungstruppen ums Leben kam. Die CIA-Studie gibt dem Fall breiten Raum. Denn: „Andere, die den kolumbianischen Priester verehrten, gingen daraufhin zu den Guerillas.“ Sie behaupteten aber, weiterhin der Kirche anzugehören und unterminierten mit dieser Taktik die Strukturen der Gesellschaft, in dem sie deren Institutionen von innen heraus angriffen.

Nicht ohne Ironie bemerkt der CIA-Analytiker: „Manche Priester unter den Radikalen mögen mit Extremisten kooperieren, auch mit Kommunisten, bei Projekten gegenseitigen Interesses, und sie mögen so naiv sein zu glauben, dass durch diese Zusammenarbeit mit einem einzelnen Kommunisten dieser für die Kirche gewonnen oder zurückge-

⁶⁰ Camilo Torres (1929-1966). Katholischer Studentenpfarrer in Kolumbien. 1948 Ausbruch bürgerkriegsähnlicher Unruhen, Beginn der VIOLENCIA. Ihr fallen innerhalb von zwei Jahrzehnten rund 200 000 Menschen zum Opfer. Torres, an Studentenprotesten beteiligt, ruft zur „christlichen Revolution“ auf, bejaht auch Zusammengehen mit Kommunisten. 1965 schließt er sich einer an der kubanischen Revolution orientierten Gruppe von Guerilleros an. Ruft das Volk zum bewaffneten Aufstand auf. Wird bei einer Militäraction am 15. Februar 1966 erschossen. (vgl. E. Stehle: Der Weg der Gewalt. Camilo Torres. Aschaffenburg 1975.

Emil Stehle hat 15 Jahre in Kolumbien gelebt, kannte Camilo Torres persönlich. War Geschäftsführer von ADVENIAT, der katholischen Hilfsaktion für Lateinamerika und Bischof in Ekuador. Weltweit bekannt wurde Stehle als Vermittler, in Abstimmung mit dem Vatikan, bei Geiselnahmen sowie Friedensverhandlungen zwischen Rebellen-Bewegungen und Regierungen in Kolumbien, Nicaragua und El Salvador.

wonnen werden könnte. Sie mögen sich mit Castro identifizieren, wie dieser die Vereinigten Staaten herausfordert – wie einst David den Riesen Goliath – und sie mögen Camilo Torres verehren, weil er ohne weiteres sein Leben gab, als er geglaubt hatte, dass es notwendig sei.“

Die Kommunisten scheint das christliche Gewand ihrer Kooperatoren nicht sonderlich gestört zu haben, glaubt der CIA-Analyst. Diese Priester seien den Kommunisten weniger suspekt erschienen, als anderen politischen Führern. Umgekehrt habe der Antikommunismus, meistens keine Anziehungskraft bei jenen gefunden, die gegen den Fortbestand des Status quo in Lateinamerika sind. Es überrasche nicht, dass diese Radikalen bereit seien, dem Staatssozialismus eine Chance zu geben, „egal, wer dies unterstützt“. Das Memorandum kommt zu der Einschätzung, dass kommunistische Organisationen sich fortgesetzt bemühten, in diese kirchlichen Strukturen einzudringen, um sie für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Die Kommunisten würden dabei geschickt aus kirchlichen Erklärungen jene Passagen herausgreifen, die sie als Beleg ansähen, dass es keine unüberbrückbare Kluft zwischen Christen und Marxisten gebe.

Jüngere katholische Priester sähen keine große Gefahr in einer Zusammenarbeit mit Kommunisten auf einer „Fall-zu-Fall-Basis“. Manche akzeptierten „marxistische Interpretationen der Vergangenheit als gültig und marxistische Entwürfe für die Zukunft als mehr angemessen für die unterentwickelten und sich entwickelnden Gesellschaften als den Kapitalismus, wie sie ihn kennen“. Der Verfasser des Memorandums zitiert den kolumbianischen Gemeindepriester René García Lizzaeralde: „Die fundamentale Öffnung zum Marxismus war notwendig, weil der Marxismus die Methodologie liefert, die von christlichen Revolutionären benötigt wird.“

Hier gilt es noch einmal auf Gutiérrez zurückzugreifen, wo er auf die inhaltliche Unterscheidung bei der Verwendung des „Terminus Sozialrevolution“ drängt, die alles andere als einer Verlobung zwischen Christen und Kommunisten gleichkommt. Gutiérrez schreibt: „Gruppen und Personen, die die Kampfahne der lateinamerikanischen Befreiung erhoben haben, sind in ihrer Mehrheit sozialistisch inspiriert. Sozialismus hat den fruchtbarsten und am weitesten reichenden Einfluss.“ Und er wiederholt an anderer Stelle: „Einige, die im Prozess der Befreiung mitarbeiten, lassen sich nicht von der Anklage entmutigen, „Kommunisten“ zu sein. Stattdessen entscheiden sie sich positiv für den Weg des Sozialismus.“ Der Peruaner bezieht sich bei dieser Aussage auf den bereits erwähnten Dom Helder.

Es ist der ganz eigene Befreiungsprozess im kulturellen Kontext Lateinamerikas. Gutiérrez lässt „eine so großartige Figur wie José Carlos Mariátegui⁶¹ zu Wort kommen: „Wir müssen mit unserer eigenen Wirklichkeit und in unserer eigenen Sprache den indisch-amerikanischen Sozialismus lebendig werden lassen.“ Für solche gedankliche

⁶¹ José Carlos Mariátegui (1894-1930), peruanischer Journalist und Marxist. Mitbegründer der Sozialistischen Partei Perus. Widersprach dem stalinistischen Dogmatismus und suchte die marxistische Gesellschaftsanalyse auf die lateinamerikanische Wirklichkeit zu übertragen. Vom Bürgertum, verflochten mit dem Großgrundbesitz, den imperialistischen und kapitalistischen Interessen von Industrienationen ausgeliefert, erwartete er keine Kraft, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Beschäftigte sich eingehend mit den Fragen der indigenen Völker Lateinamerikas und deren Gemeinschaftstraditionen.

Feinheiten hat ein Geheimdienst wohl keinen Nerv. Die Radikalen, spottet der Verfasser der Studie, glichen in ihrem Glaubenseifer jenen jungen Teilnehmern des Kinderkreuzzuges im Mittelalter. „Einige von ihnen mögen ähnlich empfänglich für Ausnutzung und Manipulation sein.“ In der Studie fehlt auch nicht ein Seitenhieb auf die Versuche europäischer Katholiken mit kommunistischen Intellektuellen einen Dialog aufzunehmen. Dies geschehe nun auch in Lateinamerika Anhänger. Als Beispiel wird Chile genannt.

Ein schneller Wandel in der lateinamerikanischen Kirche sei nicht zu erwarten, bemerkt der CIA-Experte in einem Ausblick. Eher wohl sei mit einer rückläufigen Bewegung zu rechnen. (Eine Einschätzung, die von Auftraggebern der Studie vermutlich nicht ungern zur Kenntnis genommen wurde.) Es sei ja gerade der Klerus aus Nordamerika und Westeuropa, von dem der Impetus für Veränderungen ausgehe und dieser leide unter Mitgliederschwund. In den USA gingen die Priesterberufungen deutlich zurück und die Zahl derer, die sich von ihrem Priesteramt lösten, nähme zu. Das habe natürlich Auswirkungen auf die Entsendung von Geistlichen nach Lateinamerika. Ähnliches gelte für Spanien, von wo viele Priester nach Ibero-Amerika gegangen seien, um der Verfolgung unter dem Franco-Regime zu entkommen. Mit einer Veränderung der politischen Verhältnisse in Spanien werde auch von dort der Zufluss nachlassen.

Und noch ein Wink zum Ende der Studie für die geneigten Leser in Langley: Auch könnten die Geldspenden für eine Kirche, die sich anderweitig verpflichtet fühlt und sich zunehmend radikalisiere, seitens der Wohltäter aus der oberen und mittelständischen Klasse ausbleiben. Dies betreffe nicht nur die Länder Lateinamerikas, wo immer noch „ein bestimmter Grad an Union zwischen Kirche und Staat“ bestehe. Vielleicht könnten auch aus Westeuropa weniger Mittel fließen. Von den Spenden der unteren Klassen aber könnte eine solche Kirche allein nicht leben. Sie sei auf dem besten Weg, eine „arme Kirche“ zu werden. Mit der Konsequenz, vielleicht näher bei den Massen zu sein, aber mit weniger Mitteln und umso größeren Problemen, ihre Dienste, die sie bisher anbiete, fortzuführen oder gar auszuweiten, „weder finanziell noch personell“.

Aber nicht diese Prognose scheint den US-amerikanischen Geheimdienst zu bedrücken sondern vielmehr die Sorge, die Kommunisten könnten mit logistischer Hilfe, Geldern und Materiallieferungen besonders in die entlegenen Gebiete in die Bresche springen. Leichte Beute für die Kommunisten. Sie würden ihre Bemühungen fortsetzen und ausweiten, in die radikalen kirchlichen Gruppierungen einzudringen, um Spannungen zu erzeugen, sowohl die Kirche wie auch die Gesellschaft zu spalten. Man nennt das Zersetzung, eine allen Geheimdiensten vertraute Methode. Da dürfte es dem CIA-Fachmann leicht gefallen sein, vom eigenen Dienst auf andere schließen.

Ungarische Verhältnisse

In einem Interview für die Zeitschrift „Ost-West, Europäische Perspektiven“, äußerte sich der Vorsteher der ungarischen Erzabtei Pannonhalma zu der Frage der Widerstandsfähigkeit von Kirche und Gesellschaft gegenüber dem ideologischen und im Le-

bensalltag bis an die Grenzen gehenden physischen Überfall der kommunistischen Staatsmacht. Die Menschen, in erster Linie die ländliche Bevölkerung, waren darauf nicht vorbereitet. Immer nur wurden sie sie hingeführt, wohin sie nicht wollten – ob im Namen der Nation oder nach Weisung der Kirche, die ihr Heil im Mittun (vor dem Krieg) oder im vorkonziliaren Festungsbau (nach dem Krieg) suchte. Erzabt Asztrik Várszegi hebt hervor, dass die ungarische Gesellschaft vor und nach 1945 weder genügend Freiheit noch das Ziel der Freiheit gekannt habe. Daher befinde sich Ungarn – in dieser Hinsicht mit anderen postkommunistischen Staaten vergleichbar – „in gesellschaftlich-ökonomischer wie auch in human-psychischer Hinsicht in einem Zustand schmerzlichen Erwachens.“⁶²

Der Benediktiner-Mönch erinnert an einige Stationen der jüngeren Geschichte Ungarns, ausgehend von den für die Nation schmerzhaften Folgen des Ersten Weltkrieges, verbunden mit erheblichen Gebietsverlusten und einer daraus resultierenden gewissen politischen Nähe zu Hitler-Deutschland. Dieser Katastrophe folgte die „Pax sovietica“, realistisch dargeboten, als Panzer der Roten Armee die Revolution von 1956 niederwalzten⁶³ – deutlicher Ausdruck dessen, was später als „Breschnew-Doktrin“ erklärt wurde, die Politik des „großen Knüppels“, die 1953 die Ostberliner zu spüren bekommen hatten und der „nach Ungarn“, im August 1968 in der Tschechoslowakei brutal zuschlug. (Uncle Sam machte es ja nicht viel anders, wenn er Menschen in der Karibik, der „Interessensphäre der nationalen Sicherheit der USA“, mit dem „Big stick“ zur Ordnung rief.) Ungarn hatte versucht seinen „eigenen Weg“ zu gehen, den einer „weichen Diktatur“, den Menschen etwas von der erdrückenden Last der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu nehmen. Kadar's Regime, kompromisslos bei der Wiederherstellung der politischen vorrevolutionären Verhältnisse erfand den „Gulasch-Kommunismus“. Hoffte auch die Kirche, mit am Tisch sitzen zu dürfen?

⁶² Weitere Einzelheiten in der Zeitschrift „Ost-West – Europäische Perspektiven“ zu entnehmen, die in ihrem Heft 2/2007 Ungarn als Schwerpunktthema behandelt. (Herausgeber: Renovabis. Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Freising und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Bonn.

⁶³ Ungarischer Volksaufstand vom 23. 10. bis 4. 11. 1956. Sowjetischer Botschafter in Budapest war in dieser Zeit Jurij Andropow. (1967 bis 1982 Leiter des KGB, 1982 Generalsekretär der KPdSU und 1983 Staatsoberhaupt. Andropow's Assistent in Budapest war Wladimir Krjutschkow. Auch er machte Karriere im KGB, zunächst in der HA 1 (Auslandsaufklärung) und ab 1988 (bis 1991) selbst an der Spitze des sowjetischen Geheimdienstes, im Rang eines Armeegenerals. Nach der politischen Wende nannte Michael Gorbatschow gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh die blutige Niederschlagung des Aufstandes von 1956 ein „Verbrechen.“ Vgl. Interview mit dem ehemaligen ungarischen Staatsminister Imre Pozsgai in „Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 30/31, Potsdam 2003-2004).

– Janos Kadar. 1956 bis 1988 Chef der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei MSZMP/ USAP. Mit Andropow verband ihn eine „lebenslange Freundschaft“. Nach dem er mit Hilfe sowjetischer Truppen den Volksaufstand unter Imre Nagy hatte niederschlagen lassen, war er zeitweilig auch Ministerpräsident, 1956-1958 und 1961-1965. Kleinere Schritte zur Liberalisierung der Wirtschaft trugen den Ungarn im Westen den Ruf des „Gulasch-Kommunismus“ ein. Der ideologische Kampf des Sicherheitsapparates gegen Religion und Kirche blieb davon unberührt. Daran änderte sich auch nichts durch zur Kollaboration bereite Geistliche.

Zwischen Anpassung und Resistenz

Eine Kirche ohne Panzer, aber verantwortlich für Menschen, denen wenig Freiraum blieb zwischen Kanzel und Parteiversammlung – wie in allen Diktaturen spitzte sich die Existenzfrage auf eine Zerreißprobe zu: Anpassung und Resistenz. Eine Alternative gab es nicht. Fragte sich nur: Gingen die ungarischen Oberhirten zu weit in ihrer Freundlichkeit gegenüber der Staatsmacht? Einige scheuten sich auch nicht, gegenüber der eigenen römischen Obrigkeit das Bild eines einigermaßen funktionierenden Kirche-Staat-Verhältnisses zu zeichnen. Anlass genug für den „Architekten der vatikanischen Ostpolitik“, Kurienerzbischof Agostino Casaroli, das ungarische Terrain, nicht gerade eine blühende kirchliche Landschaft, aber mit kräftigen Wurzeln, als Versuchsfeld für seine Seelsorge-Diplomatie zu favorisieren. Er schätzte die Bezeichnung „Ostpolitik“ nicht sonderlich.

Besuch von der Staatssicherheit

Es konnte nicht ausbleiben, dass dann und wann Herren aus dem Budapester Innenministerium ausgewählten Personen der hohen Geistlichkeit, insbesondere dem Primas der ungarischen Kirche (dem Erzbischof von Esztergom, seit 1993 Esztergom-Budapest). Die Besucher, in unverdächtigem Zivil, waren selbstverständlich keine gewöhnlichen Ministerialbeamten, sondern Spezialisten der Staatssicherheit. Und deren Anliegen war eindeutig, selbst wenn es nicht eigens vorgetragen werden musste. Ein gewisses Entgegenkommen würde sicherlich nicht unbeachtet bleiben.

Die Staatssicherheitsorgane waren in Ungarn, wie in den meisten Ostblockstaaten, dem Innenministerium zugeordnet und wurden von einem stellvertretenden Minister des Ressorts geführt. Für die verschiedenen geheimdienstlichen Bereiche war die Hauptabteilung III zuständig, untergliedert in HA III/1 für die Spionageabwehr, HA I-II/2 für die Auslandsaufklärung (also auch den Vatikan betreffend), HA III/3 betraf die Inlandabwehr (also „Bekämpfung“ von Regimegegnern, zu denen auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften zählen), HA III/4 nahm eine Sonderstellung ein, sie war zuständig für die militärische Aufklärung.

„Friedenspriester“

Was blieb der Kirche anders übrig? Begrenzte „Zusammenarbeit“ mit dem Regime, der „real existierenden Macht“, mochte dazu beitragen, Spielraum zu gewinnen und Repressionen abzumildern. Wozu hätte totale Verweigerung geführt? Nach der „Wende“ ein unerschöpfliches Thema von Symposien und Studienzirkeln. Die Kirche sah sich unter absoluter Kontrolle der kommunistischen Organe, verbunden mit Manipulation und Erpressung einzelner Personen, Zensur bei der Besetzung kirchenamtlicher Positionen. Auch von der Garde der so genannten „Friedenspriester“, wie sie gleichfalls in anderen

sozialistischen Ländern anzutreffen war, blieb die ungarische Kirche nicht verschont. Selbst wenn einige glaubten, mit der Staatsmacht kollaborieren zu müssen, *ad maiora mala vitanda*, wirkte sich ihr Verhalten eher zersetzend als versöhnend aus. Wenige, wie der bekannte Religionssoziologe Miklós Tomka, hatten sich den aufrechten Gang bewahrt „unter Verhältnissen, welche eher Bücklinge hervorbringen“ (Paul M. Zulehner).

Konnten Ergebnissadressen seitens der Bischöfe, etwa die Verurteilung des Aufstandes von 1956 als „Konterrevolution“ (eigentlich ein Begriff aus dem Vokabular der Parteipropaganda), der „Normalisierung“ der Beziehungen zur Staatsmacht dienen, ohne den letzten Kredit in den Augen nicht weniger Gläubigen zu verspielen? Welche Wirkung hatten „blauäugige“ Rapporte an den Vatikan über die angebliche „gute Zusammenarbeit“ zwischen kirchlichen und staatlichen Behörden. Schon 1964 reiste Erzbischof Agostino Casaroli, der „Kissinger des Vatikans“, im Auftrag des vatikanischen Staatssekretariats nach Budapest, um im Rahmen einer „praktischen Verständigung“ ein Teilabkommen mit der Ungarischen Volksrepublik auszuhandeln. Dieses ermöglichte dann die Ernennung von Bischöfen auf bis dahin unbesetzten Stühlen. Wie schon gesagt: Die Linie des Kirchenvaters Irenäus galt auch der vatikanischen Kirchenpolitik als Prinzip, an dem über die Jahrhunderte eisern festgehalten wurde, nicht um jeden, aber um einen hohen Preis: „Wo ein Bischof, dort eine Kirche; wo eine Kirche, dort ein Bischof.“ – Kritiker der vatikanischen Annäherungsversuche wurden beiseite geschoben. Schließlich standen „höhere Interessen“ auf dem Spiel. Damit operierte auch die kommunistische Gegenseite.

So heißt es in einer dem Ostberliner MfS zugegangenen „Information“ vom 12. April 1979, der Papst sei an einem guten Verhältnis zur Ungarischen Volksrepublik interessiert und strebe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. Durch die Tätigkeit eines Nuntius in Budapest habe er bessere Möglichkeiten auf die ungarischen Bischöfe einzuwirken, als durch Kritik von außen. Paul VI. halte, im Vergleich zu den Ungarn, den polnischen Episkopat für kämpferischer und weniger regierungsloyal. Waren die Magyaren allesamt zu „weich“? Auch dem Regime wurde ein „weicher Kurs“ nachgesagt, im Westen gewürdigt, im sozialistischen Lager aufgeregt diskutiert. Oder waren die ungarischen Bischöfe einfach „in die Knie gegangen“. Ein Kenner der Verhältnisse meint, so nachgiebig sich die Staatsicherheit im eigenen Land gegenüber der Bevölkerung verhalten habe, so hart sei sie gegen Kirche und Religion vorgegangen, härter als die Stasi-Divisionen anderer Ostblockstaaten.

Vorkonziliare Kirche

In praktischen Fragen eine gewisse Kooperation, in dogmatischen Fragen keine Kompromisse, auf diese Formel ließe sich das Verhalten der ungarischen Kirche bringen. Ihre Autoritäten glaubten wohl auch, sich jedem pastoralen Experiment versagen zu müssen. Ob aus aktuellen politischen Erwägungen, oder aus Gründen, die in den historischen Erfahrungen des katholischen Ungarn liegen, mag heute diskutiert werden. Die „Amtskirche“, von der Leitung bis in die Gemeindestrukturen, sah wohl keine Möglich-

keit, die Empfehlungen des Zweiten Vatikanischen Konzils auf die eigene Situation zu übertragen. „Kirche in der Welt von heute“ – auf die Welt des Sozialismus hatten auch die Konzilsväter keine praktikable Antwort.

Nicht alle Christen in den Ländern unter dem Roten Stern teilten diese Auffassung ihrer Hirten. Gruppen und Kreise bildeten sich, geradezu herausgefordert, gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Sie suchten die „Basis“ zu mobilisieren, Christen mit dem Rüstzeug der kirchlichen Soziallehre für die Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus zu befähigen. Statt Mauerbau zur Abwehr des ideologischen Gegners offenes Visier und den „real existierenden Sozialismus“ an seinen Taten messen.

In Ungarn bildeten sich Basisgruppen um den Piaristenpater György Búlanyi (1952 zu lebenslanger Haft verurteilt, 1960 amnestiert), die so genannte Bokor-Bewegung. Dies kleinen Aktionskreise vernetzten sich wie die Zweige eines Busches (ungarisch: bokor – Busch). Ob mit Unterstützung „vatikanischer Geheimdiplomatie“ oder unter den miss-trauischen Augen vatikanischer Glaubenshüter, wie die Auseinandersetzung der römischen Glaubensbehörde mit Pater Búlanyi vermuten lassen, sei dahingestellt. Der Staats-sicherheit jedenfalls entgingen die „kritischen Christen“ nicht. Waren sie doch nach der Operativ-Liste der Stasi, die klassischen „subversiven Elemente“, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen galt.

Der Wiener Pastoraltheologe Paul M. Zulehner zitiert den ungarischen „Rebellen“, der seinerzeit die These vertreten habe, „dass die gegenwärtige großkirchliche Kirchen-ordnung durch eine Kirche mit „Kleingruppenstruktur“ abgelöst werde, um in dieser Form „im kommunistisch-gegenchristlich gestalteten Land“ zu überleben. Dies betreffe eine Gesellschaft, in der die Machthaber zunächst versucht hätten, „die Kirche zu vernichten, und als sie dabei nicht im erwünschten Maß vorangekommen waren, daran ge-gangen seien, die Kirche so umzuformen, und ihre Bischöfe so vom Staat abhängig zu machen, daß sie für den Aufbau des Sozialismus verfügbar werden könnten.“⁶⁴

Mitte der 80er Jahre war die Bokor-Bewegung zum „Fall Búlanyi“ geworden, anhängig bei der vatikanischen Kongregation für die Glaubenslehre. In einem Brief an Kardinal Josef Ratzinger, dem Präfekten der Glaubensbehörde, hatte der eigensinnige Ordens-mann, der in seinen Basisgruppen, „jetzt schon die zukunftsfähige Kirchengestalt“ sah, zu Verstehen gegeben, dass diese Bewegung „für die momentan existierende Kirchen-ordnung gefährlich ist. Dies gelte ebenso „für die heutige autoritärste Art und Weise der ungarischen Kirchenführung“ sowie „für die Religionsabsterbeprojekte des Atheismus, da diese Projekte kaum die geringste Verwirklichungschance besitzen könnten, falls die von mir geträumte Kirchenordnung einst ins Leben gerufen wird.“ – Das war natürlich eine „Kampfansage“ in beide Richtungen. „Einschlägige“ Erfahrungen mit christlichen Basisbewegungen hatte die römische Aufsicht schon mit der Entwicklung in Südost-asien, in Afrika und vor allem in Lateinamerika gesammelt.

⁶⁴ vgl. Paul M. Zulehner: Gemeindepastoral. Kirche ereignet sich in Gemeinden, erschöpft sich aber nicht in ihnen. Wien 1989.

Ein Kardinal der Herzen

In den Herzen vieler Ungarn dürfte einer ihrer größten Patrioten für immer weiterleben: Kardinal József Mindszenty (1892-1975). Während des Zweiten Weltkrieges, 1941, hatte er seinen deutschen Familiennamen Pehm aus Protest gegen die Nazigräuereien in Ungarn abgelegt und sich nach seinem Geburtsort Csehímdszent genannt. Die ungarischen Faschisten, die Pfeilkreuzler, haben ihn, der gegen die Verfolgung der Juden protestierte, eingesperrt; seine kommunistischen Landsleute gepeinigt. Er widerstand auch den roten Nachkriegsherren, wurde gefoltert, in einem Schauprozess zu lebenslanger Haft verurteilt und fand nach dem Aufstand von 1956 Asyl in der US-amerikanischen Botschaft in Budapest.

Wie schlecht die ungarische Spionage zeitweilig allerdings informiert war, wie konfus sie über die vatikanische Diplomatie berichtete, macht ein Brief vom 12. September 1957 an Mielke, seinerzeit Staatssekretär des MfS, deutlich.⁶⁵ „Man höre die Meinung“, Mindszenty, der die „schwankende Politik des Vatikans“ betreibe, solle „legal oder illegal Ungarn verlassen“. Eine andere Auffassung sei die, er solle „auch bei drohender Verhaftung“, an „seine Stellung als Kardinal“ zurückkehren. Im Vatikan halte man sich jedoch an die zweite Meinung, „um so mehr, als dies für den Vatikan vorteilhaft wäre.“ Alles laufe darauf hinaus, „dass die Führer der Kirche nicht die Politik der volksdemokratischen Regierung unterstützen“ sollen. Es kam, wie sich zeigte, in beiden Punkten anders.

Erst 1971 kam Mindszenty frei, sein Verbleib in der US-Botschaft störte die Annäherungsversuche der Nixon-Administration an den Osten. Der ungarische Primas wählte Wien als Exil. Kardinal Franz König, in jenen Jahren vor allem „eine Drehscheibe der Diplomatie der katholischen Weltkirche in Richtung Ost(Mittel)Europa“, wie Paul M. Zulehner schreibt, hatte ihm in all den Jahren die Treue gehalten. In der Isolation des Exils sah sich der ungarische Kirchenfürst als „Bauernopfer“ der amerikanischen und vatikanischen Ostpolitik.

Papst Paul VI. ließ zunächst den erzbischöflichen Stuhl von Esztergom für vakant erklären und forderte alsbald den – soll man sagen: „starrsinnigen“ oder „unbeugsamen“? – Kirchenfürsten zum Rücktritt auf und enthob ihn, als dieser sich weigerte – seines Amtes.

Mindszenty, im September 1945 von Pius XII. zum Erzbischof von Esztergom ernannt und im Februar 1946 zum Kardinal erhoben, verstand sich als Primas von Ungarn in der Rolle des „interrex“ (des „Zwischenkönigs“) in einer für ihn auch nach der kommunistischen Machtübernahme weiter existierenden, aber führungslos gewordenen Monarchie. Er sah das Schicksal der Nation in seine Hand gelegt. (der polnischen Situa-

⁶⁵ HA XX/4 – Nr. 212, Brief des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Ungarn AZ Nr. 28-N/193/57 – Die „Informationen“, die dem MfS von anderen Nachrichtendiensten zu gingen, waren auf Russisch abgefasst und wurden von der Abteilung X (zuständige für die internationalen Beziehungen) übersetzt. Russisch war die „lingua franca“ der Staaten des Warschauer Vertrages, insbesondere die gemeinsame Sprache des Militärs. Insofern liefen nicht alle Berichte über Moskau, sondern wurden auch im bilateralen Verkehr ausgetauscht.

tion, insbesondere unter dem Primas Stefan Wyszynski, ab 1948 Erzbischof von Gnesen und Warschau, in dieser Hinsicht vergleichbar.)

Nach Mindszenty's „Freistellung“ wie es kirchenamtlich heißt, wurde durch Rom ein Nachfolger bestimmt, der sich als „geschmeidig“ erwies, und in den Jahren der „weichen Diktatur“ einer „Politik der kleinen Schritte huldigte“: László Lékai. (Erzbischof von Esztergom von 1976-1986). Nach der Wende kamen Meldungen auf, er habe dem Geheimdienst Informationen gegeben. Die gleiche Unterstellung traf seinen Nachfolger. Dass über die Kirchenführer Stasi-Akten angelegt wurden, liegt auf der Hand. Dass Agenten oder Spitzel mit ihnen sprachen, ist nicht auszuschließen. Daraus Verrat zu konstruieren, steht auf einem anderen Blatt.

Kardinal Mindszenty starb am 6. Mai 1975 gestorben und wurde zunächst in der Wallfahrtskirche von Mariazell in der Steiermark beigesetzt. 1991, nach dem Abzug der letzten sowjetischen Truppen aus Ungarn, wurde sein Leichnam nach Esztergom, dem Nationalheiligtum der ungarischen Kirche, überführt. So hatte der Fürstprimas es in seinem Testament verfügt: Er wolle heimkehren, „wenn der Stern der Moskauer Gottlosigkeit vom Himmel Mariens und des heiligen Stephan gefallen ist“.⁶⁶

Die ungarischen Verhältnisse

Der ungarischen Geheimpolizei und den Nachrichtendiensten der Staatssicherheit entging kein Vorgang, der die katholische Kirche betraf. Auch Interna blieben ihnen nicht verborgen, weder auf lokaler und nationaler Ebene, noch die Beziehungen des Episkopats zum Ausland betreffend, insbesondere die ständigen Kontakte zum Apostolischen Stuhl. Zu eng war das Netz von Zuträgern geknüpft und in dieses verwoben eine wohl nie genau zu ermittelnde Zahl von „inoffiziellen Mitarbeitern“ innerhalb des Klerus und Informanten bis hinauf in die Spitzenpositionen der Bischofskonferenz. Auch der Primas selbst blieb nach der politischen Wende und der Öffnung der Geheimdienst-Akten von Verdächtigungen nicht verschont. (Dabei handelt es sich um die beiden Nachfolger von Kardinal Mindszenty, der von den Ungarn wie ein Nationalheiliger verehrt wird.)

Für den folgenden Beitrag wurden drei Geheimdienstberichte aus den Jahren zwischen 1978 und 1984 herangezogen. Diese „Informationen“, die über das Austauschverfahren der Sicherheitsorgane auch das Ostberliner MfS erreichten, sollten wohl den Eindruck erwecken, dass in Ungarn alles bestens lief: innerhalb der Kirche, in ihrer Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen und in den Arbeitskontakten zwischen Regierung und dem Vatikan. Mit anderen Worten: Auch auf diesem Gebiet haben wir Ungarn alles im Griff – „brüderliche Hilfe“ nicht erforderlich. Hatten die Ungarn nicht allen Grund zu derartigen Versicherungen, zumal die politische Führung den eigenen ungarischen Weg auch auf anderen Feldern suchte, etwa bei der Lösung ökonomischer Probleme. Die sowjetischen Panzer von 1956 konnte kein Ungar vergessen.

⁶⁶ Vgl. Ungarn 1956 – Geschichte und Erinnerung. Rundfunkansprache von Kardinal József Mindszenty, Erzbischof von Esztergom und Fürstprimas von Ungarn, 3. 11. 1956 (Auszug). Internetportal der „Stiftung Aufarbeitung“ in Kooperation mit „Zeitgeschichte-online“.

Zurück zu den kirchlichen Verhältnissen: Zwar ruhten die offiziellen diplomatischen Beziehungen seit 1945, aber die Verbindung war nach den Vereinbarungen, die Erzbischof Casaroli 1964 hatte erreichen können, intensiviert worden. Es sollte allerdings bis nach der „politischen Wende“ dauern, bis der Heilige Stuhl (am 9. Februar 1990) die vollen diplomatischen Beziehungen mit Ungarn wieder aufnehmen konnte. Zu Höhepunkten im kirchlichen und wohl auch im gesellschaftlich-politischen Leben des nun wieder freien Landes gestalteten sich dann die Pastoralbesuche von Papst Johannes Paul II in den Jahren 1991 und 1996.

Vom 4. bis 9. Dezember 1978 hatte Titular-Erzbischof Luigi Poggi, ein Karriere-Diplomat des Heiligen Stuhls, als bevollmächtigter Apostolischer Nuntius des „Rates für die öffentliche Angelegenheiten der Kirche“ (vulgo: des vatikanischen Außenministeriums) Ungarn besucht. Der Bericht des Geheimdienstes, der ja auch nach Moskau ging, sollte wohl den Eindruck erwecken, wie ungezwungen und erfolgreich die Genossen in der „fröhlichsten Baracke im sozialistischen Lager“⁶⁷ mit der katholischen Kirche umgehen. Da ist von einer Unterredung im Staatlichen Komitee für Kirchenfragen die Rede, mit „Konsultativcharakter“. Poggi habe seine Reise unternommen, um, wie er sagte, „die Kontinuität in den bestehenden Beziehungen“ zu wahren.

Mit „Dankbarkeit“ habe die vatikanische Seite quittiert, „dass die Regierung der UVR bei den Beisetzungen der verstorbenen Päpste“ (gemeint sind Paul VI. und Johannes Paul I.) und bei den Wahlzeremonien der neuen Päpste „auf hoher Ebene“ vertreten gewesen sei. Lobend habe sich Poggi auch über die bilateralen Beziehungen „zwischen der UVR und dem Vatikan“ geäußert. Diese Beziehungen seien von Johannes XXIII. initiiert und von Paul VI. fortgesetzt worden. Auch Papst Johannes Paul II. sei „über die Lage in der Kirchenpolitik der sozialistischen Staaten“ gut informiert. Der Papst habe Poggi persönlich auf die Führung der Gespräche in Budapest vorbereitet und dieser werde dem Papst auch direkt über das Ergebnis seiner Mission berichten. Vom jetzigen Papst seien keine Veränderungen, die wesentlicher Natur“ sind, in seiner Ostpolitik zu erwarten. Er sehe die Lage der ungarischen Kirche ebenso wie die Bemühungen der Hierarchie unter den gegebenen Umständen „realer“. Streitfragen sollten, entsprechend der bisher gehandhabten Praxis, auf dem Verhandlungswege gelöst werden.

Die härteste Gangart

Tatsächlich aber schlugen die ungarischen Stasibehörden gegenüber der Kirche eine härtere Gangart an, als die Sicherheitsorgane anderer sozialistischer Staaten, wie aus dem BStU zu erfahren war. So hatte Poggi auch Mängelrügen auf seinem Spickzettel. Die bisher verfolgte Linie ließe sich verbessern, in Anlehnung an das, was 1977 zwischen Parteichef Janos Kadar und Papst Paul VI. gesprochen worden sei. (Der ungarische Par-

⁶⁷ Vgl. Interview mit dem eh. ungarischen Staatsminister Imre Pozsgai, Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 30/31, Potsdam 2003-2004).

teichief war in den Vatikan gereist, um in einer Kraftprobe zwischen der Kirche in Ungarn und der Staatspartei zu schlichten.)

Poggi erinnerte an die alten Forderungen des Heiligen Stuhls, die seit dem Besuch von Casaroli im Jahre 1964 unerledigt auf dem Tisch lagen: Mehr Freiheiten für geistliche Ordensgemeinschaften, mehr staatliches Entgegenkommen in der „kirchlichen und schulischen religiösen Ausbildung“, Kirchen-Neubauten und neue Pfarrgemeinden, Verzicht auf Zensur der Kirchenpresse, Seelsorge-Erlaubnis in Krankenhäusern und Gefängnissen. Soviel Offenheit in dem ungarischen Geheimbericht? Ein Eingeständnis etwa von Schwäche gegenüber der Kirche? Davon konnte freilich keine Rede sein. Der Bericht aus Budapest kann die Bruderorgane in Moskau und Ostberlin beruhigen. Der Vorsitzende des staatlichen Kirchen-Komitees gab dem Abgesandten des Papstes klar zu verstehen, „dass der ungarische Staat die gegenwärtige Lage als befriedigend ansehe und es keinen Grund für Veränderungen gebe.“

Im Gespräch mit den Spitzen der Bischofskonferenz erkundigt sich Poggi über die Kehrseite der Medaille, über die alles andere als befriedigende Lage der Kirche in Ungarn: „in welchen Fragen und in welchem Umfang seitens des Staates eine Kontrolle durchgeführt wird, welche Reaktion der Staat im Falle entstehender Probleme, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Geistlichen stehen, zeigt und welche Maßnahmen er ergreift.“ Die „Ohren“ der Stasi hören alles mit. Es geht um die Zulassung von Jugendlichen, die christlich erzogen wurden, zu Universitäten und Hochschulen, um den Zustand der Pfarrgemeinden, in den Klöstern, in den karitativen Einrichtungen der Kirche. So erfahren die Spezialisten des Innenministeriums auch, dass der Papst „demnächst“ für Erzbischof Casaroli ein „höheres Amt“ vorgesehen hat. (Tatsächlich wird der „Architekt der vatikanischen Ostpolitik“ von Johannes Paul II. ein halbes Jahr später, am 30.6. zum Kardinal ernannt und steigt vom Pro-Staatssekretär zum Staatssekretär Seiner Heiligkeit auf, als die so genannte Nummer Zwei nach dem Papst).

Das Fazit dieser Erkundungsreise des vatikanischen Diplomaten aus der Sicht der ungarischen Staatssicherheit, mag den Ostberliner Genossen vielleicht etwas seltsam vorgekommen sein. Denn nach den „Informationen“ aus Budapest zu urteilen, müssen „die Diplomaten des Vatikans“ nach den Gesprächen mit den ungarischen Amtsträgern rundum glücklich gewesen sein: „Zufrieden mit den innenpolitischen Umständen im Land wie auch mit dem bisher zurückgelegten Weg“, den man, dies sei einmütige Ansicht, weiterhin verfolgen wolle. „Die Gespanntheit, die ihnen bei ihrer Anreise aufgrund ihrer Erwartungen anzumerken war, verflog, so dass sie in einer zufriedenen Stimmung abfuhr.“⁶⁸

In diesem Stil geht es auch in einem Bericht der Ungarischen Sicherheitsorgane von Anfang Februar 1981 weiter.⁶⁹ Anlass war der Besuch einer vatikanischen Delegation unter Führung von Kardinalstaatssekretär Casaroli zu den kirchlichen Feierlichkeiten zum 1000. Geburtstag des Heiligen Gellert.⁷⁰ Es wird über die Teilnahme an den großen

⁶⁸ MfS HA XX – Nr. 12373 Abt. X v. 7. Februar 1979.

⁶⁹ MfS HA XX – Nr. 12373 Abt. X v. 16. Februar 1981.

⁷⁰ Gerhard Sagredo, ungarisch: Gellért, (ca. 980/81 – 1046). Benediktiner-Mönch aus Venedig. Kam 1015 nach Ungarn, von König Stephan I. zum Erzieher seines Sohnes Emerich (Imre) bestimmt, dann Bi-

Gottesdiensten in Esztergom und Budapest berichtet. „In politischer Hinsicht“ habe sich Casaroli „zurückhaltend und gemäßigt“ geäußert und in einem „eher positiven Ton und mit Anerkennung“ über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem ungarischen Staat, gesprochen. „Gutgelaunt und zufrieden“ habe sich der hohe Gast gezeigt. Mit den verantwortlichen Staatsfunktionären sei ein „offenes, aufrichtiges und vorwärtsweisendes Gespräch“ geführt worden.

Lob für den Primas

Da durfte ein lobendes Wort für den ungarischen Primas, Kardinal Laszlo Lekai nicht fehlen. Dieser verfolge, wie Casaroli, eine Politik der kleinen Schritte. Kardinal Lekai würde im Westen deshalb angegriffen, „weil man das Wesen seiner Tätigkeit“ nicht begreife. Vor allem „seine loyalen Erklärungen“ würden Anstoß erregen. (Gemeint sind wohl zustimmende Äußerungen des Kirchenfürsten zum Regime). „In der Perspektive“ würden jedoch „die Tatsachen diejenigen, die an der Richtigkeit der Konzeption zweifeln, in zunehmendem Maße überzeugen“. Ungarn gebe ein „gutes Beispiel für die Effektivität dieser Politik“.

Die erreichten Ergebnisse würden unbegreiflicherweise verschwiegen, stellen die Stasi-Leute entrüstet fest. Die „kirchlicher Führungskonzeption“, die von Kardinal Lekai vorgelegt worden sei, habe nach Meinung „maßgeblicher geistlicher Würdenträger der ungarischen Kirche“ durch den Besuch von Kardinalstaatssekretär Casaroli „Anerkennung und Bestätigung“ erfahren.

Es folgt ein Seitenhieb auf die kirchliche Opposition. Ein österreichischer Bischof wird zitiert, der „die innere Ordnung der ungarischen Kirche“ kritisiert habe. Der Episkopat müsse „entschiedener gegen oppositionelle Geistliche vorgehen.“ (Vermutlich ist damit auch die Bokor-Bewegung des Piaristenpaters György Bulanyi gemeint. Die als „illegale Bulanyi-Bewegung“ Gruppierung wird auch in einem späteren Bericht der Stasi erwähnt, ohne jedoch auf Einzelheiten der kircheninternen Kontroverse einzugehen)

Schließlich kommen die Berichtstatter aus Budapest nicht umhin abschliessend zu bemerken: „Nach Einschätzung einiger feindlich eingestellter Klerikaler“, habe der vaticanische Besuch nur dem Staat gedient, „weil er nichts vorangebracht habe.“ Die Kirche habe nicht davon profitieren können, weshalb sie sich von den Geschehnissen fern gehalten habe.

schof von Csanád (Szerb Csanad), östlich von Szeged. Missionar unter heidnischen Stämmen. Märtyrertod. Angeblich in einem Fass von einem Berg im heutigen Stadtteil Buda (dtsh.: Ofen) in die Donau gestürzt. 1083 heiliggesprochen; 1904 Denkmal auf dem Gellért-Berg. Als Schutzpatron Ungarns und der Stadt Budapest verehrt.

Ein Nuntius wird heftig

Vom 6. bis 13. April 1984 hält sich Sonder-Nuntius Luigi Poggi erneut in Budapest auf, nicht ohne „ständige Begleitung“ der Staatssicherheit. Während der Gespräche auf staatlicher Ebene seien Fragen vermieden worden, „bei denen es hätte Konflikte geben können.“ Die Vertreter des Vatikans seien bestrebt gewesen, „eine Kontinuität hinsichtlich korrekter partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Vatikan und UVR, die auf gegenseitigem Vertrauen basieren, zu demonstrieren.“ Bei den Gesprächen sei auch nicht „die Herstellung diplomatischer Beziehungen und der Besuch von Papst Johannes Paul II. in der UVR“ erwähnt worden.⁷¹

Soweit schien nach Ansicht der Agenten alles in bester Ordnung gewesen zu sein, hätten sich bei den beiden Besuchen von Poggi nicht einige kleine Störungen eingeschlichen, die der reibungslosen Überwachung bisweilen einen Strich durch die Rechnung machten. So sei „sehr auffällig“ gewesen, „dass – entgegen der bisherigen Praxis – die Diplomaten des Vatikans mit ihren Verhandlungspartner häufig und ohne Grund auf Latein sprachen.“ (Und ob sie einen Grund hatten!) Auch hätten die Vatikanvertreter zwar nicht „nach Herstellung illegaler Kontakte“ gestrebt, „doch bei den Unterredungen mit ihren kirchlichen Partnern waren sie bemüht, sich der technischen Kontrolle zu entziehen.“

Unüberwindbare Hindernisse waren das allerdings nicht, wie die Spitzelberichte belegen. Wo der Lauscher draußen vor der Türe bleiben mussten, gab es schließlich das andere bewährte Mittel nachrichtendienstlicher Aufklärung, ein nur allzu bekanntes Ungeziefer, das sich auch in kirchliche Räume eingeschlichen hatte, ob beim Bischof oder beim Papst: die „Wanze.“ So erfuhr man letztlich doch, worüber hinter „verschlossenen Türen“ gesprochen wurde: über die „alltäglichen Probleme der nationalen Kirche“, das Verhältnis Kirche – Staat, die „Frage der Religionslehre in den Kirchengemeinden, die Einbeziehung von Laien in das religiöse Leben“. Die vatikanischen Besucher hätten ein besonderes Interesse für die „Frage der Einheit des Episkopats“ bekundet. Auch die „Ergebenheit von Kardinal Lekai gegenüber dem Staat“ wurde offenbar zur Sprache gebracht.

Bei den Gesprächen mit den Bischöfen ist der päpstliche Emissär offenbar schon mal heftiger geworden – wie zwischen den Zeilen des Stasiberichtes zu lesen ist. Der Nuntius habe sich „sehr entschieden“ geäußert und erst durch den „diplomatischen Einfluss“ eines Begleiters, der ihn „zur Mäßigung anhielt“, den Tonfall geändert. Bei den Gesprächen mit Kardinal Lekai und den Unterredungen auf staatlicher Ebene habe er die Fragen subtiler aufgeworfen oder ganz umgangen.

Nach der politischen Wende in Ungarn erschienen erste dubiose Namenslisten in Umlauf. Von fünf Bischöfen war die Rede, die Kontakte zur Geheimpolizei gepflegt hätten. Auch erste „Enthüllungen“ und Berichte nach Sichtung der ungarischen Stasi-Akten förderten zutage, dass die Geheimdienste im Jahre 1977 „mindestens“ 421 Geistliche als „inoffizielle Mitarbeiter“ geführt haben soll. Auch die Mehrheit der ungarischen Delega-

⁷¹ MFS HA XX 16921 Abteilung X v. 21. 6. 1984.

tion beim Zweiten Vatikanischen Konzil habe der Staatssicherheit berichtet. Selbst höchste kirchliche Würdenträger, die beiden Nachfolger Mindszents, die Kardinäle Laszlo Lekai (1986 gestorben) und Laszlo Paskai gerieten an den Pranger. Paskai soll schon vor Berufung zum Kirchenprimas unter dem Decknamen „Lehrer“ von 1969 bis 1974 als „geheimer Beauftragter“ der Staatssicherheit Informationen zugetragen haben.⁷²

Original oder Interpretation Über den Umgang mit Geheimdienst-Unterlagen

Nach der Qualität des Quellenmaterials aus den Archiven der sozialistischen Staatssicherheitsorgane, Geheimpolizei und Nachrichtendienste, ist in den vorausgegangenen Beiträgen wiederholt gefragt worden, selbstverständlich im Zusammenhang auch mit der „Nutzanwendung“, also den Absichten, Plänen und konkreten, operative Maßnahmen sowie der Umsetzung nachrichtendienstlicher Einschätzungen in politische Entscheidungen der Partei- und Staatsführungen. Wie „zuverlässig“ und „überprüft“ waren die „Informationen“, die nicht nur durch direkte Aufklärung sondern über inoffizielle Kanäle (IM's) beschafft wurden. Wie glaubhaft war die informierende Quelle. Konnte ausgeschlossen werden, einer Desinformation aufzusitzen – jener Methode, die zum eigenen geheimdienstlichen Repertoire zählte? Standen „Aufwand und Nutzen inoffiziell beschaffter Informationen in einem nachvollziehbaren Verhältnis, bestimmten sie die Rolle des Nachrichtendienstes („weniger der Geheimpolizei“) in einer Diktatur, wie in einer Anfang Juli 2007 durch die „Birtherl-Behörde“ veröffentlichten Quellenkritik zu den „Rosenholz“-Dateien gefragt wird.⁷³

⁷² Vgl. Reinhold Vetter: Vom Spitzel zum Kardinal. In „Handelsblatt. global reporting“ (<http://blog.handelsblatt.de/warschau-vetter/eintrag.php?id=13>).

⁷³ Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik. Unter Mitarbeit von Sabine Fiebig, Günter Finck, Georg Herbstritt, Stephan Konopatzky. Hrsg.: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.

– Die sogenannten „Rosenholz“-Dateien: Bezeichnung für Kopien von Karteikarten und Datenbanken aus den Unterlagen des ehemaligen MfS. Die Aktenkartei enthielt die Klarnamen zu den Decknamen der von der HVA als Mitarbeiter geführten Personen. Die Originalbestände wurden vernichtet, wofür der damalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow „letztlich die Verantwortung“ trug. Die Kopien gingen in den Neunziger Jahren in die USA, vermutlich an die CIA und wurden bis 2003 „zum größeren Teil“ zurückgegeben.

Bei den jetzt dem BStU zur Verfügung stehenden Duplikaten handelt es sich also nicht um Akten und Bücher, sondern lediglich um Findhilfsmittel für den Zugang zu den verbliebenen Resten des Archivs des Auslandsnachrichtendienstes HV A (Hauptverwaltung Aufklärung). Diese Unterlagen sind in drei Kategorien eingeteilt worden und umfassen eine Personenkartei (Angaben zu Inoffiziellen Mitarbeitern IM wie auch zu Kontaktpersonen KP, es wurden auch mehrere Personen unter einer Kennziffer geführt); ferner eine Vorgangskartei und sowie einen Statistikbogen (mit Decknamen, Personendaten, Motiven für geheimdienstliche Tätigkeit und das Jahr der Anwerbung, insbesondere Personen aus der alten Bundesrepublik betreffend.)

– DK NO – Dienstkomplex Normannenstraße, interne Bezeichnung des Ministeriums für Staatssicherheit. Als zentraler Amtssitz des 1950 neu gegründeten MfS wurde das ehemalige Gebäude des Finanzamtes im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg benutzt. Es lag an der Ecke Normannenstraße / Magdale-

„Sicherlich wird der vornehmlich nachrichtendienstlich geführte Kalte Krieg ohne Berücksichtigung der westlichen Gegenseite unverstänlich bleiben“, bemerkt der Autor der besagten Studie. Auch „dieses Duell“ gelte es näher zu beleuchten. Hinzuzufügen wäre, dass diese Problematik sozusagen jedem geheimdienstlichen Dokument eigen ist, zumal, wenn sich die Informationen nicht allein auf technisch-organisatorische Fakten beziehen, sondern ihr Zweck ein ideologischer und die Mitteilung entsprechend unterfüttert ist. Selbst der Hinweis auf eine „zuverlässige“ und „geprüfte Quelle“ beantwortet nicht die Frage nach den Motiven und somit den Inhalten etwa auch des Informanten. Anmerkungen von Sachbearbeitern des MfS bei zweifelhaften „Informationen“ weisen auf diese Diskrepanz hin.

„Als Historiker möchte ich aber gern wissen, was Original und was Interpretation ist, um gegebenenfalls selbst abzuwägen oder Gegenüberlieferungen zu suchen“, schreibt ein namhafter deutscher Kirchenhistoriker dem Autor. Wer möchte dem Wissenschaftler nicht zustimmen. Doch der Kalte Krieg liegt noch keine zwanzig Jahre zurück, die Täter sind mitten unter uns. Man spricht von neuen Seilschaften, aber auch von neuen Gefahrensituationen. Da werden Gegenüberlieferungen zunehmend schwer zugänglich, wie Mitarbeiter verschiedener Institute zur Erforschung der Stasi-Vergangenheit in den ehemaligen sozialistischen Staaten auch bei Anfragen an die westliche Seite erfahren mussten. Monsieur X, nennen wir ihn so, wünscht „keinen Kommentar dazu abzugeben“, wurde der Autor bei einer Anfrage nach den Hintergründen des Attentats auf Johannes Paul II. beschieden.

Mit der jederzeit verfügbaren und dehnbaren Formel „Nationales Sicherheitsinteresse“ lässt sich vieles zur weiteren Verschluss-Sache erklären. Gegner von einst verbündeten sich als Alliierte. Befreundete Nationen, jetzt auch zwischen Ost und West, und nicht zuletzt die Dienste, sehen sich vor Indiskretionen geschützt. Und vom Vatikan, dem schließlich nachgesagt wird, ein Hort des Schweigens par excellence zu sein, dürfte in dieser Hinsicht kein Sterbenswort zu entlocken sein – es sei denn, der eine oder andere Sachkenner sähe sich zu einem Hintergrundgespräch veranlasst, selbstverständlich unter absolutem Quellenschutz. Eine für den wissenschaftlich arbeitenden Historiker eine schwer akzeptable Konzession.

Man müsste wohl auch fragen, ob sich nicht auch die sozialistischen Bruderorgane von Zeit zu Zeit untereinander duellierten. Es wurden zwar Informationen ausgetauscht, über den sowjetischen KGB als zentrale Schaltstelle, aber auch bilateral, in direktem Verkehr zwischen zwei Nachrichtendiensten. Was jedoch gaben die Genossen aus Warschau, Prag und Budapest weiter? Nur die reine Wahrheit? Was war gefärbt, „inspiriert“, mit „schwarzer Propaganda“ garniert, eigenen politischen Absichten folgend? Die Sonne der Freiheit und Brüderlichkeit hat nie von einem wolkenlosen sozialistischen Himmel gestrahlt, war vielmehr von schwersten Unwettern verdunkelt: siehe Berlin 1953, Ungarn 1956, Prag 1968, Warschau in den 70er und 80er Jahren. Blieben die „Bruderorgane“ davon unbeeinflusst und unbeeindruckt. Schwer vorstellbar.

nenstraße. Umliegende Straßenzüge sowie bisherige Wohnbereiche, die der Spitzhacke zum Opfer fielen, wurden in einen hermetisch abgesicherten Sperrbezirk einbezogen.

Nach den bisherigen Erfahrungen im Umgang mit den Schriftstücken aus diversen Geheimarchiven der Staatssicherheitsorgane, insbesondere des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, lassen sich einige gravierende Punkte zusammenfassen:

- Beträchtliche Mängel kennzeichnen nicht wenige Transkriptionen, die sich auf ihrer Wanderschaft durch die verschiedenen Sprachen angesammelt haben, etwa vom Italienischen ins Polnische und Ungarische und von dort ins Russische und schließlich ins Deutsche. Fehlerhafte Übersetzungen und Missverständnisse zeugen von mangelnder Kenntnis der Sachbearbeiter insbesondere bei kirchlichen Themen: terra incognita, für die es anfänglich, auffällig in den Fünfziger und Sechziger Jahren, wohl noch keinen Kompass im Lager der Tschekisten gab.
- Fragwürdige Klassifizierung der Informationen nach Inhalt und Format: Die betrifft zum Beispiel Berichte, wie etwa über ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Papst Paul VI. am 13. Juli 1970, sowie über Begegnungen mit anderen ranghohen westlichen Staatsmännern. Bei den Mitschriften solcher „Privatgespräche“, als „Stenogramme“ bezeichnet, sollte er Eindruck erweckt werden, als handele es sich um Wortprotokolle. Jedoch allein die Form der Verschriftung, Wortwahl, lässt an der Originalität der Aussagen erheblich zweifeln, auch wenn man Übersetzungsprobleme berücksichtigt. Kommt hinzu, dass von vatikanischer Seite über Audienzen grundsätzlich nur Zusammenfassungen angefertigt wurden, so genannte „verbale“. Wer daraus Dialoge fabrizierte, musste ein Künstler bei der Zusammenstellung von Aufgeschnaptem, Zeitungsausschnitten und anderen Informationsquellen gewesen sein. Unseriös, kein Stoff, mit dem wissenschaftliche ausgeübte Zeitgeschichte arbeiten kann.
- Welche Gegenüberlieferungen seitens des Vatikans wann und welcher Zeit zur Verfügung stehen, bleibt zunächst der Hoffnung überlassen. Auch die „Offenheit“ weltlicher Behörden, insbesondere der Dienste, hält sich in Grenzen, ob in Ost oder West. „Sensible“ Bereiche, wohl auch kompromittierendes Material zu Personen und Vorgängen im Ausland, das die neuen freundschaftlichen Beziehungen stören könnte, soll tabuisiert bleiben, war in Prag zu hören. Briefe nach Washington und Paris blieben schlichtweg unbeantwortet, klagte ein Mitarbeiter der tschechischen Untersuchungsbehörde UDV gegenüber dem Autor. Der wissenschaftlichen Forschung sind die Flügel gestutzt, obgleich etwa die deutsche Behörde BStU inzwischen mit umfangreichen Dokumentationen, thematisch spezifiziert und breit gefächert, aufwarten kann.⁷⁴ Aber auch die Berliner Forscher müssen mit der „Politik der Reißwölfe“ leben, (vgl. „Rosenholz“).
- So hatte die HVA „mit der systematischen Vernichtung von zunächst ausgewählten Akten“ im November 1989 begonnen. Hundert Lastwagen sollen in dieser Zeit, (demnach also tonnenweise), geheime Dokumente aus dem „DK NO“ (MfS-interne Bezeichnung für „Dienstkomplex Normannenstraße“) zu einer Papiermühle transportiert haben. Der Rest wurde, bevor „das Volk“ die Archive stürmte, nach Stroga-

⁷⁴ Achter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 2007. In der Reihe: BStU informiert. Berlin. 3. Juli 2007.

now-Art in Papierschnitzel zerhackt und in Säcke verschnürt. Für den Ofen reichte die Zeit wohl nicht mehr aus. Keine großen Funde erwartet ein Mitarbeiter der Prager UDV auch in den Archiven der Geheimpolizei und der Nachrichtendienste, falls die Panzerschränke freigegeben werden sollten. „Säuberungskommandos“ dürften inzwischen am Werk gewesen sein.

- Die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu der Frage „über wen was an wen“ herausgegeben werden darf, ob nur an die wissenschaftliche Forschung oder auch an die „Medien“, diese Diskussion hat auch die anderen ehemaligen Ostblock-Länder erreicht. So berichtet die „Birthler-Behörde“ über einen Besuch von Abgeordneten der ungarischen Nationalversammlung bei der Behördenleitung der BStU. Im Verlauf der Begegnung am 25. Januar 2006 sei deutlich geworden, „wie kontrovers die Aufarbeitungsdebatte in Ungarn geführt wird. Die deutschen Vorstellungen zur Überprüfung des öffentlichen Dienstes bewerteten die Besucher sehr unterschiedlich“.⁷⁵

Aus den bis heute vorliegenden Materialien, insbesondere aus den Beständen des ehemaligen MfS läßt sich ein Bild mit durchaus scharfen Konturen von der Staatsmacht im real existierenden Sozialismus nachzeichnen. Dennoch: das persönliche Zeugnis, derjenigen, die unter der Verfolgung eines Unterdrückungsapparates gelitten haben, bleibt unverzichtbar. Es ersetzt nicht die Aktenkunde, aber ergänzt sie notwendigerweise, selbst unter Berücksichtigung von Erinnerungslücken. „Oral history“ – die Erzählung aus den Kerkern der Stasi, über den Spitzel, „der überall dabei war“, über den mysteriösen Tod eines „über Nacht“ verschwundenen Menschen, diese Berichte erlauben – anders als ein amtliches Schriftstück – einen ahnenden Blick in die „inneren Abgründe“ des Menschen, um mit Sigmund Freud zu sprechen. Lassen fragen, was „organisch gesunde“ Menschen befähigte, ob ideologisch vergiftet oder nicht, Hass gegen alle anderen und alles andere zu empfinden und mit Gewalt zu entladen.

Wenn Hans Modrow, ehemaliger DDR-Ministerpräsident, aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Mai 1995 zitiert: „Die Angehörigen der Geheimdienste der DDR hatten – wie die Geheimdienste aller Staaten der Welt – eine nach dem Recht ihres Staates erlaubte und von ihm sogar verlangte Tätigkeit ausgeübt“⁷⁶, dann ist damit noch nichts ausgesagt über die Methoden, die in Ausübung dieser „sogar verlangten Tätigkeit“ angewandt wurden. Ob auch „Kapitalverbrechen“ begangen wurden, was Modrow für die DDR verneint, ob dies beim Kampf der Sicherheitsorgane anderer sozialistischer Staaten gegen Religion und Kirche ausgeschlossen werden kann, diese Frage steht auf einem anderen Blatt. Ein Ordenspriester aus dem Osten, der in Rom Zuflucht fand, schrieb dem Autor einen bewegenden Brief, endend mit dem Versprechen: „Die Wahrheit will ich nicht verschweigen“. Diesem Votum fühlt sich diese Artikel-Serie verpflichtet.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Vgl. „Warnung vor Datenmißbrauch. Die Rosenholz-Kartei: Brief von Hans Modrow an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. 8. August 2003. Hans Modrow, MdEP und Ministerpräsident a.D. Quelle: <http://archiv2007.sozialisten.de>).

Kirche im Reich der Roten Mandarine

„In offiziellen Kreisen des Vatikans wertet man den Umstand als einen bedeutenden Fortschritt, dass die Chinesen in letzter Zeit beginnen, die Möglichkeit der Existenz einer religiösen Ideologie auch unter sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen anzuerkennen“. Mit dieser etwas sprachlich kompliziert gedrechselten „Information“ – eher wohl ein Problem der Übersetzung aus dem Russischen – überraschte der ungarische Geheimdienst die „Bruderorgane“ im August 1979. Die Genossen in Budapest zeigten sich einmal mehr „über alles“ was die vatikanische Diplomatie bewegte im Bilde, ob in Europa oder im Fernen Osten.⁷⁷ Sollte der Heilige Stuhl seinerseits diese „frohe Botschaft“ aus dem Reich der Roten Mandarine zum Anlass genommen haben, neue Schritte zu wagen, in der Hoffnung auf Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die 1951 von Mao Zedong über Nacht abgebrochen worden waren.

Die Volksrepublik China hatte soeben ihre schwerste innenpolitische Krise, die Große Proletarische Kulturrevolution überwunden. Im September 1976 (am 9.9.) war Mao gestorben, Hua Guofeng hatte den Parteivorsitz übernommen. Die faktische Macht aber übernahm sein Rivale Deng Xiaoping, der den Terror der Roten Garden, Umerziehungslager und parteiinterne Säuberungsaktionen überlebte. Mit Deng setzte eine Phase der Öffnung nach außen (allerdings nicht nach innen) ein. Auch im Vatikan wagte man zu hoffen.⁷⁸

Dreißig Jahre später: Anfang Juni 2007 sorgt Papst Benedikt XVI., im dritten Jahre seines Pontifikats, wieder einmal für Schlagzeilen. Er hat einen „Brief an die Bischöfe, die Priester, die Personen des gottgeweihten Lebens und an die gläubigen Laien der katholischen Kirche in der Volksrepublik China“ geschrieben⁷⁹, datiert auf Pfingstsonntag, dem Fest des Heiligen Geistes, dem Geburtstag der Weltkirche.

Die Post aus dem Vatikan, datiert auf den 27. Mai 2007 und Ende Juni/Anfang Juli auch weltweit veröffentlicht traf, von Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone Anfang

⁷⁷ MfS HA XX 12373, Abteilung X, Tgb. Nr. 4575 v. 22.8.1979.

⁷⁸ Die Große Proletarische Kulturrevolution, vom „Großen Führer“ Mao in Gang gesetzt, um seine Position zu festigen. Das Wüten der Roten Garden forderte in den Jahren ab 1965 ungezählte Menschenleben; den Säuberungsaktionen fielen hochrangige politische Gegner und militärische Führer und im Gegenzug der realpolitischen Kräfte die Maoisten selbst zum Opfer.

Der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vom 1. April 1969 beendete zwar diese politische Kampagne, nicht aber die internen Machtkämpfe zwischen maoistischen Ideologen und den militärischen Spitzen. Diese Auseinandersetzungen prägten bis Mitte der 70er Jahre die Führungskrise in Peking. Erst unter Deng Xiaoping (Ministerpräsident von 1976-1997) setzte eine Periode der Reformen ein. Deng, der sich mit den Vizeposten in Partei, Staatsrat und Verteidigungsrat begnügte, übte faktisch die Macht aus. Der Prozess der Modernisierung bezog sich wesentlich auf den wirtschaftlichen Sektor bezog und schloss politische Freiheiten aus: Öffnung nach außen, aber nicht nach innen. Auf Deng geht das „Blutbad auf dem Tiananmen-Platz („Platz des Himmlischen Friedens“) in der Nacht des 5. Juni 1989 zurück, als Panzereinheiten die Studentenproteste niederwalzten.

⁷⁹ „Brief des Heiligen Vaters Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, die Priester, die Personen des Gottgeweihten Lebens und an die Gläubigen Laien der Katholischen Kirche in der Volksrepublik China. 27. Mai 2007, Pfingstsonntag, im dritten Jahr meines Pontifikats“ / s.a. „Erläuternde Anmerkung“ (des Heiligen Stuhls) zum „Brief von Papst Benedikts XVI. an die chinesischen Katholiken, 27. Mai 2007, veröffentlicht am 30. Juni 2007.

Abteilung I

Berlin, den 22.8.1979
X/ 4575

1979
/79

Übersetzung aus dem Russischen

STRENG GEHEIM!

BS:U

000290

Information der Sicherheitsorgane der UVR
Über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und China

In offiziellen Kreisen des Vatikans wertet man den Umstand als einen bedeutenden Fortschritt, daß die Chinesen in letzter Zeit beginnen, die Möglichkeit der Existenz einer religiösen Ideologie auch unter sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen anzuerkennen. Das Staatssekretariat des Vatikans teilte der Botschaft der VR China in Rom mit, daß es die Äußerungen offizieller chinesischer Organe positiv einschätzt, in denen eine Verringerung der Glaubensbeschränkungen vorgesehen ist und die Hoffnung hinsichtlich der weiteren Glaubensentwicklung zum Ausdruck gebracht wird. Gleichzeitig wird der Vatikan auch künftig bestrebt sein, alle offiziellen und inoffiziellen Möglichkeiten, einschließlich illegaler Kanäle, auszunutzen, um die Verbindungen zur Pflanzung der chinesischen katholischen Kirche zu pflegen. Er hat auch die Absicht, der Gestaltung der chinesischen Politik und vor allem dem Studium der Umstände, die mit dem Leben der Kirche zusammenhängen, noch größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Zentrale der diesbezüglichen Tätigkeit des Vatikans ist die von dem Jesuiten und gebürtigen Ungarn László Ladani geleitete Beobachtungsstation in Hongkong, deren Tätigkeit dadurch erschwert wird, daß sie sich im wesentlichen auf die Auswertung der Sendungen der verschiedenen chinesischen Rundfunksender beschränken muß, da sie nach der Kulturrevolution die innere Presse nicht mehr erhalten kann. Nach Einschätzung der China-Forschungsgruppe der päpstlichen Universität "Urbaniana" wird erwartet, daß eine Entwicklung in den chinesisch-vatikanischen Beziehungen eintreten wird, allerdings nicht sofort. Somit sieht man im Vatikan, im Unterschied zu den Voraussagen in der Presse, für die nächste Zeit nicht die Möglichkeit der Rückkehr des Jesuitenordens nach China. Der Orden ist jedoch vorbereitet, seine Leute sind zur Erfüllung von Aufträgen bereit, und im Falle der Genehmigung Pekings werden sie unverzüglich in das Land zurückkehren.

Die gegenwärtige chinesische Führung mißt vor allem der Erweiterung der auswärtigen Beziehungen und der Stärkung des internationalen Ansehens Bedeutung bei. Im Außenministerium Chinas wurde ein spezielles Büro für die Überprüfung und die Untersuchung der Beziehungen mit dem Konsistorium geschaffen. Dieses Büro befaßt sich auch mit dem Studium der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und den sozialistischen Staaten unter dem Gesichtspunkt der Formulierung möglicher Formen und Methoden.

2

Kopie einer „Information“ der Sicherheitsorgane der Ungarischen Volksrepublik vom 22.8.1979 über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik China. Quelle: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Juni angekündigt, nicht ganz unerwartet ein. Dem Papstbrief wurde, vom Presseamt des Heiligen Stuhls verbreitete, ungezeichnete „Erläuternde Anmerkung“ beigefügt. „Bei der sorgfältigen Analyse der Lage der Kirche in China“ sei sich Papst Benedikt der Tatsache bewusst, „daß die katholische Gemeinschaft in ihrem Inneren an einer von starken Gegensätzen gekennzeichneten Situation, von der Gläubige wie Hirten betroffen sind, leidet.“

Für Beobachter der „neuen vatikanischen Außenpolitik“ unter dem Siegel eines neuen Pontifikats schien diese Initiative seitens des Papstes nur konsequent. So hatte er schon einen Monat nach seiner Amtsübernahme im Rahmen seiner Ansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte diplomatische Korps eine Offerte an jene Nationen gerichtet, mit denen der Heilige Stuhl noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält.⁸⁰ Dazu zählt die Volksrepublik China. Der Heilige Stuhl ist das einzige europäische „Völkerrechtssubjekt“, das in dieser Hinsicht von den Kommunisten in Peking bis heute geschnitten wird.

Zwar gilt der Brief des Papstes in erster Linie den Gläubigen der römisch-katholischen Kirche, aber es wäre naiv zu glauben, dieser und jener Abschnitt des Schreibens sei nicht auch für Leser in der Zentrale der Kommunistischen Partei Chinas bestimmt, respektive den „zivilen Autoritäten“ des Staates. Der Text, voller Empathie für die Christen, sachlich im Ton, wo die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angesprochen werden, „hat es in sich.“ Benedikt nimmt sich nicht zurück, wo er auf den Punkt kommt.

Kurz gefasst: Der Papst stellte klar, wer auch über „die kleine Herde“ der geschätzten 13 Millionen römischen Katholiken (andere Zählungen sprechen von zig-Millionen mehr; die Regierung lässt nur vier Millionen Katholiken der von ihr kontrollierten Patriotischen Vereinigung gelten) im „Reich der Mitte“ das Sagen hat⁸¹ – nicht der Staatsprä-

⁸⁰ Vgl. die Ansprache von Papst Benedikt XVI. an das Diplomatische Korps am 12. Mai 2005.

⁸¹ In seinem Brief an die Katholiken Chinas bezeichnet Papst Benedikt die „Frage der Bischofsemennungen“ als eines der „heikelsten Probleme in den Beziehungen des Heiligen Stuhls mit den Autoritäten“ der Volksrepublik. Zwar räumt er den „Regierungsautoritäten“ ein gewisses Interesse an dieser Frage ein, „weil das Bischofsamt auch im zivilen Bereich gesellschaftliche Auswirkungen“ besitze. Aber über die Auswahl und Weihe der Kandidaten entscheidet allein der Papst, denn es berühre „die Gewährleistung der Einheit der Kirche und der hierarchischen Gemeinschaft.“ Der Papst verweist auf Canon 1382 des Kirchenrechts, der schwere Strafen festlege, „sowohl für den Bischof, der freiwillig die Bischofsweihe ohne apostolischen Auftrag spendet, als auch für den Empfänger.“ Eine solche Weihe stelle „in der Tat eine schmerzhaft Wunde in der kirchlichen Gemeinschaft“ dar und sei „eine schwere Verletzung der kanonischen Ordnung.“ Deshalb die eindeutige Botschaft an Peking: „Der Heilige Stuhl möchte bei der Ernennung der Bischöfe ganz frei sein.“ (Ähnlich entschieden hatte schon Papst Pius XII. auf illegale Weihen im Jahre 1958 reagiert.)

Papst Benedikt geht zuvor auf die bekannte Problematik seit Beginn der kommunistischen Kontrolle über die chinesischen Katholiken ein. Die Bischöfe stießen aus verschiedenen Gründen auf Schwierigkeiten, „da im Namen verschiedener staatlicher Organe nicht „geweihte“ – zuweilen nicht getaufte – Personen Entscheidungen in wichtigen kirchlichen Fragen kontrollieren und treffen, einschließlich der Ernennung von Bischöfen. Dies habe eine „Abwertung des Petrus- und Bischofsamtes“ zur Folge, „weil nach Sicht der Kirche der Papst, die Bischöfe und die Priester Gefahr laufen, de facto Personen ohne Amt und ohne Amtsgewalt werden.“ Daraus ergibt sich, dass Rom keine Kompromisse in dieser Hinsicht eingehen und nur Bischöfe akzeptieren kann, „die die Bischofsweihe in Übereinstimmung mit der katholischen Tradition empfangen haben, das heißt, in Gemeinschaft mit dem Bischof von Rom, dem Nachfolger Petri, und durch gültig und rechtmäßig geweihte Bischöfe unter Beachtung des Ritus

sident oder der Parteichef der kommunistischen Volksrepublik China, nicht das Amt für religiöse Angelegenheiten und auch nicht der Vorsitzende der von der Partei kontrollierten Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung CCPA (einer Art staatlicher Ersatzkirche), sondern allein der Nachfolger des Apostels Petrus auf dem bischöflichen Stuhl zu Rom.⁸²

der katholischen Kirche.“

Auf klaren Verhältnissen besteht Benedikt auch in der Frage des „Kollegiums der katholischen Bischöfe Chinas“. Es könne in seiner gegenwärtigen Form vom Apostolischen Stuhl nicht als Bischofskonferenz anerkannt werden. Denn die „Untergrundbischofe“ (der Brief verwendet diesen Begriff), das heißt, „die von der Regierung nicht anerkannten Bischöfe, die in Gemeinschaft mit dem Papst stehen“, gehörten im nicht an, so der Papst, schließe andererseits aber Bischöfe ein, „die weiterhin unrechtmäßig sind“. Außerdem richte sich dieses Gremium nach Statuten, „die Elemente enthalten, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind.“

Liest man den Brief an die Katholiken Chinas in seiner grundsätzlichen Bedeutung und im Kontext zu den Ende Juni/Anfang Juli veröffentlichten Dokumenten des Heiligen Stuhls, dann zeichnet sich noch deutlicher die Konturen der Kirche ab, die der deutsche Papst in die Zukunft führen will. (vgl. auch: Das Dokument der Kongregation für die Glaubenslehre „Zu einigen Aspekten bezüglich der Lehre über die Kirche“, von Papst Benedikt XVI. am 29.6. 2007 promulgiert sowie sein Apostolisches Schreiben (Motu proprio) „Summorum Pontificum“ vom 7. Juli 2007 „über den Gebrauch der römischen Liturgie aus der Zeit vor der Reform von 1970“.

⁸² Die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung CCPA (mit unterschiedlichen Schreibweisen) wurde 1957 von den Maoisten erzwungen, um die katholische Kirche dem Einfluss der Papstkirche zu entziehen, jeglichen Kontakt zum Vatikan zu unterbinden. Gottesdienste sind erlaubt, stehen aber unter staatlicher Kontrolle. Angeblich neigt die Mehrheit der „Patrioten“ inzwischen dazu, den Papst als geistliches Oberhaupt anzuerkennen. Sie ernennen und weihen aber ihre Bischöfe nach Weisung der Regierung und betrachten dies als eine innerchinesische Angelegenheit.

Vizevorsitzender (auch als Generalsekretär bezeichnet) ist der Regierungsbeamte Anthony Liu Bainian, der sich wiederholt scharf gegenüber der römischen Kirche abgegrenzt und diverse unrechtmäßige Bischofsweihen durchgesetzt hat, mit der Begründung, die „Ortskirche“ habe darauf einen legalen Anspruch. Doch weder die „Organisation“ und die von ihr getragene „offizielle Kirche“, noch deren „Bischofskonferenz“ werden vom Vatikan anerkannt. Beiden Institutionen wird jegliche Legitimation abgesprochen, im Namen des Papstes und der Kurie zu handeln. Doch tragen gewisse „Usancen“ den realpolitischen Gegebenheiten Rechnung. Das heißt gewisse Entscheidungen wurden „stillschweigend“ akzeptiert, bis nun der Papstbrief klare Linien gezogen hat.

Nach 2000 setzte eine „Ruhepause“ ein, bis dann erneut Störfeuer auf den Vatikan gerichtet wurde. Chinesische Bischöfe, auch „regierungsamtliche“ erhielten keine Reisegenehmigung, um an der Welt-Bischofssynode im Oktober 2005 in Rom teilzunehmen. Auch hielt die Patriotische Vereinigung an ihrer Praxis fest, Bischöfe ohne Abstimmung mit dem Papst zu ernennen.

Im Jahre 2006 kam es zu neuerlichen Provokationen des Vatikans durch die Ernennung und Weihe von einer Reihe von Bischöfen in verschiedenen Provinzen der Volksrepublik, mit denen die Patriotische Vereinigung in Übereinstimmung mit der Regierung sukzessive die Hierarchie einer „offiziellen“ Kirche, man könnte auch sagen: vom Staat kontrollierten Nationalkirche – zu komplettieren sucht. „Überalterte“ Bischöfe, unter ihnen Neunzigjährige, werden abgelöst, bisher vakante Stühle mit jüngeren Geistlichen besetzt. Wer mit „apostolischem Mandat“ oder ohne sein Amt übernahm, darüber gehen westliche Pressemeldungen auseinander, mit unübersichtlichen und eher Verwirrung als Klarheit stiftenden Ungenauigkeit, je nach dem, wer gerade zitiert wird: ein Regierungsvertreter, ein Mitglied der einen oder anderen katholischen Gruppierung oder der Vatikan.

Wie schwierig die Verhältnisse einzuschätzen sind, zeigt die Weihe von Giuseppe Xing Wenzhu zum Weihbischof in Shanghai am 28. Juni 2005. Angeblich noch von Papst Johannes Paul II. ernannt, nach den Vorgaben der Regierung von Priestern, Ordensfrauen und Laien „gewählt“ (eine Horror-Vorstellung im Vatikan, die an ähnliche Forderungen von Befreiungstheologen erinnert. Der greise Jin Luxian weihte selbst seinen künftigen Nachfolger, angeblich zunächst ohne römisches Placet. Xing Wenzhu ist übrigens der erste Bischof unter dem Pontifikat von Benedikt XVI.. Der Weihekandidat habe in Rom um die päpstliche Approbation ersucht und erhalten, ebenso liege die nachträgliche „Ge-

Eindeutig in der Sache, verbindlich im Ton – so etwa kann der Sendbrief charakterisiert werden, kein „Apostolischer Brief“ der formalen Art, sondern ein persönliches Schreiben. Hoffte man in der Kurie, die Staatsautoritäten nicht zu provozieren, ein „katholisches Lächeln“ dem asiatischen entgegengebracht? Gleichwohl konnten die politisch Mächtigen den Inhalt der Botschaft nicht missverstehen: Keine Anerkennung von nach katholischem Kirchenrecht illegal geweihten, von der chinesischen Regierung bestimmten Bischöfen, sondern Einhaltung der „allgemeinen kanonischen Normen“. Wenn es Nachfragen gibt: Bitte schön, wozu gibt es Internet und Mobiltelefone, wenn andere Kommunikationswege verschlossen sind.

Die bisherigen Kompromisse bei Bischofsweihen sollen künftig ebenso wenig künftig gelten, wie das Regime aufgefördert wird, „romtreue“ Katholiken nicht zu geheimen Priester- und Bischofs-Weihen zu nötigen. Eine Unterscheidung zwischen einer dem Papst ergebenen, mit anderen Worten: „regimekritischen“ Gemeinschaft im „Untergrund“ und der vom Staat anerkannten regimetreuen „offiziellen“ Kirche wurde schon seit langem von der vatikanischen Diplomatie vermieden. Von schismatischen Verhältnissen zu sprechen wären den Bemühungen Roms, die kirchliche Einheit in China und somit auch im Blick auf die Weltkirche unter allen Umständen zu wahren, eher zuwidergelaufen als sie zu fördern. Zumal Anzeichen für einen Wandel zum Positiven zu erkennen sind. Die „überwiegende Mehrheit“ der „vom Staat anerkannten“ Bischöfe haben sich nach Aussage von Kardinal Joseph Zen-Kiu, dem Bischof von Hong Kong, „insgeheim“ mit dem Papst ausgesöhnt. Die römische Kurie ihrerseits reagiert in gewisser Weise konziliant, in dem sie die „patriotischen Bischöfe“, deren Weihe zumindest gültig ist, wenn auch nicht erlaubt, zu den Oberhirten der Gesamtkirche gezählt werden. Und das „heiße Eisen“ Taiwan? Die Nuntiatur bleibt „herabgestuft“. Aus dem Staatssekretariat wurde in jüngerer Zeit wiederholt zu verstehen gegeben, dass eine Verlegung nach Peking zu gegebener Zeit möglich sein könnte.

Papst Benedikt gibt in seinem Brief zu erkennen, dass es ihm an einem Ausgleich zwischen der so genannten Untergrundkirche und der staatlich kontrollierten „patriotischen“ und „amtlichen“ Kirche kommt, das heißt, dass tatsächlich verfolgte Christen endlich aus ihrem Katakomben-Dasein befreit werden und die anderen, die in einer gewissen Resistenz gegenüber dem atheistischen Staat wie auch gegenüber einer zu „diplomatischen“ Haltung des Vatikans verharren, diese Rolle aufgeben. Der Papst sucht, wie seine Vorgänger, den Dialog mit den staatlichen Autoritäten neu zu beleben mit dem Ziel, „die ersehnte Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung der Volksrepublik China herbeizuführen.“

Die Antwort der chinesischen Regierung fiel „dialektisch“ aus: Wohlwollende Anerkennung der Offerte des Papstes, die üblichen diplomatische Floskeln des Sprechers des

nehmung“ für die Weihe seitens der Regierung, wird gesagt. (vgl. 30Tage, Ausgabe Juli/August 2005). Manche Kritiker sprechen von Verhältnissen wie im „Wilden Westen“. Das ändert wohl auch nichts daran, dass die „patriotischen“ Schismatiker, bei denen alle Voraussetzungen fehlen, automatisch die ganze Schärfe der Kirchenstrafe trifft, d.h. die nach dem Codex fällige Exkommunikation „*latae sententiae*“, auch ohne förmliches Verfahren. Insbesondere der Bischof von Hong Kong, Kardinal Joseph Zen Ze-kiu beklagte scharf die Vorgänge in der Volksrepublik.

Außenministeriums: China sei bereit, den „offenen und konstruktiven Dialog“ fortzusetzen – aber dann wird doch der bekannte Preis genannt: Aufgabe der diplomatischen Beziehungen des Heiligen Stuhls zu Taiwan, keine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“, „auch nicht im Namen der Religion“. Kein „Partei-Chinesisch“, sondern Klartext: die Kraftprobe geht weiter. Und zum Beweis dessen, wurde sogleich angeordnet (und natürlich befolgt), den auf katholischen Webseiten verbreiteten Papstbrief sofort wieder aus dem Netz zu nehmen.

Der zweite Affront ließ ebenfalls nicht lange auf sich warten. Mitte Juli meldete der in Rom herausgegebene Pressedienst „Asianews“, dass die Patriotische Vereinigung den 43 Jahre alten Joseph Li Shan zum künftigen Bischof von Peking „gewählt“ habe. Dies sei „mit Zustimmung der chinesischen Religionsbehörden“ erfolgt aber „ohne Einwilligung des Vatikans“, der die Patriotische Vereinigung nicht anerkennt, dem Gremium insofern auch kein Wahlrecht zugesteht, wie etwa manchen Domkapiteln. Am 20. April 2007 war der bisherige „Amtsinhaber“, Michael Fu Tieshan (Jg. 1931), gestorben. Fu hielt auch die Leitungsgämter der „offiziellen Kirche“, als Präsident der Patriotischen Vereinigung und der von Rom nicht anerkannten Bischofskonferenz. Er war 1949, nach der kommunistischen Machtergreifung, als erster Geistlicher 1949 ohne päpstliche Zustimmung zum Bischof geweiht worden. Mit der „Wahl“ von Li Shan hat die Regierung nun seinen Nachfolger bestimmt. Bei der Besetzung dieses auch für die politische Führung prestigeträchtigen Amtes wird dem Papst wohl keine Wahl bleiben. Erste Meldungen deuten auf ein Einlenken hin: Li Shan, in Peking geboren, gelte als beliebter Seelsorger. Angeblich habe auch der Vatikan bislang keine Einwände gegen ihn persönlich erhoben. Der nächste Schritt wird die Weihe des neuen Bischofs von Peking sein. Es wird sich zeigen, ob auch im nächsten Päpstlichen Jahrbuch (*Annuario Pontificio*), für das Erzbistum Peking/Beijing weiterhin der Name eines Ortsordinarius fehlt.

Anders in Shanghai, wo offenbar entsprechende Kompromissbereitschaft bei der Wahl und Weihe des Weihbischofs Giuseppe Xing Wenzhu seitens des Vatikans gezeigt wurde. Das Bild ging um die Welt, als Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Ende ihres China-Besuches im Mai 2006 den greisen Bischof von Schanghai, Aloysius Jin Luxian aufsuchte und sich von dem 91 Jahre alten Oberhirten die Ignatius-Kathedrale zeigen ließ. Seit Matteo Riccis Zeiten im 17. Jahrhundert ist Schanghai der „Weinberg“ der Jesuiten. Auch Bischof Aloysius gehört der Gesellschaft Jesu an. 1985 von der Patriotischen Vereinigung zum Oberhirten bestimmt, ist er jedoch auch Opfer des Regimes. Siebenundzwanzig Jahre, von 1955 bis 1982, hat er wegen „Volksverhetzung im Auftrag des Vatikans“ in Gefängnissen, „Umerziehungs“-Arbeitslagern und im Hausarrest, verbracht. „Die Chinesen glaubten, dass ich ein Spion des Papstes Pius XII. war“.⁸³ Dieses Martyrium mag Rom doch wohl bewogen haben, ihn – obwohl ohne päpstliches Mandat im Amt – in „implicite“ (stillschweigend) anzuerkennen, wie er es gegenüber einer westlichen Korrespondentin ausdrückte.⁸⁴

⁸³ Vgl. Spiegel online v. 23.5.2006.

⁸⁴ Vgl. „30Tage“, Juli/August 2005.

Nicht vergessen soll in diesem Zusammenhang das Schicksal des letzten „rechtmäßigen“ Bischofs von Shanghai, Ignatius Kung Pin-Mai, die Lebensgeschichte eines Verfolgten nach der ganzen Brutalität der frühen kommunistischen Jahre Chinas: 1950 übernahm Kung das Bistum, 1955 Verhaftung und Hausarrest, 1960 Verurteilung zu lebenslanger Haft, 1985 Entlassung und erneut Hausarrest, 1988 Ausreisegenehmigung in die USA, im amerikanischen Exil, im Jahre 2000, 98 Jahre alt, gestorben. Bereits 1979 hatte ihn Paul VI. „in pectore“ zum Kardinal ernannt; die öffentliche Proklamation erfolgte 1991. Auch bei Shanghai verzichtet das „Annuario“ – ein diskreter Hinweisgeber auf kirchenpolitische Verhältnisse und vatikanische Diplomatie – auf die Nennung von Namen.

Der „patriotische“ Bischof Jin ist um Ausgleich zwischen dem Heiligen Stuhl und Peking bemüht, er kooperiere nicht mit der politischen Führung, sondern „dialogisiere.“ Die politische Führung lässt ihn wohl gewähren. Westliche Journalisten entdeckten ein Bild von Papst Benedikt in der Xujiahui-(früher St. Ignatius)-Kathedrale und dessen Konterfei auf einem Geschenkteller zum 20jährigen Bischofsjubiläum.

Man musste also nicht erst auf eine Spätwirkung warten, die der Vorstoß Benedikts auf einem der schwierigsten Schauplätze vatikanischer Seelsorge-Diplomatie nach sich zieht. Allerdings spielen nicht durch die Hauptstadt-Bedingungen eine Rolle, sondern auch örtlichen Faktoren. In Hongkong, 1997 als Kronkolonie aus britischer Obhut entlassen und als Sonderverwaltungsregion der Volksrepublik angeschlossen, stellt sich Kardinal Joseph Zen Ze-kun immer mehr als starker Mann dar.

Der römisch-katholische Oberhirte, in Schanghai geboren, gehört dem Orden der Salesianer Don Boscos an. Er leitet seit 2002 das Bistum am Pearl River. Im Konsistorium am 23. März 2006 wurde er von Papst Benedikt zum Kardinal ernannt. Er ist wiederholt als Regimekritiker hervorgetreten und gilt als Verfechter der bürgerlichen Rechte und eines demokratischen Regierungssystem. Im Frühjahr 2007 hatte er der chinesischen Regierung vorgeworfen, sie darauf aus, die Kirche zu zerstören. Wie er die offene Auseinandersetzung mit den politisch Mächtigen in Peking nicht scheut, so mit seinem Gegenspieler, dem Vizevorsitzenden der katholischen „Patrioten“, Anthony Liu Bainan, den die Medien gelegentlich als „Chinas Papst“ bezeichnen. Anthony und Joseph haben eine kurze Zeit gemeinsam im Priesterseminar in Peking verbracht, bis sich ihre Wege trennten, so weit voneinander abweichend.

Jahr der Abschottung und Spaltung

Wie kein anderer kommunistischer Staat, von Nordkorea einmal abgesehen hat sich bisher die Volksrepublik China der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl widersetzt. Nach der Machtübernahme der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung Mao Zedongs am 1. Oktober 1949 begannen Jahrzehnte schlimmster Verfolgung. Im September 1951 hatten die Maoisten den Apostolischen Nuntius Antonio Riberi zur unerwünschten Person erklärt und ausgewiesen. Der päpstliche Gesandte, der bis dahin in Nanking residierte, wich nach Taiwan aus, in die Repu-

blik der Erzfeinde „Rotchinas“. Ende der fünfziger Jahre führten die Kommunisten eigene, von einem Amt für religiöse Angelegenheiten, praktisch also von der Partei kontrollierte religiöse Organisationen an stelle der bisherigen Kirchen und Religionsgemeinschaften ein, darunter die Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken. 1958 wurden die ersten beiden von kommunistischer Seite benannten Bischöfe geweiht. Ob sakramental gültig, ist eine offene Frage; aber ohne päpstlichen Auftrag, das heißt unrechtmäßig nach den für die römisch-katholische Kirche allein verbindlichen eigenen Gesetzen.⁸⁵

„Romtreue“ Christen konnten sich nur unter geheimen Bedingungen zum Gebet versammeln, und wurden doch immer wieder verraten. Im Westen sprach man, in Erinnerung an die Jagd auf Christen im alten Rom, von der Kirche der Katakomben. Auch später gewährte Konzessionen milderten zwar die äußeren Umstände, aber änderten nichts am Ziel der Partei. Wollte das Christentum nicht aussterben, von dem die Fundamental-Ideologen zunächst noch ausgingen, so sollte es doch unter Kontrolle der Staatsmacht gestellt werden. Dem Regime ergebenen Christen, katholischen wie protestantischen, wurde erlaubt, sich in so genannten Patriotischen Vereinigungen zu organisieren. (Ähnlich wurde mit Buddhisten und Moslems verfahren.)

Fast zeitgleich mit dem China-Brief des Papstes hat ein anderes geistliches Oberhaupt die Missachtung von Menschenrechten und mangelnde Religionsfreiheit für sein Volk beklagt: der Dalai Lama. Bei seiner Ankunft in Hamburg am 19. Juli 2007 sprach er erneut in die Mikrophone der Weltpresse von der bedrückenden Lage in Tibet, das 1950 von China okkupiert wurde. 1959, nach einem gescheiterten Volksaufstand flieht der ranghöchste politische und religiöse Führer Tibets nach Indien und bildet dort eine Exilregierung nach demokratischem Muster. (Tibet von den vorrevolutionären Verhältnissen des Herrschaftssystem der Mönche „befreit“ zu haben, wird gelegentlich selbst

⁸⁵ Wie bereits erwähnt, war schon Papst Pius XII. gegenüber den Bischöfen, die sich an der Gründung der staatlich verordneten katholischen „Ersatzkirche“ beteiligt hatten, vorgegangen. Dazu verfasste er eine eigenes Rundschreiben, die Enzyklika *Ad Apostolorum Principis* vom 29. Juni 1958, an die „verehrten Brüder und geliebten Kinder, Erzbischöfe, Bischöfe, andere Ordinarien und Priester und die Menschen in China, die sich in Frieden und Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhl befinden.“

Pius XII. warnte seiner Zeit davor, den Kommunisten sozusagen nicht auf den Leim zu gehen. Die Katholiken würden unter dem Vorwand, patriotische Gefühle zu entwickeln und dem internationalen Frieden zu dienen, in eine diese von Rom getrennte Vereinigung gezwungen. Es werde behauptet, sie sollten die besondere Art des chinesischen Sozialismus annehmen und mit den zivilen Autoritäten zusammenarbeiten, um die politische und religiöse Freiheit zu verteidigen. Aber lasse man diese Verallgemeinerungen einmal beiseite, dann zeige sich klar und deutlich, dass in Wirklichkeit ein Betrug sei, was da unter dem Begriff des Patriotismus auftrete und allein darauf abziele, dass Katholiken schrittweise die Lehren des atheistischen Materialismus annehmen, „durch den Gott selbst verneint und religiöse Grundsätze zurückgewiesen“ werden.

Auch die Frage der Bischofsweihen beantwortet er eindeutig: Die „Macht der Jurisdiktion“ sei direkt durch göttliches Recht auf den Obersten Hirten (also den Papst) übertragen und, mit dem selben Recht, auf die Bischöfe. Diese seien im Gehorsam gegenüber dem Nachfolger des Petrus und durch das Band der Einheit auf diese Heilige Ordnung hin verpflichtet.

Der Exkommunikation anheim fallen Bischöfe, die sich an der Weihe von Bischöfen beteiligen, die (nicht von Rom) sondern von der CPA ausgewählt sind. Selbst wenn die Weihen gültig sind, soweit dies die Konsekration als solche betrifft, so sind sie doch ein schwerer rechtlicher Verstoß, das heißt strafwürdig und frevelhaft.

von westlichen Beobachtern in Peking ins Feld geführt, vorgetragen; die Fragwürdigkeit dieser Argumentation ersetzt nicht die kritische historische wie gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der tibetischen Spielart des Buddhismus.)

Die religionsfeindliche Haltung des Systems ließ sich leicht hinter dem Argument der chinesischen Souveränität verbergen: Schluss mit westlicher Einmischung. China geht seinen eigenen Weg. Eine Mentalität, die nicht unbedingt von den Völkern am Rande des Riesen-Reiches geteilt wird, sondern eher der Mentalität der größten Volksgruppe entspricht, die unter dem Sammelbegriff der Han-Chinesen die überwältigende Mehrheit bilden. Auch Hegemonialansprüche, die denen der Kaiserzeit entsprechen, drücken sich in dieser machtpolitischen Haltung aus.

Wer zum Bischof geweiht werden sollte, wurde von den Pekinger Behörden bestimmt. Zweifel an der Gültigkeit ihrer Weihe konfrontierten den Papst mit einer der zentralen Fragen der römisch-katholischen Kirche: War die apostolische Sukzession gewahrt worden, die ununterbrochene, auf die Apostel zurückzuführende Weihe-Linie. Die Entscheidung Roms war für das Überleben der Kirche im Reich der Mitte von existentieller Bedeutung. Das strikte Nein musste notgedrungen einer nachsichtigeren Haltung weichen: „Supplet ecclesia“. Das Kirchenrecht hält einen Ausweg bereit, der eine flexiblere Haltung bei bestimmten äußeren Umständen, die aber die Sakramentalität der Weihe nicht in Zweifel zieht, erlaubt. Mit anderen Worten: Wenn schon nicht nach Punkt und Komma gesetzeskonform, dann doch mit dem Segen der Kirche.⁸⁶

⁸⁶ In dem Bemühen, die kirchlichen Strukturen nicht völlig dem kommunistischen Staat zu überlassen, waren den „Untergrundkatholiken“ Anfang der 80er Jahre Sonderrechte seitens des Apostolischen Stuhls eingeräumt worden. Der damalige brasilianische Kurienkardinal Agnelo Rossi, von 1970 bis 1984 Präfekt der „Kongregation für die Evangelisierung der Völker“ (der früheren Propaganda Fide, teilte im Dezember 1981 über geheime Kanäle mit, dass der Papst (Johannes Paul II.) beschlossen habe, die „leidgeprüften Christen Chinas“ nicht weiter ohne rechtmäßige Hirten zu lassen. Da der Heilige Stuhl daran gehindert sei, direkt tätig zu werden, autorisiere der Papst „rechtmäßige, dem Heiligen Stuhl treue Bischöfe“, die für das geistliche Wohl der Katholiken und der gesamten Kirche in Chinas die erforderlichen Schritte zu ergreifen. Die . Die Sonderbefugnisse betrafen auch das Zugeständnis, kanonische Rechtmäßigkeit vorausgesetzt, dass die Bischöfe ihre eigenen künftigen Nachfolger (Koadjutoren) sowie Bischöfe der angrenzenden Diözesen zu wählen und zu weihen. „Bei Kommunikationsschwierigkeiten“ oder „in dringenden Fällen“ sollte dies auch möglich sein, „ohne den Heiligen Stuhl vorher davon zu unterrichten.“

Diese Maßnahme des polnischen Papstes, der im Umgang mit Kommunisten keine Sprachprobleme kannte, entbehrte nicht einer politischen Brisanz. Der Partei war natürlich klar, dass dies einer Stärkung der katholischen Untergrundgemeinschaft und einer Absage an eine innerchinesische, staatlich kontrollierte Nationalkirche gleichkam. Auch dass Brief von Kardinal Rossi an den Geschäftsträger der Nuntiatur Taiwan gerichtet war, mit der Weisung, den Inhalt des Schreiben den rechtmäßigen Bischöfen Kontinentalchinas zukommen zu lassen, und zwar diskret, dürfte den Sicherheitsorganen nicht entgangen sein. Daraus ließ sich nach bekannter Manier der Vorwurf der Konspiration und Spionage konstruieren. Ebenso konnte nicht übersehen werden, dass in jenen Monaten die „polnischen Ereignisse“ in der Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 auf einen dramatischen Höhepunkt zuliefen.

In der Volksrepublik China sahen sich die christlichen Gruppierungen, die sich der Kontrolle der Staatsmacht entzogen, massiver Verfolgung ausgesetzt, verbunden mit drakonischen Strafen. Auch nach dem Brief aus dem Vatikan ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten. 1982 griff die kommunistische Partei Chinas an. Im Zentralkomitee wurde gefordert, die Untergrundkirche nun endlich zu zerschlagen. (vgl. auch Gianni Valente: Der weite Weg und die „belanglosen Zwischenfälle“, in: 30 Tage in Kirche und Welt. Nr. 1 – 2007 – <http://www.30giorni.it>). ->

Ein weiterer Brocken legte sich in den Weg der Annäherung: Die so genannte Taiwan-Frage. Der „Generalissimus Tschiang Kai-shek hatte sich nach der Niederlage im Bürgerkrieg auf die dem Festland vorgelagerte ehemalige portugiesische Insel Formosa zurückgezogen, um dort mit seiner Nationalpartei (Kuomintang) die „nationalchinesische“ Republik China fortzuführen. Peking spielt seit dem die Karte der „Ein-China-Politik“ aus, verbunden mit Konsequenzen politischer und nicht zuletzt ökonomischer Natur, gegenüber jedem, der mit Taipeh diplomatische Beziehungen unterhält. Der Vatikan verweigert sich zwar, alle Bindungen von der Kirche auf der Insel zu lösen, war jedoch bereit, seine diplomatischen Beziehungen auf Geschäftsträger-Ebene herabzustufen – den politischen Realitäten Rechnung tragend.

Im vorausgegangenen Teil stand der Brief, den Papst Benedikt XVI. Ende Mai an die Katholiken Chinas geschrieben hat, im Vordergrund. Der römische Pontifex würdigte jener, die ihre Treue zum Papst dadurch bekennen, dass sie sich dem Totalitätsanspruch der kommunistischen Partei widersetzen, und statt sich in der staatlich kontrollierten Patriotischen Vereinigung zu organisieren, die mit Priestern, Nonnen und Bischöfen den Korpus der „offiziellen“ Kirche bildet, Gemeinschaften „im Untergrund“ bilden. Wobei Benedikt auch den katholischen „Patrioten“ eine letzte Verbundenheit mit Rom

Noch einmal versuchte die römische Kurie Ende der 80er Jahre durch eine „chinesische Fakultät“ (Sonder-Erlaubnis). Erneut war diese Aufgabe der Kongregation für die Glaubensverbreitung übertragen. 1988 schrieb Kardinal Tomko als Präfekt dieser Kurienbehörde einen Brief an alle Bischöfe der Welt. (Jozef Kardinal Tomko, Jg. 1924, slowakischer (emeritierter) Kurienkardinal, Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker von 1985 – 2001 und Großkanzler der Päpstlichen Universität Urbaniana (der vatikanischen Hochschule für Studierende insbesondere aus den ehemaligen Missionsländern).

Das vertrauliche Schreiben erläuterte „Richtlinien des Heiligen Stuhls zu einigen Problemen der Kirche in Kontinentalchina“. Dieses Dokument schien weniger die schismatische Situation in der Volksrepublik zu betonen, als Möglichkeiten hinzudeuten, die Spannungen zu mildern und Wege zu einer kirchlichen Einheit, wann immer sie erreicht würde, aufzuzeigen.

Den sogenannten „Acht Tomko-Punkten“ zufolge dürfen die Sakramente auch von Priestern empfangen werden, die den „Patriotischen Strukturen“ angehören, vorausgesetzt, ihre Weihe war gültig. Die Untergrundgemeinden sind angehalten, sich mit Äußerungen zurückzuhalten, die von der Staatsmacht als Provokation empfunden werden. Andererseits sollten sie aber die verbindliche katholische Glaubenslehre beachten, keine Dinge tun, die von dieser abweichen. Keinen Kompromiss erlaubt auch der Tomko-Brief: Unrechtmäßige Bischofsweihe ziehen automatisch die Exkommunikation „*laet sententiae*“ nach sich.

(Das römisch-katholische Kirchenrecht legt fest: „Ein Bischof, der jemanden ohne päpstlichen Auftrag zum Bischof weiht und ebenso, wer von ihm die Weihe empfängt, zieht sich die dem Apostolischen Stuhl vorbehaltene Exkommunikation als Tatstrafe zu.“ vgl. Can. 1382 / Codex Iuris Canonici – Codex des kanonischen Rechtes, deutsche Übersetzung, Kevelaer 1983).

— Im Zeitalter von Mobiltelefonen und Internet scheinen die „Kommunikationsschwierigkeiten“ auch mit den Katholiken in der Volksrepublik China nicht mehr so gravierend. Benedikt jedenfalls hat einen Schlusstrich unter die Sonderwege für Chinas Kirche gezogen. In seinem China-Brief stellt er fest: „In Anbetracht der besseren Möglichkeiten und der Erleichterungen im Bereich der Kommunikation und schließlich auch in Anbetracht der Bitten, die verschiedene Bischöfe und Priester an den Heiligen Stuhl gerichtet haben“ hebt er „mit diesem Schreiben alle Befugnisse auf, die gewährt wurden, um den besonderen, in wahrhaft schweren Zeiten aufgetretenen pastoralen Erfordernissen zu begegnen.“ Dasselbe gelte bezüglich „der älteren und neueren Weisungen pastoraler Natur“.

nicht abspricht, zumal sich, nach Berichten aus der Volksrepublik China, immer mehr Priester, Gemeinden und auch Oberhirten zu dieser „Papsttreue“ bekennen.

Gleichwohl: Kaum war der Brief aus Rom in Peking eingetroffen und zunächst über diverse Kanäle verbreitet worden, insbesondere im Internet, folgten die Gegenmaßnahmen. Die Webseiten wurden auf behördliche Anweisung hin gelöscht, der neue Weihbischof von Peking ernannt; als künftiger Ortsordinarius und designierter Vorsitzender der, von Rom nicht anerkannten, Chinesischen Katholischen Bischofskonferenz von der Patriotischen Vereinigung bestimmt, mit dem Segen der Partei aber nicht des Papstes. Aus Rom war zu diesem Affront bisher keine Stellungnahme zu hören. Sollte sie erfolgt sein, dann nicht öffentlich. Bei allem Bemühen, den Graben zwischen den beiden katholischen „Teilkirchen“ eher einzuebnen statt zu vertiefen, im Interesse der von Rom stets Priorität eingeräumten inneren Einheit der Kirche, wird gerade an dieser Stelle die Hilflosigkeit der Kurie gegenüber der Staatsmacht deutlich. Von dem ersten Schlag nach dem Papstbrief noch nicht erholt, folgte der nächste: Ende Juli meldete die in den USA ansässige Kardinal-Kung-Stiftung⁸⁷, drei Priester der „Untergrundkirche“ seien in der Inneren Mongolei von „Polizisten in Zivil“ (also Geheimpolizei) verhaftet, ein vierter katholischer Geistlicher Anfang Juli 2007 den Behörden übergeben worden. Wer entgegen den Religionsgesetzen der Partei handelt gilt als Verfassungsfeind.

Ähnlichen Bestimmungen unterliegen auch die Protestanten, die genötigt sind, sich in der Patriotischen Drei-Selbstbewegung zu organisieren (Selbst-Erhaltung, Selbst-Verkündigung, Selbst-Verwaltung). Gelockerte Regelungen seit 2005 erlauben, sich auch außerhalb dieser Organisation zu bewegen, eine Anmeldung beim Amt für Religiöse Angelegenheiten genügt. Auf diese Weise können auch die zahllosen nicht den Großorganisationen angeschlossenen individuellen christlichen Hausgemeinden unter staatliche Aufsicht gebracht werden. Dies käme einer Art „Nationalkirche“ nahe, wie sie der politischen Führung wohl für alle christlichen Religionsgemeinschaften vorschwebt.

Waren nach der kommunistischen Machtübernahme die Kirchen zunächst geschlossen und die Beziehungen zum Vatikan abgebrochen worden (1951), wurde den Katholiken (wie auch den anderen christlichen Gemeinschaften) ein gewisses öffentliches Glaubensleben zugebilligt worden, propagandistisch vorbereitet mit dem Appell des alle Bürger verpflichtenden Patriotismus (ob als Vorwand oder dem älteren Prinzip des chinesischen „Selbst“ folgend, sei dahingestellt.)

Es bleibt dabei, ungeachtet solcher Lockerungen. „Religionsfreiheit“ wird von der politischen Führung entsprechend der Parteilinie definiert und somit auch, welcher Form

⁸⁷ Ignatius Kardinal Kung Pin-Mei (1901-2000). Von Papst Pius XII. im Jahre 1950 zum Bischof von Shanghai und Apostolischen Administrator von Suzhou und Nanking ernannt. 1955 Hausarrest, 1960 zu lebenslanger Haft verurteilt, 1985 entlassen, 1988 Ausreise in die USA. (1979 von Papst Johannes Paul II zum Kardinal „in pectore“ ernannt, 1991 öffentlich proklamiert). Im Juli 1999, zum 70. Jahrestag von Kung's Priesterweihe, schrieb der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, dem greisen chinesischen Oberhirten im US-amerikanischen Exil: „In ihren Jahrzehnten der Treue zur Kirche sind sie dem Beispiel Christi, dem Guten Hirten gefolgt und haben selbst im Angesicht großen Leidens, nicht geruht, die Wahrheit des Evangeliums zu verkünden, durch Wort und Beispiel. Für ihr Glaubenszeugnis für Christus ist ihnen die Kirche zutiefst dankbar. – Die Kardinal-Kung Stiftung (The Cardinal Kung Foundation) ist eine in den Vereinigten Staaten ansässige private Menschenrechtsorganisation, die vor allem die Situation der Kirche in der Volksrepublik China beobachtet.“

von Kirche eine begrenzte Bewegungsfreiheit eingeräumt wird, nämlich im Rahmen der „Vier Grundprinzipien“: Sozialismus, Diktatur des Proletariats, Führungsanspruch der kommunistischen Partei und ein Lehrgebäude, das auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Denken Mao Zedongs steht. Hua Guofeng wie Deng Xiaoping verfolgten diese Linie und, „bei aller weiteren „Öffnung zur Welt“, halten, nach allem was man sieht, auch die Nachfolger an der Spitze von Partei und Staat daran fest, verbunden mit dem offensichtlich unumstößlichen Gesetz chinesischer Selbsteinschätzung, die eher an das „Reich der Mitte“ erinnert, um das sich der Rest der Welt zu drehen hatte, als an einen modernen Staat, der sich allgemein gültigen Konventionen der Weltgemeinschaft anpasst.

Botschaften und Appelle

Rückblick auf die vergangenen fünfzig Jahre: Auch zu Peking ließ die römische Kurie seit dem Zusammenbruch der offiziellen Kontakte den Faden nicht abreißen. Ranghohe Prälaten, Emissäre im Kardinalsrang aus Europa und den USA, sondierten wiederholt das kirchenpolitische Terrain und führten Gespräche mit ranghohen Funktionären im Rahmen von als „privat“ oder „inoffiziell“ deklarierten China-Besuchen. Insbesondere französische Kurienkardinal Roger Etchegaray und der sino-philippinische Kardinal Jaime L. Sin, Erzbischof von Manila, der familiäre Verbindungen auf dem chinesischen Festland unterhielt, erwarben sich große Verdienste.

Benedikts Vorgänger, Paul VI. und Johannes Paul II. hatten nichts unversucht gelassen, den chinesischen Katholiken einen Rückhalt zu geben und mit der politischen Führung in Peking das Gespräch zu suchen. Aber mehr als Appelle von Rom aus oder ein „Ruf über die Mauer“ auf ihren Fernost-Reisen, blieb den päpstlichen Brückenbauern versagt. Weltweite Aufmerksamkeit fand die Teilnahme von Katholiken aus der Volksrepublik China am Weltjugendtag 1995 mit Johannes Paul II. in Manila. Einige Priester sollen, so machte die Nachricht die Runde, unerkannt mit dem Papst konzelebriert haben. Es blieb auch nicht aus, dass „Mainland“- und „Taiwan“-Chinesen aufeinander trafen und es zu einem „Flaggenstreit“ kam. Schon auf seiner großen Fernost-Reise, die ihn bereits im Februar 1981 auch auf die Philippinen geführt hatte, war er in Manila der „Katholischen Gemeinschaft in Asien“ begegnet und hatte die Gelegenheit zu einer Grußadresse auf die andere Seite des Meeres genutzt.

„Informationen“ aus Ungarn

Der ungarische Geheimdienst lieferte ein Jahr im Voraus eine erste Information „über die Pläne des Papstes hinsichtlich der Herstellung von Beziehungen zu China“, zu früh und insofern ungenau, wie sich herausstellen sollte. „Papst Johannes Paul II. möchte während seiner Reise auf die Philippinen im Jahre 1980 auch Moskau und Peking besuchen.“

War die Situation Ende 1979 günstiger einzuschätzen, hatte der deutsche Bischof Moser, der Anfang November in der Volksrepublik war, gute Nachrichten aus Peking mitgebracht:⁸⁸ Die Ungarn jedenfalls hatten wieder einmal ihre Quelle (im Staatssekretariat?) abgeschöpft: „Die Gestaltung der Beziehungen zur VR China werden eine wichtige Richtung der Tätigkeit des Vatikans sein.“ Man verfolge mit großem Interesse die internationale Aktivität der chinesischen Diplomatie. Dass in nicht allzu ferner Zukunft ein Dialog mit der VR China zustande komme, werde als reale Möglichkeit eingeschätzt. Der Wiener Erzbischof Kardinal Franz König, einer der erfahrensten Sachkenner der Kirche im Umgang mit der östlichen Seite, soll dabei eine Vermittlerrolle übernommen haben.

Schenkt man der Information des ungarischen Geheimdienstes Glauben, dann mochte auch in der römischen Kurie Hoffnung keinem. Die Mitteilung vom 22. August 1979 hält fest: „Das Staatssekretariat des Vatikans teilte der Botschaft der VR China in Rom mit, dass es die Äußerungen offizieller chinesischer Organe positiv einschätzt, in denen eine Verringerung der Glaubensbeschränkungen vorgesehen ist und die Hoffnung hinsichtlich weiterer Glaubensentwicklung zum Ausdruck gebracht wird. Gleichzeitig wird der Vatikan auch künftig bestrebt sein, alle offiziellen und inoffiziellen Möglichkeiten, einschließlich illegaler Kanäle, auszunutzen, um die Verbindung zur Führung der chinesischen katholischen Kirche zu pflegen. Er hat auch die Absicht, der Gestaltung der chinesischen Politik und vor allem dem Studium der Umstände, die mit dem Leben der Kirche zusammenhängen, noch größere Aufmerksamkeit zu schenken.“⁸⁹

Beobachtungsstation Hong Kong

Es fällt auf, dass keine Unterscheidung zwischen der staatlich kontrollierten Patriotischen Vereinigung und der Untergrundkirche getroffen wird. Besser noch Bescheid wissen die Ungarn anscheinend über die Situation in Hong Kong. Dort verfüge, so die Information, der Vatikan über eine „Beobachtungsstation“, die von einem Jesuiten geleitet werde und dieser sei ein gebürtiger Ungar. Dessen Funktion sei allerdings auf die Auswertung der Programme der verschiedenen chinesischen Rundfunksendungen beschränkt. Inländische Zeitungen seien nach der Kulturrevolution nicht mehr zugänglich. Eine schnelle Verbesserung der chinesisch-vatikanischen Beziehungen würden war nach Einschätzung einer „China-Forschungsgruppe“ der päpstlichen Universität Urbaniana „nicht sofort“ erwartet, aber der Jesuiten-Orden und „seine Leute“ seien „zur Erfüllung von Aufträgen bereit“. Im „Falle der Genehmigung Pekings“ würden sie „unverzüglich in das Land zurückkehren.“

⁸⁸ Georg Moser (1923-1988), Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in der Deutschen Bischofskonferenz übernahm er viele Jahre das Amt des „Medienbischofs.“ Vom 1. bis 12. November 1979 besuchte er „zusammen“ mit einer Delegation aus Baden-Württemberg mit Ministerpräsident Lothar Späth die Volksrepublik China. – Kardinal Franz König (1905-2004), Erzbischof von Wien (1956-1985), Präsident des Päpstlichen Rates für die Nichtglaubenden (1965-1981).

⁸⁹ MfS HA XX 12373 – Abteilung X, Tgb. Nr. 4575 v. 22.8. 1979.

Von den chinesischen Genossen erfahren die Ungarn, „die gegenwärtige Führung“ messe „vor allem der Erweiterung der auswärtigen Beziehungen und der Stärkung des internationalen Ansehens“ Bedeutung bei. Im Außenministerium sei ein spezielles Büro eingerichtet worden, das sich auch mit dem „Studium der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und den sozialistischen Staaten unter dem Gesichtspunkt der Formierung möglicher Formen und Methoden“ befasse.⁹⁰ Diese Mitteilungen stützen sich, wie am Schluss der Übersetzung aus dem Russischen vermerkt wird, auf Informationen „aus dem Staatssekretariat des Vatikans und dem Außenministerium Chinas.“ Die Ungarn hatten offenbar ihre Fäden in alle Richtungen gesponnen.

Sie berichten: „Papst Johannes Paul II. möchte während seiner Reise auf die Philippinen im Jahre 1980 auch Moskau und Peking besuchen“.⁹¹ Im Vorfeld stellte sich, wenn man den ungarischen Geheimdienstbericht ernst nimmt, noch die Frage, ob die Chinesen dem Papst die Einreise erlauben würden. Das Staatssekretariat ließ angeblich seine Verbindungen spielen. Anlass gab der Italien-Besuch des chinesischen Parteichefs Hua Guofeng im Oktober 1979.⁹² Über politische Kanäle, „unter Ausnutzung der Gespräche Hua Guofengs in Rom“ sollte versucht werden, „die Möglichkeiten für einen Besuch des Papstes und die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Peking zu sondieren“.

Der Papst habe den italienischen Präsidenten Pertini gebeten, im Gespräch mit Hua Guofeng zu versuchen, die Haltung der Pekinger Führung zur katholischen Kirche und zum Vatikan herauszufinden, „um den Unterschied zwischen der offiziell verkündeten und der tatsächlichen Position der Chinesen bestimmen zu können.“ Da Sandro Pertini und Johannes Paul sprichwörtlich „gut miteinander konnten“, dürfte eine solche „Erkundigung“ wohl kein Problem gewesen sein.⁹³ Auch wollen die Ungarn erfahren haben, dass die chinesische Delegation die Absicht habe, auch zu Vertretern des Heiligen Stuhls Verbindung aufzunehmen. Die sei in führenden Kreisen des Vatikans bekannt. Das Treffen werde angeblich in der Botschaft der VR China stattfinden. Casaroli (der vatikanische „Außenminister“) bzw. sein Vertreter würden eingeladen werden. Der Vatikan halte es für möglich, „dass die Chinesen positiv auf den Plan des Papstes Peking zu besuchen, reagieren werden.“

Wer immer dies den Ungarn „gesteckt“ haben mag. Er musste den Sinn für die Realitäten verloren haben. Denn Hua hatte am 7. Oktober 1979 erklärt, dass ein Treffen mit Johannes Paul II. nicht stattfinden werde. Dennoch, so berichten die Ungarn, hegten „offizielle Kreise des Vatikans die Hoffnung“, dass während des Besuchs von Hua Guofeng in Italien „in irgendeiner Form Beziehungen zwischen der VRCh (gemeint ist die Volksrepublik China) und dem Heiligen Stuhl hergestellt werden.“ Im Vatikan halte man auch nach der Erklärung des chinesischen Partei- und Staatsführers eine Verbesse-

⁹⁰ MfS HA XX 12373 – Abteilung X, Tgb. Nr. 4575 v. 22.8. 1979.

⁹¹ MfS HA XX 12373 – Abteilung X, Tgb. Nr. 6367 v. 20.11. 1979 (Tatsächlich führte eine Mammutreise den Papst vom 16. bis 27. Februar 1981 nach Pakistan, auf die Philippinen, nach Japan, auf die US-amerikanische Pazifik-Insel Guam und über Anchorage wieder nach Rom).

⁹² Hua Guofeng seine erste Westeuropa-Reise unternahm und dabei neben Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien auch Italien besuchte.

⁹³ Alessandro „Sandro“ Pertini (1896/190, Sozialist, italienischer Staatspräsident von 1978 bis 1985).

rung der Beziehungen möglich. Kompetente Mitarbeiter des Vatikans betrachteten das bereits vorliegende Programm „für die chinesischen Journalisten, die anlässlich des Besuchs des chinesischen Parteichefs in Rom weilen werden, nach wie vor als gültig.“ Vorgesehen sei, dass die Vertreter der chinesischen Presse das Museum des Vatikans und das Presseamt des Heiligen Stuhls besuchen.

Und „falls Hua Guofeng beharrlich die Herstellung von Beziehungen ablehnen sollte“? Nun, die Ungarn wissen schon, was dann passiert: Die Leitung von Radio Vatikan und der Jesuitenorden bereite sich auf „Gegenschritte“ vor. Die Pläne hätten die Zustimmung von Casaroli. Vorgesehen seien „kritisierende und verurteilende“ Passagen aus dem Bericht eines „jesuitischen Geistlichen“, der vor kurzem in China weilte.⁹⁴

Ein deutscher Bischof in heikler Mission ...

Allen päpstlichen Bemühungen entgegen blieb es bei einer Situation der Schaukelpolitik, sozusagen „Zwischen Hoffnung und Skepsis“, wie der Titel eines Buches aus früheren Jahren lautet. Dieser Bildband berichtet über eine Reise von Bischof Dr. Georg Moser.⁹⁵

Der Bischof von Stuttgart-Rottenburg hatte vom 1. bis 12. November 1979 die Volksrepublik China besucht, „zusammen mit einer von Ministerpräsident Lothar Späth angeführten Delegation des Landes Baden-Württemberg“, wie die offizielle Version lautete. Nur so war die geistliche Expedition ins kommunistische Riesenreich möglich geworden, die erste Einreise-Erlaubnis für einen katholischen Bischof aus dem Ausland nach der Kulturrevolution, wie es im Vorwort heißt.“ Der Bischof aus dem Schwabenland hatte „das Volk und seine Probleme kennen lernen und mit einheimischen Christen sprechen wollen. Angeboten wurden ihm lediglich Gesprächspartner der Patriotischen Katholischen Vereinigung. Die Christen der „Katakombenkirche“ blieben für ihn tabuisiert. Dennoch glaubten die China-Reisenden ein „Hoffnungszeichen“ zu erkennen, „für eine fortschreitende Verwirklichung der angesagten Religionsfreiheit in China und für die Rehabilitierung der verurteilten Christen.

Das Umschlagbild des Reiseberichts zeigt den deutschen Bischof – schwarzer Anzug, schwarze Weste, aber mit dem weißen Kollar als Geistlicher erkennbar – in selbstbewusster Pose auf der Chinesischen Mauer. Das Brustkreuz leuchtet hell im Sonnenlicht. Die Inszenierung vielleicht ein wenig zu auffällig, wohl dem Fotografen zuliebe – die ständigen „Begleiter“ dürften ein Auge zugeedrückt haben.

Der Stasi-Spitzel war immer dabei: In einer „Information“ des ungarischen Geheimdienstes vom 15. Oktober 1979 wird berichtet: „Bei dem im Oktober 1979 geplanten Besuch einer Delegation des Landes Baden-Württemberg in China will der Rottenburger Bischof Georg Moser zusammen mit der westdeutschen Delegation nach Peking fliegen.“ Er werde allerdings nicht der offiziellen Delegation angehören, berichtet der Nachrichtendienst ganz korrekt. Er beruft sich auf eine Information „aus Kreisen, die

⁹⁴ MfS HA XX 12373 Abteilung X Tgb. Nr. 6367 und Nr. 6368 v. 20. 111. 1979.

⁹⁵ Hüdig / Mühlbacher: Zwischen Hoffnung und Skepsis. Mit Bischof Moser in China. Ein Bildbericht. Informationsstelle Diözese Rottenburg-Stuttgart 1980.

dem westdeutschen Episkopat nahe stehen“. Eher von Belang für die kommunistische Seite ist, was die Ungarn weiter erfahren haben: „G. Moser wird im Auftrag des Vatikans eine Reihe chinesischer Kirchenführer besuchen. Er soll mit „ausgewählten“, jedoch vom Heiligen Stuhl nicht anerkannten chinesischen Bischöfen solche Kompromisse schließen, auf deren Grundlage die Herstellung offizieller Verbindungen zwischen dem Vatikan und der VR China ermöglicht würde.“ Das war schon Zündstoff. Und noch mehr: „In den Vorgesprächen gab die chinesische Seite ihre Zustimmung dazu, dass der Rottenburger Bischof die erwähnten Aktivitäten entfaltet.“ Die Ungarn fügen hinzu, dass der Besucher aus Deutschland bei seinem Aufenthalt in China auch Kontakt zu den chinesischen Behörden aufnehmen werde.⁹⁶

... und ein Kardinal aus Paris

Von einer spürbaren Klimaverbesserung konnte auch in den nachfolgenden Monaten nicht die Rede sein. Im Mai 1981 melden die Ungarn: „Obwohl Peking bisher kühl auf die Bereitschaft des Vatikans zur Aufnahme von Beziehungen reagiert hat, verfolgt der Vatikan auch weiterhin die Absicht, Sondierungsmaßnahmen in Bezug auf China durchzuführen.“⁹⁷ Der Vatikan plane, einen namhaften kirchlichen Repräsentanten mit konkreter Aufgabe nach China zu entsenden. Für diese Mission habe der Papst „den Erzbischof von Paris Jean Marie Lustiger ausgewählt, der polnischer Abstammung ist.“⁹⁸ Der Vatikan rechne auf Grund der „hohen Stellung“ Lustigers und der „traditionellen günstigen Verhältnisse zwischen China und Frankreich“ damit, dass der Besuch „eine weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und China zu ermöglichen wird.“ Das Gegenteil ist der Fall, die Situation gestaltet sich wieder schwieriger. Darüber berichten die Ungarn im Mai 1983.⁹⁹ Für den Vatikan sei „eine offizielle Tätigkeit der der Pekinger Führung unterstellten nationalen Kirche auf lange Sicht unakzeptabel.“

Kontakt-Fühler über Teheran

Der neue Nuntius in Teheran¹⁰⁰, der schon in Angola „seine Fähigkeit unter Beweis stellte, schwierige Aufgaben zu lösen“, sei in den Iran versetzt worden, „nicht so sehr mit der Anzahl der Katholiken im Iran“ begründet, „als vielmehr mit der politischen Bedeutung der Region“. Es sei Aufgabe des Vatikan-Diplomaten, nicht nur in Richtung

⁹⁶ HA XX 12373, Abteilung X, Tgb. Nr. 5747 v. 15. 10. 1979.

⁹⁷ MfS HA 12373, Abteilung X, Tgb. Nr. 8601 v. 18. 5. 1981.

⁹⁸ Jean-Marie Lustiger, (Jg. 1926), Geburtsname Aron, als Kind jüdischer Emigranten aus Polen in Paris geboren und in Frankreich aufgewachsen. Während der Nazi-Okkupation von katholischer Familie in Orléans gerettet. Mutter 1943 in Auschwitz ermordet. Konversion 1940. Erzbischof von Paris (1981-2005).

⁹⁹ MfS HA XX 17487, Abteilung X, Tgb. Nr. 9450 v. 18.5.1983.

¹⁰⁰ Giovanni De Andrea, Titular-Erzbischof, vatikanischer Karrierediplomat, Pro-Nuntius von 1983 bis 1986 im Iran.

Afghanistan arbeiten, sondern auch „Möglichkeiten aufzudecken sowie auszunutzen, die zur „Öffnung“ in Richtung China beitragen. Zur den Aufgaben des Nuntius werde es gehören, „mittels Erkundung der inneren Beziehungen in China Kirchenvertreter ausfindig zu machen, die dazu in der Lage sind, eine Kirchenkonzeption auszuarbeiten und durchzusetzen, die bei einer gewissen Unabhängigkeit vom chinesischen Staat garantieren wird, daß die Kirche vollständig dem Vatikan untergeordnet ist.“

Auch in den folgenden Jahren halten die Bemühungen des polnischen Papstes an. Sein „Außenminister“ Agostino Casaroli nutzte 1984 einen Besuch in Manila¹⁰¹, wie der ungarische Nachrichtendienst berichtet, „mit dem Ziel festzustellen, wie die Politik des Vatikans gegenüber dem Fernen Osten beurteilt wird.“ Anlass der Mission des vatikanischen Chefdiplomaten ist es konkret, die geplante Reise des Papstes nach Fernost vorzubereiten. (Johannes Paul II. besuchte vom 2./3. bis 11. Mai 1984 Korea, Papua Guinea, die Salomon-Inseln und Thailand.) Darüber hinaus habe sich Casaroli „mit der Sammlung von Meinungen darüber“ befasst, „wie eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Vatikan und China erreicht werden kann. Aus diesem Grunde werde auch ein Besuch Taiwans vermieden. In Manila sei Casaroli vertraulich mit dem chinesischen Botschafter zusammengekommen, „mit dem er Informationen über die geplante Reise des Papstes in den Fernen Osten austauschte, wollen die Ungarn „von einer kompetenten Quelle des Vatikans“ erfahren haben.

Gefahr für die Weltkirche

Als ein letztes Beispiel, wie die ungarischen „Sicherheitsorgane“ weit über den engeren Rahmen der Warschauer Paktstaaten hinausgehende Informationen über die vatikanische Kirchenpolitik beschafften, sei eine Mitteilung aus 1985 zitiert.¹⁰² Sie fasst die Entwicklung der zurückliegenden Jahre ab 1982 zusammen und fällt in den militanten Ton des Kirchenkampfes zurück. So wird dem Heiligen Stuhl unterstellt, „viele geistliche und weltliche Persönlichkeiten „unter dem Vorwand des Besuchs von Verwandten, zu Touristen- und offiziellen Zwecken“, in die Volksrepublik China entsandt zu haben. Diese hätten den Auftrag gehabt, „die Bedingungen für die Tätigkeit der katholischen Kirche und die Zusammensetzung des höheren Klerus festzustellen.“ Insbesondere sei darauf angekommen, „genau festzustellen“, „wer von den loyal zur Regierung stehenden Führern der „vaterländischen Kirche“ dem Heiligen Stuhl „treu“ bleibt und ob die kanonischen Vorschriften befolgt werden.“

Im weiteren Verlauf ihres Berichtes beziehen sich die Ungarn „auf glaubwürdige Dokumente“. Bei ihrer Verwendung sei „besonderer Quellenschutz erforderlich.“

Was sagen diese nicht näher bezeichneten Dokumente? Das Staatssekretariat, das nach 1982 „bedeutende Anstrengungen“ zur Untersuchung der Situation in der „chinesischen katholischen Kirche“ unternommen habe, sei zu dem Schluss gekommen: „Die Bedin-

¹⁰¹ MfS HA XX 17487, Abteilung X, Tgb. Nr. 10078 v. 25.10.1983.

¹⁰² MFS HA XX 16922, Abteilung X, Tgb.Nr. 9317 v. 17.6.1985.

gungen für die Tätigkeit der Kirche“ hätten sich sei 1982 „bedeutend verbessert“. (Eröffnung von Kirchen und kirchlicher Einrichtungen, Genehmigung einer begrenzten Ordenstätigkeit, Erlaubnis der Verbreitung kirchlicher Literatur). Die „vieleorts verbliebenen kirchlichen Kräfte“ sollen „neue Möglichkeiten“ gefunden haben.

Im weiteren Verlauf kommt der Bericht auf die innerkirchlichen Probleme zu sprechen, vermutlich von den Genossen im gemeinsamen Kirchenkampf nicht ungerne zur Kenntnis genommen: „Der chinesische höhere Klerus, der sich an den Vatikan hält“, und besonders die Vertreter, die in Westeuropa ausgebildet wurden, befinden sich in einem äußerst vorgerückten Alter, obwohl viele von ihnen leitende Posten besetzen. Gleichzeitig sind die organisatorischen Rahmen der Kirche zerfallen.“ Seit der Zeit der „Kulturrevolution“ sei bis 1982 keine Ausbildung von Priestern im Lande erfolgt. Zwar seien in den letzten Jahren sechs zentrale geistliche Seminare eröffnet worden, aber für ihre Auslastung gebe es nicht genügend Hörer. Bei den vorhandenen Hörern handele es sich um Personen, die in den 50er Jahren gezwungen gewesen seien, ihre kirchlichen Studien zu unterbrechen. Darüber hinaus: „In den schon tätigen Seminaren gibt es keine entsprechenden personellen und Lehrbedingungen. In einigen Jahren wird es dann nur noch solche Priester geben, die nichts mehr mit Rom verbindet, und die den Kanon nicht kennen.“

Wenn es nicht gelänge, die Beziehungen des Heiligen Stuhls mit Peking wiederherzustellen, ergebe sich die Gefahr, so die Analyse des ungarischen Sicherheitsdienstes „daß sich die chinesische Kirche derart von Rom entfernt, dass die schon bestehenden Verfälschungen (wie beispielsweise die Eheschließung durch Priester usw.), die einen schädlichen Einfluss auf die ökumenische Kirche, besonders in den Ländern Afrikas und Südamerikas, ausüben können, zur Gewohnheit wird. (Der ungarische Geheimdienstbericht hebt auf die als „offizielle Kirche“ apostrophierte Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken / Chinese Catholic Patriotic Association CCPA ab.)

Auch auf die Taiwan-Frage kommt das Papier zu sprechen, geschickt die politischen Spannungen mit angeblichen innerkirchlichen verknüpfend. „Kirchliche Führer Taiwans“ hätten sei 1979 „ihre starke Unzufriedenheit mit der Politik des Heiligen Stuhls gegenüber China“ ausgedrückt. Das Staatssekretariat sei „regelmäßig“ darüber informiert worden, „dass alle Verbindungen zur chinesischen Kirche schädlich sind und daß die Pekinger Behörden weiterhin „wahre“ Geistliche und Gläubige verfolgen.“ Im Stil der bekannten Methode der Zersetzung fährt der Bericht fort: Rom habe der Kirche Taiwans „mehrmals“ versichert, „daß die chinesische Kirche nur als höriges Werkzeug der Regierung betrachtet wird.

Letztendlich kommt die China-Expertise des ungarischen Nachrichtendienstes auf die bereits weiter oben angesprochenen „Sondererlaubnisse“ und Fakultäten des Heiligen Stuhls zu sprechen. Die Beschreibung zeigt sich, aus kommunistischer Sicht erklärlich. Verständnissvoll für die Situation der Bischöfe der Patriotische Vereinigung. Als Beispiel werden die Bischöfe von Peking und Wuhan zitiert. Diese hätten ihre „Loyalität zur Regierung“ bekundet, gleichzeitig aber zu verstehen gegeben, dass „sie Rom ergeben bleiben“. Ihr Verhalten erklärten sie damit, „dass die Kirche der sich nach 1956 herausge-

bildeten Lage nur existieren konnte, weil sie der der Zusammenarbeit im Rahmen der „vaterländischen Kirche“ zugestimmt hätten.

Es bedarf keiner besonderen Kenntnis der Situation um nicht zu erkennen, dass diese Bischöfe ein Lied nach den Noten der Partei zu singen hatten. So erklären sie denn auch, Verbesserungen innerhalb der Kirche, etwa zwischen „Patrioten“ und Rom hingen von der Entwicklung der „gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR China“ ab. Und nicht zu vergessen: „die Einschränkung der Verbindungen zu Taiwan“ könnten sich „günstig auf diese Verbesserung auswirken.“

Soweit ein Bild über die Situation eine faktisch geteilte katholische Kirche in der Volksrepublik China in den zurückliegenden 30 Jahren, wie sie sich aus den „Informationen“ der ungarischen Sicherheitsorgane darstellt. Der Vatikan, um das Wohl der Christen, aber auch um den Bestand der kirchlichen Strukturen bemüht, kam ab Mitte der 8er Jahre „einigen Führern der chinesischen Kirche, die treu zu Rom stehen“ entgegen. (Gemeint sind Bischöfe der Patriotischen Vereinigung). Das Staatssekretariat habe sich ihnen gegenüber zu einigen „Kompromissen“ bereit gezeigt. Viel gebracht hat das Entgegenkommen allerdings nicht, wie der ungarische Nachrichtendienst wohl aus seinen vatikanischen Quellen herausfiltert: „Verschiedene vorliegende Angaben“ wiesen darauf hin, „dass es noch keine näheren Anzeichen bezüglich einer Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen gibt.“ Es schien dem Autor interessant genug, den Pfingstbrief von Papst Benedikt in diesen Kontext zu stellen.

Bleibt es nicht nur bei der banalen Feststellung, dass in Peking, Shanghai und anderen Metropolen des kommenden Giganten die Uhren nicht stehen geblieben sind, wie insbesondere der atemberaubende wirtschaftliche Drang nach vorne und nach oben anzeigt, und wenn sich im Jahr 2008 der olympische Geist in das Reich der Mitte aufmacht, dann haben vielleicht auch die einheimischen Christen Grund auf etwas mehr Freiheit zu hoffen. Das Reich der Mitte hat gewiss einen langen Atem. In Rom treffen es auf eine andere Macht, die ebenfalls nicht in Monatsabschnitten zählt. Das macht die Annäherung nicht leichter.

Zweitausend Jahre Verfolgung

„Mehrere Kaiser sind gegen die Christen vorgegangen, weil sie die überlieferten Kulte und die Verehrung des Kaisers abgelehnt haben, der Geheimbündelei verdächtigt wurden und einen Staat im Staat bildeten“. Das war vor etwa 1700 Jahren und das Zitat ist einem Interview entnommen, das Professor Alexander Demandt, Althistoriker und einer der wissenschaftlichen Leiter der großen Konstantin-Ausstellung in Trier im Jahre 2007 gab.¹⁰³ Unter dem spätantiken Imperator lebten die Christen bekanntlich auf – aber es blieb dabei. Nicht immer selbst ganz unschuldig an Fehlritten, blieben sie in der Geschichte immer wieder auch Verfolgte, beginnend bei dem Manne am Kreuz, auf

¹⁰³ „Fragen an Herrn Prof. Dr. Alexander Demandt“ (<http://www.konstantin-ausstellung.de>).

dessen Namen sie getauft waren, bis zu den Opfern der Roten Zaren und Roten Mandarine – von dem kurzlebigen „Sol invictus“ der Nazis ganz abgesehen.

Nach der kommunistischen Machtübernahme in den Satelliten-Staaten des Moskauer Macht-Komplexes, verbunden nicht nur mit militärischer Absicherung und ideologischer Aggression gegenüber dem „imperialistischen und kapitalistischen“ Westen, sah sich die katholische Kirche in diesen Ländern massiver Verfolgung ausgesetzt. Sie führte insbesondere in den 50er Jahren, die man die „stalinistischen“ nannte, zu den schlimmsten Auswüchsen. Als weltanschauliches Feindbild schlechthin galt die Papstkirche in Rom. Die „frühen“ Dokumente, die in den Unterlagen der Staatssicherheit der DDR gefunden wurden, zeugen von dieser dunklen und weitgehend unbekanntem Seite des Kalten Krieges. Die nach Plan organisierte Zusammenarbeit der östlichen „Sicherheitsorgane“ bezog sich speziell auch auf den Vatikan.

Die „Maßnahmeplanungen“ der Geheimdienste des Warschauer Paktes, bei gemeinsamen „Beratungen“ Jahr für Jahr und Quartal für Quartal beschlossen, bis in die letzten Monate vor dem Zusammenbruch des „Ostblocks“, sahen gezielte Operationen gegen das ganze Spektrum kirchlicher Organisationen, ob offizieller Natur oder von Laienverbänden getragen, vor. Begründung und Ziel wurden in gebetsmühlenartiger Monotonie der Parteiphraseologie vorangestellt: „Bekämpfung der politischen-ideologischen Diversion kirchlicher Organisationen und Zentralen gegen die sozialistischen Länder“ – wobei unter „Zentrale“ in erster Linie „der Vatikan“ verstanden wurden.¹⁰⁴ Der in diesem Beitrag beschriebene Zeitabschnitt umfasst die Periode des zweimaligen Wechsels an der Spitze der römisch-katholischen Kirche: von Pius XII. zu Johannes XXIII. (1958) und von diesem zu Paul VI. (1963). Wie ihr Vorgänger Eugenio Pacelli, dem sie als Spitzendiplomaten dienten, sammelten beide Erfahrungen als Kirchenpolitiker, auch im Umgang mit Diktaturen des Zweiten Weltkrieges, bevor sie ihre Diözesen in Venedig, respektive in Mailand übernahmen: Angelo Giuseppe Roncalli (1881-1963) als Nuntius auf Aussenposten in Bulgarien, der Türkei, Griechenland und Frankreich; Giovanni Battista Montini (1897 – 1978) nach kurzem Aufenthalt in Warschau, aufgestiegen bis zur Nummer Zwei in der politischen Führungszentrale des Vatikans, dem Staatssekretariat.

Beide Pontifikate prägte ein Ereignis, das seismische Bewegungen nicht nur innerhalb der Kirche auslöste, sondern sich auch auf die politischen und gesellschaftlichen Prozesse der Sechziger und Siebziger Jahre übertrug: Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil, von Johannes einberufen, von Paul zu Ende geführt und in begrenztem Umfang umgesetzt. Die „beharrenden“ katholischen Kräfte im Westen stemmten sich gegen Neuerungen, die Ideologen eines orthodoxen Kommunismus sorgten sich um die gesellschaftlichen Konsequenzen der neu formulierten sozioethischen Verantwortung engagierter Christen. Eher zurückhaltend verfolgten die Kirchenleitungen in den sozialistischen Ländern die Beschlüsse des Zweiten Vatikanums, darauf bauend, dass sich festgefügte Strukturen und Traditionen als standfester gegenüber Doktrin und Praxis der

¹⁰⁴ MfS HA XX/4 Nr. 289 „Ausführungen des Stellv. Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Gen. Generalleutnant Viktor Tschebrikow, gehalten auf einer Beratung der „Sicherheitsorgane“ 1975 in Warschau.

Partei erweisen würde, als Experimente, wie sie von so genannten Basisbewegungen im Zusammenwirken von Priestern und Laien gewagt wurden, nicht ohne Spannungen innerhalb der Kirche und harte Gegenmaßnahmen seitens der Staatsmacht.

Eisiger Wind des Kalten Krieges

Wie massiv die Angriffe gegen Papst und Kirche geführt wurden, belegt ein siebenseitiges Schreiben „über die Feindtätigkeit des Vatikans.“ Absender des Briefes ist das Ministerium des Innern der Volksrepublik Ungarn, adressiert „An den Leiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Generalleutnant Erich Mielke“⁴⁰⁵, unterzeichnet, „Mit sozialistischem Gruß“, von Oberstleutnant Gasdik Djula im Auftrag des 1. Stellvertreters des Ministers des Innern der VR Ungarn, Istvan Tömpe.

Es folgt eine mehr als fragwürdige Zusammenstellung von Behauptungen und Gerüchten, Unterstellungen und fehlerhaften Angaben, wobei gemutmaßt werden kann, ob es sich um mangelnde Sachkenntnis oder fehlerhafte Übersetzung, die wiederum aus Ersterem resultiert, handelt. So wird aus dem Kölner Erzbischof Kardinal Josef Frings ein „Kardinal Kolona Giuseppe Frinks“. Ziel dieser nachrichtendienstlichen Aktivität ist es, dem Vatikan „geheimdienstliche Tätigkeit gegenüber den sozialistischen Staaten nachzuweisen. Wie in jenen Jahren rigoroser Glaubensverfolgung von Moskau bis Peking gilt als „Feindtätigkeit“ allein schon die Unterweisung in der christlichen Lehre. Die Ungarn melden: „Der Vatikan hat verschiedene Propaganda-Organen und Schulen, wo außer Geistlichen auch weltliche Personen unterrichtet werden. Aufgabe dieser Lehranstalten ist es, zur Propagierung der Ansichten des Vatikans und zur Durchführung seiner Politik Personen vorzubereiten, die dann in den Volksdemokratien oder unter den Flüchtlingen im Interesse der „christlichen Ideen“ eingesetzt werden.“ Der eisige Wind des Kalten Krieges traf die Kirche mit voller Wucht.

In den Fokus der nachrichtendienstlichen Aufklärung und damit als Ziele der Bekämpfung geraten vor allem auch die Emigrantenkreise in Westeuropa, die sowohl einen politischen wie auch kirchlich-konfessionellen Hintergrund haben. Ihre Büros, namentlich in Österreich und Italien – schon werden Verbindungen zum Vatikan hergestellt – gelten als Spionagezentralen. Spione werden auf Studienkollegs, die Theologiestudenten

¹⁰⁵ Vgl. HA XX/4 – Nr. 212. Brief des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Ungarn v. 12. September 1957, AZ Nr. 28-N/193/57. Der Brief erreicht Mielke wenige Tage vor seiner Ernennung zum Minister für Staatssicherheit. Das MfS, Inlands- und Auslandsgeheimdienst der DDR, war am 8. Februar 1950 gegründet worden. Leiter der Staatssicherheit wird Wilhelm Zaisser, sein Stellvertreter und Staatssekretär: Erich Mielke; nach „Versagen“ während des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wird das Ministerium zunächst zu einem Staatssekretariat heruntergestuft: der Altkommunist Ernst Wollweber übernimmt die Leitung, sein Stellvertreter bleibt Erich Mielke. Wollweber baut seine Machtposition als Abwehr- und Spionagechef aus: 1955 wird das Sekretariat „begnadigt“ und wieder zum Ministerium aufgewertet. Mielke bleibt als stellvertretender Staatssekretär im Amt. Am 31. 10. 1957 muss Wollweber „aus gesundheitlichen Gründen“ zurücktreten. Mielke wird von Walter Ulbricht zum Nachfolger ernannt und führt das MfS, zuletzt im Range eines Armeegenerals, bis 1989, dem Ende des SED-Staates.

aus Osteuropa und dem Baltikum aufnehmen, angesetzt. Auf der Liste der „feindlichen Objekte“ stehen das Russicum und das Germanicum in Rom. „Verschiedene kirchliche Organisationen und Organisationen des Vatikans“ führten die allgemeine Aufklärung mit Informationscharakter durch“, melden die ungarischen Stasi-Leute an ihre Hauptquartiere. Katholische Werke, die nicht nur Hilfssendungen im Osten verteilen, sondern „gleichzeitig auch Aufklärungszentren sind“ werden aufgeschrieben. Sie unterhielten Verbindung „mit den Massen – natürlich nur mit solchen Leuten, die sie interessieren“. In die Aufklärungstätigkeit dieser Organisationen würden auch „die apostolischen Nuntien des Vatikans und die Legaten des Papstes einbezogen.“ Dem Apostolischen Nuntius in Wien wird „aktive Aufklärungstätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers“ unterstellt. Man habe „durch Agentur“ 1956 einen Teil von „Spionageberichten über die Lage in Ungarn und über die Struktur der rumänischen Armee“ erhalten, die vom Nuntius an das Staatssekretariat geschickt worden seien.

Nicht genug, versteigen sich die Ungarn zu der Behauptung, die „Aufklärungsorgane des Vatikans“ seien auch „an der Organisation der Oktoberereignisse in Ungarn“ beteiligt gewesen. (Gemeint ist der Ungarische Volksaufstand vom 23. 10. bis 4. 11. 1956). Wer unter „Aufklärungsorgane des Vatikans“ gemeint ist, bleibt in allen nachrichtendienstlichen „Informationen“ unklar. Vermutlich wurde jeder Priester der seinem Bischof berichtete, jeder Bischof, der nach Rom schrieb, in dieses Schema inkorporiert, wie ebenso die erwähnten Ordensgemeinschaften und Organisationen. Priester aus Rom und anderen Teilen des westlichen Auslandes zu Besuch in Ungarn wurden von vornherein verdächtigt: Eine Reihe von „Agenten des Vatikans“, so die Behauptung der ungarischen Stasi, suchten illegal Ungarn auf, leiteten unmittelbar ihre Agenten und die Tätigkeit ihrer Leute aus Wien. „Soweit uns bekannt ist, unterhalten die Organe des Vatikans Verbindung zu Personen, die über Österreich eine illegale Tätigkeit in Ungarn und der CSSR durchführen.“

Angriff auf den Jesuiten-Orden

Schon in den Fünfziger Jahren melden sich die ungarischen „Sicherheitsorgane“ als eifrige Beobachter des Vatikans und der in Rom ansässigen kirchlichen Institutionen und liefern mehr oder weniger zuverlässige „Informationen“ über alles und jedes, das irgendwo aufgeschnappt, zugetragen, aber auch zutreffend in Erfahrung gebracht wurde.

Darauf verweist eine Mitteilung der Abteilung X vom 9. November 1956 an die Hauptverwaltung V und (in Abschrift) an die Hauptverwaltung A, also die Dienststellen des MfS die für den kulturellen Bereich und für die Auslandsspionage zuständig waren. Die Internationale Abteilung teilt mit: „Von den Sicherheitsorganen der Volksrepublik Ungarn wird Material übersandt, welches vom Sekretariat der Heiligen Kongregation der Mönche für die in den Ländern der Volksdemokratien befindlichen Kirchenführer

zusammengestellt wurde.“ Das Dokument stamme zwar aus dem Jahre 1951, habe aber „laut vorhandener Angabe heute noch Gültigkeit.“¹⁰⁶

Mehr als andere Ordensgemeinschaften geriet die „Gesellschaft Jesu“ ins Fadenkreuz der östlichen Geheimdienste. In den Unterlagen des Ostberliner MfS findet sich ein ausführliches Dossier über die Gesellschaft Jesu aus dem Jahre 1958. Unter der Überschrift „Die Stelle des Jesuitenordens im Vatikan“ beschäftigt sich die Materialsammlung in einzelnen Kapiteln mit dem „Organisationsaufbau“, dem Thema „Jesuiten-Orden und der Vatikan“, mit dem „Kongress des Jesuitenorden vom Jahre 1957“ sowie mit den „Vermögensverhältnissen“ des Ordens. Schließlich wird ein spezieller Bericht über einen angeblichen „Nachrichtendienst“ der Jesuiten angekündigt.¹⁰⁷

Im Generalat der Compagnia di Gesù dürfte man aus den Erfahrungen der Russland-Mission hinreichend gewarnt gewesen sein. Während des Zweiten Weltkrieges hatten Faschisten und Nationalsozialisten das mächtige Gebäude im Borgo Santo Spirito unter scharfer Beobachtung. Die Zentrale der Societas Jesu (SJ) liegt nur „einen Steinwurf weit“ vom Apostolischen Palast entfernt. Es sind nur wenige Schritte, quer über den Petersplatz bis zur Wohnung des Papstes und den Diensträumen des Staatssekretariats. Nicht nur in Moskau sondern auch in Peking standen die Jesuiten ganz oben auf der „Abschussliste.“ Man hatte mit ihnen zu rechnen; der intellektuelle Herausforderung würde der Vorsitzende eines lokalen Parteikomitees schwedlich gewachsen sein. 1968 habe ihnen Papst Paul VI. „ein spezielles Mandat für das Studium des Athemismus“ erteilt, wie in einer MfS-Information vom 21. Mai 1975 notiert wird.¹⁰⁸ In den einzelnen Ländern seien von den Jesuiten „ebenfalls Kommissionen zur Durchsetzung dieses Auftrages gebildet“ worden.

Die Angriffe gegen den Orden nahmen schon in den Fünfziger Jahren an Schärfe zu. So verbreiten die „Sicherheitsorgane“ der Volksrepublik Ungarn in einer ihrer „Informationen“, es lägen Berichte vor, „nach denen das Zentrum der Jesuiten einen Beschluss zur Festigung der in Westdeutschland und Österreich tätigen antikommunistischen Informationen erfasst“ habe. Um diese Behauptung zu untermauern, werden Details mitgeteilt. Das „Münchner Informationszentrum“ – die Hausanschrift wird ebenfalls genannt – verfüge über einen Telegrafen und habe zwei elektrische Kopiermaschinen erhalten, „zur genaueren und schnelleren Verbindung“ und „zum schnellen Druck von Broschüren und Propaganda-Blättern.“ Das „in Salzburg/Österreich tätige Infor-

¹⁰⁶ Gemeint ist die Religiosenkongregation. Die Kurienbehörde geht auf ein von Papst Sixtus V. im Jahre 1586 eingerichtetes Institut zurück. 1908 bildete Papst Pius X. eine eigene Kongregation für die Angehörigen der verschiedenen Formen des geweihten Lebens. 1967 wurde dieses Dikasterium von Papst Paul VI. „Kongregation für die Ordensleute und Säkularinstitute“ unbemannt und erhielt 1988 unter Papst Johannes Paul II seinen heutigen Namen: „Kongregation für die Institute des geweihten Lebens und die Gesellschaften des Apostolischen Lebens“. Damit wurde der sprunghaft ansteigenden Zahl von Gemeinschaften von Frauen und Männern Rechnung getragen, die sich für ein Leben nach den „evangelischen Räten“ (insbesondere Armut, Keuschheit, Gehorsam) in der geistlichen Kommunität mit Gleichgesinnten entschieden haben. Näheres auf der Webseite des Vatikans <http://www.vatican.va/>.

¹⁰⁷ MfS HA XX/4 Nr. 212 v. 12. 8. 58 / X 1098 / 58.

¹⁰⁸ MfS HA XX/4 Nr. 289 v. 21. 5. 1975 „Arbeitsmaterial des „Sekretariats für die Nichtglaubenden“ der Katholischen Kirche zur Bildung so genannter Nationalsekretariate in allen Ländern.“

mationszentrum“ sei „ebenfalls neuzeitlich ausgerüstet“ worden und gelte „als bestes osteuropäisches Informationszentrum“.¹⁰⁹

Man könnte über solche „Geheiminformationen“ hinwegsehen, aber aus der Perspektive jener Zeit, in der sie den einzelnen Stasi-Zentralen mitgeteilt wurden, war die Sache nicht ungefährlich. In Rom, so behaupten die Ungarn, sei ein Mitarbeiter eines von Jesuiten geführten, katholischen Studienzentrums, „der die Wirtschafts-, Militär- und technische Spionage leite“ und „enge Verbindung“ zu einem amerikanischen Admiral in Neapel, dem Leiter der Militäraufklärung der USA, unterhalte. Ein aus den Anfangsjahren der bolschewistischen Herrschaft bekanntes, auf den Orden geprägtes Feindbild hält sich dauerhaft. Und da die Jesuiten nach kommunistischer Version als Geheimagenten des Papstes unterwegs sind, schließt sich der Kreis der Stasi-Logik: In Rom sitzen die Komplizen der USA. „Der Vatikan ist als wichtiges Organ der internationalen Politik zum Brennpunkt des Interesses der amerikanischen Imperialisten geworden“, beginnt der Informationsbrief des ungarischen Spionagedienstes. Und es wird ein Dritter im Bunde dieser gegnerischen Allianz ausgemacht: „Ohne Zweifel mischen sich auch die deutschen Imperialisten aktiv in dieses Gebiet ein und sind bestrebt, sich ein Maximum an Vorteilen zu sichern.“¹¹⁰

Eine Weisung des Papstes

Anfang der 60er Jahre: in den Akten des MfS sammeln sich die „Informationen“ der ungarischen Sicherheitsorgane. Die westdeutschen und österreichischen Aufklärungsorgane und die des Vatikans, hätten im Frühjahr 1957 „ein geheimes Abkommen über die gegenseitige Zusammenarbeit“ abgeschlossen, wollen die Budapester Genossen erfahren haben. Ein ähnliches Abkommen existiere „zwischen dem Aufklärungsorgan des Vatikans und des Gehlen-Nachrichtendienstes.“¹¹¹ Als „Aufklärungsorgan“ gilt wieder mal der Jesuiten-Orden. Ein Angehöriger des Ordens wird genannt. Dieser habe den Auftrag erhalten, „Verbindung zum Gehlen-Geheimdienst“ zu unterhalten „und über sie einzelne Informationen über osteuropäische volksdemokratische Länder zu erlangen.“¹¹²

Aber irgendwie scheint die angebliche konspirative Beziehung zwischen Pullach und der vatikanischen Kirchenzentrale nicht optimal. Ende 1961 berichten die Ungarn „nach

¹⁰⁹ MfS HA XX/4 – Nr. 212, Abteilung X, Tgb. Nr. KO/X/856//56 v. 26.10. 1956 und Tgb.Nr. KO/X/887/56 v. 9. 11. 56.

¹¹⁰ Vgl. Fußnote Nr. 105.

¹¹¹ Die „Organisation Gehlen“ (OG), nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, unter amerikanischer Federführung und vom CIA mitfinanziert. Ihr erster Chef: der ehemalige Wehrmachts-General Reinhard Gehlen, von 1942 bis 1945 Leiter der Abteilung „Fremde Heere Ost“ im Generalstab sowie der Ostspionage. Vorrangige Aufgabe des Dienstes war die Aufklärung der Ostblockstaaten, insbesondere der Sowjetunion. 1954 wurde die OG von der Bundesregierung übernommen und erhielt die Bezeichnung Bundesnachrichtendienst BND, mit dem Hauptsitz in Pullach bei München.

¹¹² MfS HA XX/4 Nr. 212 – „Informationsdienst der Mönchsorden“, nach Angaben des MfS aus dem Jahre 1957, übersetzt am 17. 7. 59 (genannt wird neben der Gesellschaft Jesu (Jesuiten) der „Franziskanerorden“).

Angaben, die aus dem Staatssekretariat stammen“, dass ein CDU-Bundestagsabgeordneter im Verlauf einer Besprechung mit dem Apostolischen Nuntius in Bonn am 27. September „seine Unzufriedenheit“ darüber geäußert habe, „dass faktisch keine Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Geheimdienst und den Organen in Fragen und Lösung von Aufgaben hinsichtlich der sozialistischen Länder besteht, obwohl General Gehlen darum schon über ein Jahr gebeten hat.“ Der Parlamentarier habe dies in seinem Gespräch mit dem diplomatischen Vertreter des Heiligen Stuhls vorgebracht. Der Papst aber hatte, so die ungarische Information, in einer Anweisung des Papstes vom 4. Mai 1960 verboten, „hinsichtlich der sozialistischen Länder mit ähnlichen Organisationen“ zusammenzuarbeiten. Interpretiert man diese „Information“ im Kontext der ostpolitischen Bemühungen unter Johannes XXIII., dann wäre verständlich, dass im Staatssekretariat wenig Neigung bestand, die Kontaktsuche mit Moskau durch leicht zu dekuvierende Verbindungen zum westdeutschen Geheimdienst, dessen Auftrag seit dem ersten Gründungstag eindeutig war, zu pflegen.

Der Abgeordnete jedenfalls soll darüber geklagt haben, dass General Gehlen über die Apostolische Nuntiatur „laufend Informationen an den Geheimdienst des Vatikans“ sende, während dieser „den Gehlen-Organen lediglich Angaben unbedeutenden Charakters übergebe. Auch hätten „die geheimen Agenten des Vatikans in Polen und der Tschechoslowakei die Verbindung mit der Gehlen-Organisation abgebrochen. Sie würden jedoch weiter mit den Amerikanern zusammenarbeiten.“¹¹³

Anfang Juni 1963 berichten die ungarischen „Sicherheitsorgane“ über eine angebliche geheime Instruktion der römischen Ordensleitung an die Leiter des Jesuiten-Ordens in den jeweiligen sozialistischen Land. Es lag nahe, dass die ungarische Stasi in erster Linie die Jesuiten im eigenen Land überwachte. „Die ungarischen Jesuiten besitzen Erfahrungen in der illegalen Arbeit und möchten die Zusammenarbeit mit den polnischen und deutschen Jesuiten verallgemeinern und daraus konkrete Maßnahmen ableiten“, wird in der Niederschrift über eine „Besprechung mit den Genossen der ungarischen Sicherheitsorgane“ Mitte Juni 1963 zu Protokoll gegeben. Als Tagesordnungspunkt 1 wird über „Die Tätigkeit der Katholischen Kirche in Ungarn und Verbindungen ungarischer Jesuiten über die Jesuitenniederlassung in Dresden-Hoheneichen zum Vatikan“ gesprochen.¹¹⁴

Entsprechend der vereinbarten Zusammenarbeit mit dem Ostberliner MfS „bei der operativen Bearbeitung der katholischen Linie“ wurden die römischen Quellen auch nach Informationen, die die DDR betrafen, abgeschöpft: Bei der „Bearbeitung der Tätigkeit der Katholischen Kirche unter Studenten und Akademikern in der DDR“ seien als Betreuer einzelner Hauskreise, bzw. Kernkreise dieser katholischen Laien wiederholt Angehörige des Jesuiten-Ordens festgestellt worden. Das sind nun Nachrichten, die auch in der Normannenstrasse interessieren: Jesuiten im sozialistischen Beritt. Die ostdeutschen Stasioffiziere schlugen den Ungarn vor, „die Quelle dieser Information noch einmal genauestens nach dieser geheimen Instruktion des Jesuiten-Ordens zu befragen.

¹¹³ MfS HA XX/4 – Nr. 212 – Anlage zu VM/VD 209/61

¹¹⁴ MfS HA XX/4 Nr. 212 – Hauptabteilung V/4 v. 21. 6. 63. „Niederschrift über die Besprechung mit den Genossen der ungarischen Sicherheitsorgane vom 13. 6. – 17. 6. 63“

Nicht alle waren Konzilsväter

Einen „Informationsschwerpunkt“ der ungarischen Sicherheitsorgane bildete, wie nicht anders zu erwarten, in den Jahren von 1962 bis 1965, das Zweite Vatikanische Konzil, zumal die ungarische Kirche mit einer eigenen Delegation vertreten war. Die Stasi saß an der Quelle. Teilnehmer wurden reichlich „abgeschöpft“, sofern der eine oder andere geistliche Konzilsvater oder dessen Mitarbeiter nicht von sich aus bereit war, mit Auskünften zu dienen. Die in den Ostberliner Stasi-Akten erhaltenen Aufzeichnungen beginnen mit einer Mitteilung aus dem „Sekretariat Minister“ (gemeint ist das Büro von Erich Mielke) an den Leiter der Hauptabteilung V Oberst Schröder und als Doppel an den Stellvertreter des Ministers und Chef des Auslandsnachrichtendienstes HV A, Generalmajor Wolf. Diese Schreiben vom 1. November 1962 enthielt als Anlage eine Information „Über die Teilnahme von Bischöfen aus Ländern des sozialistischen Lagers am Ökumenischen Konzil und über die Vorbereitung zum Ökumenischen Konzil“ beigefügt war. Der Minister bat um „Einschätzung“. Die zuständigen Abteilungen wussten nun, wo sie anzusetzen hatten.¹¹⁵

Dass sich die Ostberliner Stasi im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit nur zu gern die Möglichkeiten des ungarischen „Bruderorgans“ in Anspruch nahm, lag auf der Hand. Unter dem Datum vom 9. Januar 1963 ließ die Hauptabteilung V einige Fragen „im Zusammenhang mit dem 2. Vatikanischen Konzil und seinen Auswirkungen auf die Haltung der katholischen Kirche in der DDR“ übermitteln. Am „hauptsächlichsten“ interessiere der „Charakter des Auftretens der Teilnehmer am 2. Vatikanischen Konzil, unter der Führung des Erzbischofs Bengsch“. Man möchte auch wissen, „in wieweit“ die „Kirchenführer der Katholischen Kirche in der DDR“ in Rom „über die Politik der Vermeidung offener Angriffe gegen die DDR“ beraten und „welche Schlussfolgerung für die Weiterführung der Politik der katholischen Kirche in der DDR gezogen“ wurde.

Weitere Fragen kreisen um die stets wiederkehrenden Themen: Die Kirche als Feindbild, das Streben der DDR-Führung nach diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl. „Welche Auffassungen existieren im Vatikan über das Verhältnis der katholischen Kirche in Deutschland zu den beiden deutschen Staaten. Gibt es Ansätze für eine Anerkennung der DDR durch den Vatikan bzw. die katholische Kirche oder gibt es Anzeichen für Vorbereitungen konkordatsähnlicher Vereinbarungen der katholischen Kirche mit der Regierung der DDR? Welche Pläne und Absichten wurden bekannt über die Weiterführung der ideologischen Diversion und der Untergrundtätigkeit katholischer, politisch-klerikaler Zentralen in Westdeutschland gegen die DDR.“¹¹⁶

Anfang Juni 1963 hält eine Stasi-„Information“ fest: „Die 1. Periode des II. Vatikanischen Konzils wurde von führenden Vertretern der Katholischen Kirche in der DDR bei zentralen Besprechungen und Tagungen mit katholischen Laien ausgewertet.“ Umständlich, wie auch bei anderen Texten im Schriftverkehr zwischen den Abteilungen des

¹¹⁵ MfS HA XX/4 Nr. 212, Blatt 165.

¹¹⁶ MfS HA XX/4 Nr. 212, Hauptabteilung V vom. 9.1. 63.

MfS heißt es dann weiter: „Die dort vorgetragene Probleme besagten, dass die politische Konzeption von Erzbischof Bengsch von Papst Johannes XXIII. als „richtungweisend für die bedrängte Lage in der Ostkirche“ betrachtet wird.“

Mochten sich die Führung des SED-Staates und die Herren, die sich als „Schwert und Schild der Partei“ verstanden, nämlich des MfS, erhofft haben, etwas von dem frischen Wasser aus dem Quell des Konzils auf ihre eigenen Mühlen zu leiten. Die Staatssicherheit, aber auch die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, habe „Informationen zu Vorgängen und Personen innerhalb der Kirche gesammelt und versucht, über kirchliche Gesprächsbeauftragte wie auch über konspirative Kontakte Einfluss auf eine politische und gesellschaftliche Zurückhaltung der katholischen Kirche zu nehmen“, schreiben Dieter Grande/Bernd Schäfer in ihrer Beschreibung der Stasi-Verfolgung. Doch warum sollte der Berliner Bischof Alfred Bengsch,¹¹⁷ eine seit seinem Amtsantritt 1961 geübte und inzwischen „bewährten Praxis“ aufgeben. Der „mit allen Mitgliedern der BOK“ (Berliner Ordinarienkonferenz) „und später BBK“ (Berliner Bischofskonferenz) „weitergeführte Kurs der öffentlichen „politischen Abstinenz“ war zunächst ein widerständiges Verhalten gegen den staatlichen Druck auf die katholische Kirche, öffentlich ihre Loyalität zur DDR und zur allgemeinen wie konkreten Politik der SED zu erklären.“

Nach vergeblichen Versuchen, die „politische Abstinenz der Kirche zugunsten von öffentlicher Zustimmung zu durchbrechen, betrachteten schließlich auch die „staatlichen Stellen“, die Bengsch-Linie als „Geschäftsgrundlage“, wie die Autoren festhalten, ersparte ihnen dieses von den Katholiken selbst auferlegte „Stillhalteabkommen“ doch etliche „Probleme“, mit denen sie es auf evangelischer Seite zu tun bekamen. Ein Verhalten, das allerdings manche nachkonziliare Bewegungsübung in den Pfarrgemeinden lähmte – bis auch die „Römischen“ ihre christlichen Tugenden erinnerten und dem Beispiel ihrer protestantischen Schwestern und Brüder besannen und Schritt um Schritt dem Ruf „Wir sind das Volk“ folgten.¹¹⁸

Zur Halbzeit des Konzils konnten die Kirchenspezialisten des MfS jedenfalls keine wesentliche Kursänderung notieren. Beunruhigt allerdings mussten sie wohl auch nicht sein, folgt man einer entsprechenden Aktennotiz der Stasi-Kirchenabteilung: „Diese politische Konzeption von Erzbischof Bengsch besteht nach den Ausführungen dieser führenden katholischen Personen in Auswertung des II. Vatikanischen Konzils vor allem in der aktiven Festigung des Glaubens der Katholiken und der katholischen Organisationen sowie in der Verlagerung der kirchlichen Aktivität auf den Raum der ideologi-

¹¹⁷ Alfred Kardinal Bengsch (1921-1979), Bischof von Berlin seit 1961, von Papst Johannes XXIII. mit dem persönlichen Titel „Erzbischof“ ausgezeichnet, Teilnahme am Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965), 1967 von Papst Paul VI. zum Kardinal ernannt, Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) mit Übernahme des Berliner Stuhls und ab 1976 Vorsitzender der aus der BOK hervorgegangenen Berliner Bischofskonferenz (BBK), einer von der Deutschen Bischofskonferenz als Regionalkonferenz (analog der Bayrischen Bischofskonferenz) geführten Versammlung, die damit der von Ostberlin verfochtenen Errichtung einer eigenständigen katholischen Kirchenstruktur innerhalb der Staatsgrenzen der DDR, die einer kirchlichen Anerkennung der deutschen Teilung gleichgekommen wäre, widersprach.

¹¹⁸ Vgl. Dieter Grande/Bernd Schäfer: Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und katholische Kirche in der DDR. Leipzig 1998.

schen Auseinandersetzung, wobei im Unterschied zur Haltung der Katholischen Kirche in der Vergangenheit antidemokratische Hetze oder offene Angriffe auf die DDR vermieden werden sollen.⁴¹⁹

Die katholische Kirche der Bensch-Ära erwies sich als beinhart, ungeachtet mancher Spitzelei, Zuträgerei und Redseligkeit dieses und jenes echten oder auch nur von der Stasi karteimäßig geführten „Inoffiziellen Mitarbeiters“ aus der Kirche oder dem kirchlichen Milieu. Ab Mitte der 70er Jahre habe sich das MfS allmählich von seinen „grob-schlächtigen Spionage- und „Diversions“-Theorien zu lösen begonnen, schreiben Grande/Schäfer. Die Texte interner „Beratungen“ der „Sicherheitsorgane“ der sozialistischen Staaten sprachen allerdings weiterhin eine andere Sprache. Sollte das nur Wortgetöse gewesen sein, um sich gegenseitig zu motivieren?

Die letzten „Maßnahmepläne“ gegen die katholische Kirche, ob im Innern der jeweiligen Länder oder gegen den Papst und die römische Kurie, waren allerdings auf einen Zeitraum bis weit in die Neunziger Jahre angelegt. Es hatte wohl nicht in ihre Köpfe wollen, wie schnell dann die Mauern und Zäune fallen und ihr Machtimperium am Boden liegen würde. Aber vielleicht war es auch anders: Nachrichtendienste planen und handeln nach anderen Kategorien. Politische Systeme kommen und gehen, Sicherheitsorgane bleiben. Sie wechseln den Namen, ihr „outfit“, mitunter auch ihr Gedankengut – ihre Praxis aber greift, wie sich bis in unsere Tage zeigt, auf allseits bekanntes „Handwerk“ zurück, ob in Ost oder West.

Die Serie „In den Fängen der Stasi“ ist hiermit abgeschlossen. Ein weiterer Themenkomplex ist ab Anfang Oktober 2007 vorgesehen. Die Beiträge berücksichtigen neben bisher un veröffentlichten Unterlagen des Ministeriums für Staatsicherheit der ehemaligen DDR eigenes Recherchematerial – unter dem Titel: „Im Namen der Wahrheit“.

© Werner Kaltefleiter 2007

¹¹⁹ MfS HA XX/4 –Nr. 212 v. 8. 6. 1963).